Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht"
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 43. **Bielefeld, Sonnabend, 20. Februar 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten
einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Nach Feierabend".

Minister Delbrück über Arbeiterfaulheit.

Um nach Möglichkeit die Tatsache zu verschleiern, daß die von der Industrie eingeheimsten Riesenprofite dem Fleiß der Arbeiter und Angestellten zu danken sind, wird von den Agenten des Kapitalismus seit einiger Zeit systematisch die Faulenzerlüge verbreitet. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat es sich im Sommer 1908 eigens ein Flugblatt kosten lassen, worin an lauter aus den Fingern gesogenen Beispielen auseinandergesetzt wird, daß die selbstverständlich von der Sozialdemokratie „verhetzte" Arbeiterschaft „bei weitem nicht mehr das leistet, was sie bezahlt erhält".

Als das preußische Abgeordnetenhaus sich am 17. Februar 1909 mit der zweiten Beratung des Bergetats befaßte, glaubte auch der konservative Abg. v. Kessel die Entdeckung verkünden zu müssen, daß die Arbeitsleistung trotz der Steigerung der Arbeitslöhne eine sinkende Tendenz zeige. Derlei Gerede könnte man als belanglos zu dem übrigen legen, wenn nicht der preußische Handelsminister Dr. Delbrück sich beeilt hätte, die Behauptung des konservativen Abgeordneten zu unterstreichen.

Der Minister sagte — der amtliche stenographische Bericht ist noch nicht herausgegeben — nach dem Parlamentsbericht der offiziösen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung":

„Der Rückgang der Arbeitsleistungen trotz gestiegener Löhne ist eine allgemein beobachtete Tatsache."

Wenn ein königlich preußischer Minister mit solcher Bestimmtheit ein Reichsverbandgeschwätz wiederholt, so sollte man meinen, daß er die von ihm behauptete „Tatsache" durch bündige Beweise zu bekräftigen imstande wäre. Mit solchen Beweisen ist Minister Delbrück aber nicht hervorgetreten, auch dann nicht, als der Zentrumsabgeordnete Sauermann die ministeriellen Behauptungen als völlig unberechtigt und nur von Leuten aufgestellt bezeichnete, die die Verhältnisse im Bergbau nicht kennen. Herr Delbrück wäre auch sehr in Verlegenheit gekommen, wenn der Zentrumsabgeordnete näher in ihn eingedrungen wäre und Beweise von ihm gefordert hätte.

Ein preußischer Minister, und vor allem einer für Handel und Gewerbe, sollte jedoch bei solcher Gelegenheit halbwegs die wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Statistik im Kopf haben. Diese aber zeigt in bündigster Form durch unwiderlegliche Zahlen, daß das direkte Gegenteil der von Herrn Delbrück aufgestellten Behauptungen zutrifft.

Der Jahrgang 1908 des vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich bringt auf Seite 55 ff. amtlich ermittelte Daten über die Steigerung der gesamten Produktivität auch im Bergwerksbetriebe.

Diese statistischen Darlegungen stellen folgende, schon vor wenigen Monaten bei der Widerlegung der Reichsverbandslüge von uns hervorgehobenen Tatsachen fest:

Im Jahre 1887, also zu einer Zeit, wo die gewerkschaftliche Organisation und die angeblich damit Hand in Hand arbeitende sozialdemokratische Verhetzung noch relativ bedeutungslos waren, beteiligten sich nach den amtlichen Ermittelungen an der Förderung aller damals im deutschen Zollgebiet zutage geschafften Bergwerkserzeugnisse 337 643 Personen. Sie förderten insgesamt 88 873 000 Tonnen; der Verkaufswert dieses Quantums am Ursprungsort betrug 448 806 000 Mk.

Im Jahre 1906 hingegen, dem letzten in der amtlichen Arbeit berücksichtigten Jahr, nachdem die politische wie auch gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter einen ungeahnten Aufschwung genommen hatte, förderten nach derselben amtlichen Quelle im Zollgebiet 668 853 Personen 229 146 100 Tonnen im Werte von 1 637 130 000 Mk. zutage.

Rechnen wir diese Zahlen auf die einzelne im Bergwerksbetrieb beschäftigte Person um, so ergibt sich folgendes:

Im Jahre 1887 entfielen von der Produktionsmenge auf einen Bergarbeiter jährlich 263 Tonnen im Werte von 1329,27 Mark, im Jahre 1906 hingegen jährlich 332,6 Tonnen im Werte von 2376,60 Mk.

Das ergibt, soweit die Tonnenzahl in Betracht gezogen wird, bei den deutschen Bergarbeitern eine Steigerung der Produktivität um 27,5 Prozent, soweit man aber den Geldwert der zutage geförderten Produkte berechnet, eine Steigerung um 78,8 Prozent innerhalb 20 Jahren.

Angesichts dieser amtlich ermittelten Tatsachen, die sich selbstverständlich durchaus nicht auf den Bergwerksbetrieb allein beschränken, fragen wir den preußischen Minister für Handel und Gewerbe, wie er seine Behauptungen vom 17. Februar rechtfertigen und das amtliche statistische Jahrbuch Lügen strafen will.

Kann er das nicht, vermag er die von einer Reichsbehörde ermittelten Zahlen nicht zu widerlegen, dann bestätigt er die in Preußen übrigens nicht im geringsten verwunderliche Tatsache, daß Regierung, Großunternehmertum und Reichsverband im bedenkenlosen Kampfe gegen die Arbeiterschaft ein Herz und eine Seele sind.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Steuerschacher. Berlin, 19. Febr. Die für die Besteuerung des Besitzes eingesetzte Subkommission der Finanzkommission trat heute zum letzten Male zusammen. Wie verlautet, wurde auch heute über die Veredelung der Matrikularbeiträge nach dem Antrage der Reichspartei verhandelt, ohne daß es zu einem Beschluß kam. Am Donnerstag tritt die Finanzkommission selbst zusammen, um zunächst den Bericht der Subkommission entgegenzunehmen.

Indiskretion im Auswärtigen Amt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der Kaiserliche Botschafter Fürst von Radolin erklärt in einem beim Auswärtigen Amt eingegangenen Telegramm, daß er der Veröffentlichung einer Allerhöchsten Depesche in der Zeitung „Le Matin" völlig fernstehe. Gleichzeitig gibt der Botschafter seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Zeitung illoyalerweise einen mit seinem Namen gezeichneten Kommentar hinzugefügt habe.

Diese „Allerhöchste" Depesche ist abweichend von den „allerhöchsten" Kundgebungen, um welche es sich bei den früheren Veröffentlichungen handelte, ziemlich harmloser Natur. Das Unangenehme an der Sache ist nur, daß der „Matin", dieses Hetzblatt dritter Garnitur, in der Lage war, die Depesche zu veröffentlichen, und daß der Reichskanzler selbst erst durch den „Matin" von der Depesche erfahren hat. Wie konstitutionell werden wir doch regiert, o heiliger Oxenstierna.

Kronrat. Unter dem Vorsitz des Kaisers hat am Donnerstag abend ein fast vierstündiger Kronrat stattgefunden. Der Kronrat wird nur abgehalten, wenn außerordentlich wichtige Dinge vorliegen. Offiziös verlautet, daß es sich um Fragen der Vereinfachung der inneren Verwaltung Preußens handelte und zwar speziell um eine Teilung des Kultusministeriums und die Ernennung eines Nachfolgers für den Minister Holle. Wie die „Berliner Volkszeitung" behauptet, ist auch die Frage erörtert worden, den rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu einer selbständigen Provinz zu machen. Außerdem sollen scharfe Gegensätze bestehen zwischen dem Schatzsekretär Sydow und dem preußischen Ministerium, die ihren Grund in der Reichsfinanzreform haben.

Bülow sitzt fest im Sattel, oder will es wenigstens die Welt glauben machen, denn bei den engen Beziehungen zwischen Bülow und dem Berliner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" ist es wohl auch direkt auf Bülow zurückzuführen, wenn das genannte Blatt schreibt:

„Vielfach bemerkt wird in Bülows Tischrede der Satz, daß er sein Amt vielleicht noch länger führen werde, als seine Gegner hoffen. So spricht nur einer, der sich seiner Stellung — und das will bei uns viel heißen — rückhaltlos an der maßgebenden Stelle sicher weiß oder sicher zu sein glaubt, und dem daran liegt, entgegengesetzte Meinungen oder Gerüchte öffentlich als unbegründet zu kennzeichnen."

Gleichgiltig, ob der Bülow freundliche Korrespondent der Frankfurterin, der sich übrigens trotzdem etwas reserviert ausdrückt, recht hat oder nicht, jedenfalls hat Bülow den Zweck, zu dem er renommiert hat, nicht erreicht. Die Junker lassen sich eben durch so etwas nicht imponieren. Sie haben eben für die Ministerbehandlung andere Methoden, wie die Liberalen. Als vorläufiges Resultat steht also fest, daß der fest im Sattel sitzende Bülow bei den Junkern fürchterlich abgefallen ist.

Die neue Form der Fahrkartensteuer. Der Entwurf einer Abänderung der Fahrkartensteuer soll dem Reichstage bereits in der nächsten Zeit zugehen. Man hat daran festgehalten, daß die Fahrkartensteuer mindestens 20 Millionen Mark Ertrag bringen soll und will das Resultat durch Erhöhung der Fahrkartensteuer in der 3. und Neueinführung der Steuer für die 4. Wagenklasse erzielen. Gleichzeitig erfährt diese Steuer für die beiden oberen Klassen eine Ermäßigung.

Die Farmer gegen Dernburg. Der Bezirksverein Windhuk hat an den Reichstag eine telegraphische Beschwerde gerichtet, in der er behauptet, das Kolonialamt habe die Diamantenfelder — zugunsten der Kolonialgesellschaft — gesperrt und dadurch die Bevölkerung um Millionen geschädigt. Statt 80 Hektar wurden der Gesellschaft 30 000 Quadratkilometer überlassen. Die Farmer verlangen Bewilligung der Schürf-Freiheit.

Der „rote Lappen". Die „Konservative Korrespondenz" schwenkt kräftig den roten Lappen, indem sie darauf hinweist, daß eigentlich nur die Sozialdemokratie rückhaltlos für die Nachlaßsteuer einträte und erklärt daraus die ablehnende Haltung der Konservativen für gerechtfertigt. Die „Münchener Post" hatte geschrieben, man sei unter diesen Umständen berechtigt, von den „vaterlandslosen Konservativen" und den „nationalen Sozialdemokraten" zu reden. Die „Konservative Korrespondenz" bemerkt dazu:

„Der Versuch, die Konservativen als vaterlandslos hinzustellen, ist einfach widersinnig. Die Haltung der Sozialdemokratie allein beweist schon, daß der konservative Standpunkt im vaterländischen Interesse der allein richtige ist."

Zur Stichwahl in Bingen-Alzey. Die Nationalliberalen haben zwar eine Parole noch nicht ausgegeben, aber der „Hannoversche Courier" weist darauf hin, daß es selbstverständlich sei, daß die Nationalliberalen für den Freisinnigen eintreten müssen und das um so mehr, als die Nationalliberalen im Wahlkreis Stade auf die Hilfe der Freisinnigen angewiesen sind. — Demnach dürfte die Wahl des Pfarrers Korell gesichert sein.

Aus dem Reichstag.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Donnerstag die Beratung des Etats des Rechnungshofes fort. Der Chef dieses Amtes, Herr v. Magdeburg, bemühte sich, den Nachweis zu führen, wie bedeutungsvoll die Aufgaben des Rechnungshofes sind. Durch die Kontrollarbeiten desselben wären schon viele Tausende Mark bei den verschiedensten Aemtern erspart worden; jedenfalls leiste der Rechnungshof mehr, als gewöhnlich angenommen werde. Es wird aus der Kommission heraus der Wunsch geäußert, daß fortdauernd geeignetes Material über die Arbeiten des Rechnungshofes den Reichstagsabgeordneten vorgelegt werde. Vielleicht wäre man schon früher — wenn fortdauernd Material vorgelegt worden wäre — dahinter gekommen, daß beispielsweise das Auswärtige Amt aus falschen Fonds jahrzehntelang erhebliche Weihnachtsgeschenke an seine Beamten ausgeteilt habe.

Abg. Hildenbrand verlangt, daß die Monita, die der Rechnungshof bei den einzelnen Reichsämtern erheben müsse, auch den Mitgliedern des Reichstages fortlaufend unterbreitet werden. Gegen den von unseren Genossen gebrauchten Ausdruck, daß in der Kolonialverwaltung salopp gewirtschaftet worden sei, legte der Staatssekretär Dernburg formell Verwahrung ein. Hildenbrand diente aber Dernburg schlagfertig, indem er aus seiner Veröffentlichung des Rechnungshofes folgenden Satz vorlas: „In die Schutzgebiete wurden Beamte ohne genügende Vorbildung und Erfahrung übersandt . . . . . Im allgemeinen hat der Rechnungshof in formeller Hinsicht an die Aufstellung der Rechnungen und an die Beschaffenheit der Belege weit geringere Anforderungen gestellt, als bei der heimischen Rechnungsweise. Aber darauf mußte er hinwirken, daß jenes Maß von Ordnung, ohne das überhaupt eine Rechnungslegung nicht denkbar ist, eingehalten werde."

Nach dieser Generaldebatte wurde des Etat des Rechnungshofes en bloc angenommen.

Die Kommission setzte dann die Beratung des Etats für Südwestafrika fort. Die Beratung setzte ein mit dem Titel: Justizverwaltung. Es werden lebhafte Klagen geführt über die Rechtspflege in Südwestafrika. Staatssekretär Dernburg erkennt die Berechtigung dieser Klagen an und will bemüht sein, nach Möglichkeit für Abhilfe zu sorgen. — Abg. Roske bringt den Fall Viehagen zur Sprache. Dieser Mann hat drei Menschenleben auf dem Gewissen. Er wurde schließlich zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, aber dann in so schonender Weise behandelt, daß das allgemeines Aufsehen erregte. Noch heute ist Viehagen Reserveoffizier. Ein Regierungsvertreter gibt das zu. Es schwebe aber ein Ehrengerichtsverfahren gegen Viehagen. — Abg. Erzberger erinnert an die harte Verurteilung einer Anzahl von Kolonialsoldaten und legt dem Kolonialamt nahe, sich für die Begnadigung dieser Leute zu verwenden. Dernburg weist auf den Gebrauch der Militärgerichtsbarkeit hin, die Begnadigung nach Verbüßung der Hälfte der Strafen bewirkt, wenn gute Führung festgestellt worden ist. Die Militärverwaltung werde auch in diesem Falle so verfahren. — Die Kommission vertagt sich darauf bis Freitag.

Weg mit dem Paradeschritt!

Wir entnehmen der „Berliner Volkszeitung":

„Wie bekannt, sind in der Armee, wie in der „Hup." von einem höheren Offizier geschrieben wird, die Meinungen über die Zweckmäßigkeit des jetzt üblichen Paradeschrittes geteilt. Zum großen Teil neigt man der Ansicht zu, daß ein zweckmäßiger Gleichschritt, wie er etwa in anderen Armeen gebräuchlich ist, sehr wohl geeignet wäre, den strammen Tritt des Parademarsches zu ersetzen. Wie man hört, trägt man sich in den leitenden Armeekreisen mit dem Gedanken, eine vergleichsweise Ausbildung einzurichten. Dies würde am leichtesten durch probeweise Einführung des Gleichschrittes bei einer Kompagnie eines Regiments erfolgen. Innerhalb eines Jahres müßte dann der Ausbildungsgang beendet sein, und man könnte die üblichen Marsch- und sonstigen Leistungen der Kompagnie mit denen der im Exerziermarsch ausgebildeten in Vergleich setzen. Vor allem würde es sich darum handeln, festzustellen, ob für gewisse Uebungen der Gleichschritt einen geeigneten Ersatz für den Paradeschritt abgibt.

Andererseits ist es wichtig, zu erfahren, ob der Zeitgewinn, den man durch die anscheindend leichtere Ausbildung im Gleichschritt erhält, nützlich für die Ausbildung in anderen Dienstzweigen verwendet werden kann. Ganz besonders aber müßten Erhebungen darüber angestellt werden, ob der sogenannte „Schwellfuß", der auf den „strammen Tritt" auf hartem Boden infolge der Ausbildung im Paradeschritt zurückgeführt wird, bei der Ausbildung im Gleichschritt wegfällt oder weniger Rekruten dem Dienste entzieht. Selbstverständlich müßten hier ärztliche Atteste und eine genaue Kontrolle aller Kranken eine Rolle spielen."

Der Paradeschritt ist, so müssen wir dazu bemerken, erst auf dem letzten Naturforschertage als ungesund und vernunftwidrig nachgewiesen worden. Ist er also schon für den Friedensdienst überflüssig und schädlich, so ist er für den Kriegsdienst erst recht überflüssig. Aber er gehört zum Thema Paradedrill, und darum wird er wohl noch lange Zeit eine Qual für die Infanterie bleiben.

Pod, der junge Mann von Rathenau.

Ki. Podbielski macht alles. Der Landwirtschafts- und Postminister a. D., der tippelskirchliche Warenhäusler, Großgrundbesitzer, Geschäftsführer der Druckerei und Zeitungsgesellschaft Union, Schweinezüchter und Gelegenheitshändler, hat neuerdings sein Geschäftsgebiet noch erweitert, er ist Agent großer Elektrizitätsgesellschaften, wie man hört, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, deren Gebieter der bekannte Generaldirektor Rathenau ist, der Siemens & Halske-Aktiengesellschaft. Die „Berliner Zeitung a. M." berichtet, daß die Elektrizitätsunternehmungen seit langem versuchten, die Landwirtschaft für die Verwendung der Elektrizität zu Beleuchtungs- und Wirtschaftszwecken zu interessieren. Es sei ihnen jetzt gelungen, den geschäftsgewandten früheren Landwirtschaftsminister v. Podbielski als Agenten zu gewinnen. Demnächst werde unter der Leitung des Herrn von Podbielski, dem mehrere Ingenieure der Hauptkonzerne der Elektrizitäts-Industrie als Ratgeber für Spezialfragen attachiert sind, eine elektrische Auskunftei für Landwirte errichtet werden, die gleichzeitig Aufträge entgegennimmt. Die einlaufenden Aufträge sollen dann gleichmäßig auf die mitwirkenden Elektrizitätsgesellschaften verteilt werden. Herr Rathenau dürfte einen guten Griff getan haben, denn einer geschäftsgewandteren Agenten als Herrn v. Podbielski für die Akquisitionstätigkeit in Kreisen der Landwirtschaft dürften die Elektrizitätsgesellschaften kaum auftreiben können. Die Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft gewinnt eine immer größere Ausdehnung und Bedeutung, und zwar nicht nur zu Kraftzwecken, sie ist berufen, gewaltige Umwälzungen der landwirtschaftlichen Betriebe hervorzurufen. Der geschäftskundige Pod hat die Bedeutung dieser Entwicklung, in deren für ihn gewinnreichen Dienst er als Agent der Riesengesellschaften sich stellt, gewiß lange begriffen. Als Führer des Bundes der Landwirte radikalagrarischer Demagoge ist Herr v. Podbielski zugleich in Gründer-Industrie- und Handelskreisen heimisch und tätig. In dieser Doppelrolle spiegelt sich die Stellung der Konservativen und Agrarier gegenüber dem Großkapital in Industrie und Handel wieder. Von einer ernstlichen Feindschaft der agrarischen Führer gegen Großindustrie und Großbanken ist lange nichts mehr zu bemerken, Herr v. Kanitz allein führt diesen Kampf gelegentlich, doch er findet darin im Parlament nie die Unterstützung seiner politischen Freunde. Die Verfippung zwischen dem Großgrundbesitz und dem Industrie- und Bankkapital ist so stark entwickelt, daß die gemeinschaftlichen Interessen bestehende Gegensätze überwiegen. Die gelegentlichen Reden gegen das Zechen-, Eisen- und Bankkapital der Großagrarier im Parlament klingen wesentlich anders als die Tiraden, die diese den Leute in Bauernversammlungen loszulassen pflegen. Die Verbrüderung des preußischen Fiskus mit den Syndikaten ist und war nur durch die Zustimmung der Agrarier möglich, das Versagen der Reichsregierung gegenüber den Großbanken bei der Forderung des Gesetzes zur Beaufsichtigung der Institute zum Schutz der Depositengelder konnte gleichfalls nur mit Zustimmung der Agrarier erfolgen, die in ihrer Presse und in ihren Versammlungen sich als die unerbittlichen Feinde des Industrie- und Handelskapitals aufspielen. Der vielseitige Podbielski ist der ausgesprochenste Repräsentant des mit dem Industrie- und Bankkapital eng verfippten Großgrundbesitzes.

Unter dem Vereinsgesetz.

In Ostpreußen auf dem Lande ist trotz des „liberalen" Vereinsgesetzes alles beim alten geblieben. Nach wie vor werden Versammlungen unter freiem Himmel unter den lächerlichsten Einwänden verboten.

Im Wahlkreise Labiau-Wehlau, in dem unsere Partei im Jahre 1903 über 5000 Stimmen erhielt, ist es ihr nicht möglich, eine Versammlung abzuhalten. Der Parteisekretär wollte nun im Januar auf einem vollständig vom öffentlichen Wege und von Gebäuden isolierten Feld eines Besitzers eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten. Doch der Amtsvorsteher gestattete das Abhalten der Versammlung nicht und zwar mit dem Hinweis, daß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu fürchten sei.

Der Parteisekretär wandte sich beschwerdeführend an den Landrat und erklärte, daß nach einem Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts die Behauptung einer drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit durch Tatsachen belegt sein müsse, aus denen sich nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe.

Der Landrat wies die Beschwerde ab und schrieb: In der Gemeinde Schaltischledimmen herrschen seit längerer Zeit heftige Zwistigkeiten mit den Nachbarorten, aus denen mit Zuzug zu der Versammlung gerechnet werden muß. Ferner bestehen entschiedene politische Gegensätze zu den sozialdemokratisch gesinnten Gemeindeangehörigen von Schaltischledimmen. Die Bevölkerung von Schaltischledimmen neigt zum Teil, wie mehrfache Vorkommnisse bewiesen haben, zu Gewalttätigkeiten, und es erscheint daher die Befürchtung wohl begründet, daß die Abhaltung der Versammlung zu einer Störung der öffentlichen Ruhe führen kann."

Die „zu Gewalttätigkeiten neigende Bevölkerung" besteht zum größten Teil aus Bauern; zum kleineren Teil aus Handwerkern und Arbeitern, unter ihr herrscht eine solche Eintracht, daß sie geschlossen gegen die Maßnahmen des Gemeindevorstehers, des Amtsvorstehers, Pfarrers und Landrates opponiert. Die Behauptung des Landrates ist also völlig hinfällig und nur eine Ausrede, um den Sozialdemokraten das Versammlungsrecht zunichte zu machen.

Persien.

Von der Revolution. Teheran, 19. Febr. Der Schah wagt noch nicht, durch gewaltsame Oeffnung der trotz seiner Drohung noch geschlossenen Basare die Empörung zu entfesseln und verliert stündlich an Terrain. Die Europäer und Perser verproviantieren sich, in Voraussicht der einem Sturze des Schahs folgenden Verkehrsstockung. — Laut Nachrichten aus Täbris ist das deutsche Waisenhaus in Choi von Truppen des Schahs bedroht.

Kommunales.

Kommunale Verkehrspolitik. An Unternehmungsgeist lassen es die rheinisch-westfälischen Stadtgemeinden nicht fehlen; man denke nur an die zahlreichen, zum Teil außerordentlich großen und leistungsfähigen Talsperren. Jetzt kommt die Nachricht von einem neuen, großen Projekt.

Eine kommunale Vereinigung — bestehend aus den Verwaltungen der Städte Dortmund, Bochum, Essen, Mülheim an der Ruhr, Duisburg, Düsseldorf und der Landkreise Dortmund und Bochum — richtete an den Eisenbahnminister eine Eingabe auf Konzessionserteilung für eine den Industriebezirk durchquerende Vollspurbahn von Dortmund bis Düsseldorf. Die Kosten sollen 100 Millionen Mark betragen; Fahrgeschwindigkeit 120 Kilometer stündlich; Bahnlänge 75 Kilometer, davon 15 Kilometer unterirdisch, ein anderer Teil Hochbahn. Das Projekt wird von den genannten Kommunen finanziert.

Städtische Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf. Im November beschlossen die Düsseldorfer Stadtverordneten, ortsansässige verheiratete Arbeitslose und solche Ledigen, die Angehörige zu ernähren haben, mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Nach dem in der letzten Stadtverordnetenversammlung gegebenen Bericht des städtischen Statistischen Amtes haben sich vom 9. November bis jetzt 2671 ortsansässige verheiratete Arbeitslose bezw. solche mit Familienlast gemeldet. Davon erhielten 2617 einen Arbeitsschein, 2204 traten die Arbeit an und 1224 werden noch heute beschäftigt, davon 739 in städtischer Regie und 485 bei Privatunternehmern. Die letzte Sitzung bewilligte für weitere 150 Arbeitslose die Ausführung von Erdarbeiten und beschloß in Ermangelung anderer Arbeiten Arbeitslose auch mit Steinschlagen zu beschäftigen.

Keine Arbeitslosenunterstützung in Nürnberg. Wie vor wenigen Tagen berichtet, hat der Stadtmagistrat Nürnberg nach langem Drängen beschlossen, 15 000 Mk. zur Gewährung von Barunterstützungen an solche Arbeitslose zu bewilligen, denen Notstandsarbeiten nicht zugewiesen werden oder die solche wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit usw. nicht leisten können. Diese Maßnahme wurde dadurch nahezu unwirksam gemacht, daß die Unterstützung nur solchen Arbeitslosen zugewendet werden soll, die in Nürnberg heimatberechtigt sind und sich zudem in Nürnberg seit mindestens einem Jahre ständig aufhalten. — Am 16. Februar hatte das Gemeindekollegium über die Frage zu beschließen. Hier erhob sich heftige Opposition. Die bürgerlichen Redner erlaubten sich die schärfsten Angriffe gegen die Arbeiter. Man erklärte, die Gewerkschaften hätten für die Arbeitslosen zu sorgen. Ein Freisinniger meinte, die Gefühlsduselei dürfe nicht zu weit getrieben werden. Von einem Nationalliberalen wurde angeführt, Arbeitslose gäbe es immer, viele davon seien Arbeitsscheue, die überhaupt nicht arbeiten wollten.

Die Sozialdemokraten bemühten sich mit aller Entschiedenheit, etwas für die Arbeitslosen zu erreichen, aber vergebens. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Ausschluß der Mitglieder der bürgerlichen Kollegien von allen städtischen Submissionsarbeiten und Submissionslieferungen beschäftigte am Montag abend den Stuttgarter Bürgerausschuß. Der Antrag wurde von den sozialdemokratischen Mitgliedern Fischer und Sämann mit reichem Material begründet. Sie konnten die Notwendigkeit eines solchen Antrages mit Vorkommnissen aus der Stuttgarter Stadtverwaltung selbst belegen. Mit Rücksicht auf die Patente und Musterschutzarbeiten wurden dem Antrage die Worte „in der Regel" eingefügt, und der Antrag dann nahezu einstimmig angenommen.

Der Antrag geht jetzt an den Gemeinderat.

Vom Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden. In Rottleben bei Frankenhausen in Schwarzburg-Rudolstadt, wo der Gemeinderat in seiner Mehrheit aus Arbeitern besteht, wurde unser Genosse Tischof als Schultheißen-Stellvertreter gewählt. Jetzt wurde ihm von zuständiger Stelle eröffnet, daß seine Bestätigung nicht erfolgen könne, da die Grundsätze der Sozialdemokratie mit denen des Staates sich nicht vereinbarten. Zwar werden unsere Genossen im Rottlebener Gemeinderat dem Ansuchen, einen bürgerlichen Vizeschulzen zu wählen, sich sicher nicht fügen, und auch im zweiten Wahlgange den Genossen Bischof wählen, aber das wird nur ein Protest gegen die staatliche Bevormundung bleiben. Die Regierung wird, wie im Falle des Genossen Frötscher aus Könitz vor einigen Jahren — einfach auf dem Verwaltungswege einen genehmeren Vizeschulzen ernennen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 20. Februar.

— **Holzarbeiterverband.** Die jetzige Zeit ist besonders dazu angetan, die Agitation unter den Berufskollegen zu betreiben. Jeder sollte sich daher bemühen, für den Verband zu wirken. In der Mitgliederversammlung am Montag, abends 6½ Uhr, soll das Nähere bekannt gegeben werden. Da außerdem ein **Vortrag des Genossen Dr. Borchardt-Charlottenburg über** „Darwin und sein Werk" auf der Tagesordnung steht, bietet gerade diese Versammlung des Anregenden viel.

Diejenigen Kollegen, welche noch im Besitze eines Handbuches für Funktionäre sind, ihre Posten aber nicht mehr bekleiden, bitten wir, das Buch schleunigst abzuliefern.

— **Freie Volksbühne.** Die Bezirkskassierer können ihre Beitragslisten nebst Marken in Empfang nehmen. — Die nächste Vorstellung, „Journalisten" von Gustav Freytag, findet am 7. März statt.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute geht „Die Else vom Erlenhof" zu kleinen Preisen in Szene. Morgen wird das Volksschauspiel „Die Geyer-Wally" gegeben. Es ist dies eine Dramatisierung des gleichnamigen Romans von Wilhelmine von Hillern. Die Novität „Simson" wird Montag zum letzten Male gegeben. Am Mittwoch gastiert das Ballett-Ensemble „Excelsior"; dazu „Der Kammersänger" und „Abschied vom Regiment".

— **Spiritistenverein „Aurora".** Am Sonntag findet ein Vortragsabend statt. Näheres siehe Inserat.

— **Diebstahl elektrischer Energie.** Ein beim hiesigen Telegraphenamt angestellter Beamter hat in ganz raffinierter Weise das städtische Elektrizitätswerk fortgesetzt um elektrischen Strom bestohlen. Die Wohnung desselben ist an das elektrische Beleuchtungsnetz angeschlossen, und dem Kontrollbeamten des Werks fiel es auf, daß der Meßapparat in der Wohnung einen sehr geringen Verbrauch registrierte. Nachforschungen ergaben nun, daß der Beamte, der infolge seiner dienstlichen Beschäftigung mit der elektrischen Beleuchtungstechnik vertraut ist, vor dem Meßapparat einen Nebenanschluß eingebaut hatte, so daß der für die Beleuchtung der Wohnung verbrauchte Strom nicht registriert wurde und deshalb auch nicht bezahlt werden brauchte. Damit hat es aber noch nicht sein Bewenden. Er befaßte sich in seinen Freistunden auch damit, für Bekannte kleinere elektrische Hausleitungen anzulegen, wozu er das Material lieferte. In einer ganzen Reihe von Fällen hat er die hierfür verwendeten Akkumulatoren vermittels des oben erwähnten Nebenanschlusses aus der städtischen Leitung gespeist und dadurch das städtische Elektrizitätswerk um mehrere hundert Mark geschädigt. Anzeige ist erstattet und die Untersuchung ist eingeleitet. (Gen.-Anz.)

— **Feuer.** In dem Wohnhause des Tischlers Vogelsang, Schildescherstr. 49, brach heute vormittag gegen 6½ Uhr Feuer aus. Der Dachstuhl des von vier Familien bewohnten Hauses brannte vollständig nieder, auch die im Erdgeschoß liegenden Wohnungen mußten geräumt werden. Das Feuer soll dadurch entstanden sein, daß die Frau Vogelsang mit einer Lampe, mit der sie auf einer Bodenkammer etwas suchen wollte, verunglückt ist. Die Frau soll hierbei leichte Brandwunden erlitten haben.

— **Polizeibericht.** Eingeliefert ins hiesige Polizeigefängnis wurden 7 Personen wegen Bettelns, 1 Person wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 1 Frauensperson wegen Diebstahls; 49 Obdachlose erhielten Unterkunft.

(Schluß von „Aus der Stadt u. Nachbarschaft" in d. 1. Beilage.)

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Eine allgemeine Sitzung der Vertrauenspersonen findet am Dienstag, 23. Februar, abends 6½ Uhr, im Restaurant „Stadt Bielefeld", Marktstr. 8, statt. Der Vorstand.

Versammlungen.

Bielefeld. Metallarbeiterverband. Sonnabend, 20. Februar, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Stadt Bielefeld": Sitzung der Vertrauensmänner.
Sonntag, 21. Februar, vorm. ½10 Uhr, in der „Centralhalle": Außerordentliche General-Versammlung. T.-O.: Stellungnahme zur Generalversammlung in Hamburg.
— Schuhmacherverband. Montag, abends 8½ Uhr, Webereistr. 5: Versammlung.

* **Enger,** 18. Febr. Zu den neuesten Leistungen des „Ravensberger" wird uns noch geschrieben: Der „Ravensberger", dieses christlich-soziale Kunstprodukt von Enger, dessen Druck, Orthographie und Stilisierung man im Interesse der Allgemeinheit nur bedauern kann, ist nach Verwaisung seines Redaktionssessels, verursacht durch den Fortgang des Herrn Beh'e, auf dem besten Wege, mehr und mehr der Lächerlichkeit anheim zu fallen. In seiner Mittwochnummer vom 17. d. M. versucht er in einem Artikel, überschrieben: „Mißgriffe in der Bekämpfung der Zigarren-Banderolensteuer", seinen Lesern, deren es in Enger glücklicherweise wohl kaum noch über ein Bäckerdutzend gibt, einzureden, daß in dem neuesten Flugblatt des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten v. Elm Propaganda gemacht werde für die Banderolensteuer. Diese Verunglimpfung ist schon längst von einer Reihe bürgerlicher Blätter widerrufen, es stand auch dieser Tage eine diesbezügliche Berichtigung der „Süddeutschen Tabakzeitung" im „Engerichen Anzeiger". Trotzdem fühlt sich der „Ravensberger" veranlaßt, diese Schwindelmär von neuem in die Welt zu setzen; er meint zum Schluß, zum Glück sei der Einfluß der Sozialdemokratie nicht so groß, um das umwerfen zu können, was die wahren Freunde der Tabakindustrie mühsam und bisher mit Erfolg aufgebaut hätten. Was für wahre Freunde der Tabakindustrie die Christlich-Sozialen sind, wird den Zigarrenarbeitern noch in lebhafter Erinnerung sein. Die fortwährenden Bündnisse der Christlich-Sozialen mit den Konservativen öffnen manchem Arbeiter die Augen. Das scheint auch wohl schon der Redakteur des „Ravensberger", Herr Titgemeier, eingesehen zu haben; hat er doch, um den Abonnentenschwund des „Ravensberger" wieder wett zu machen, für Enger ein „Engerisches Tageblatt" und für Spenge ein „Spenger Tageblatt" herausgegeben. Diese unterschieden sich vom „Ravensberger" nur durch die Ueberschrift. Beide Blätter konnten sich ihrer Existenz aber nur so lange freuen, als sie gratis herausgegeben wurden. Glücklicherweise wird auch die Zahl derer immer größer, die das Einsehen gewinnen, daß der „Ravensberger" auch für 1,50 Mk. vierteljährlich noch zu teuer ist. Das Blättchen, welches gewerbsmäßig die Partei und Gewerkschaften nebst ihren Führern nur verunglimpft, ist offensichtlich dem Untergang geweiht.

* **Herford,** 19. Febr. Stadtverordneten-Sitzung vom 19. Februar. Zur 2. Lesung der Schlachthof-, Armen-, Höhere Mädchenschul- und Bürgerschulkasse wurden Beanstandungen nicht beliebt. Es kamen nur einige Unzuträglichkeiten im Schlachthofe zur Besprechung. Diese wurden dem Magistrat zur Prüfung überwiesen. In der 1. Lesung wurde der Einquartierungskasse ohne Debatte zugestimmt.

Zur Aenderung des Ueberlandzentralenvertrages referierte Stadtv. Kuhlo und begründete die Aenderung mit der Tatsache, daß die Ueberlandzentrale mit der Stromlieferung nicht, wie vereinbart, am 1. November 1909, sondern erst am 1. Juli 1910 beginnen könne. Durch diese Verzögerung macht sich die Aufstellung einer Dampfmaschine von 150—180 Pferdekräften für den nächsten Winter notwendig. Stadtv. Schönfeld beantragt diese Vorlage zu vertagen. Der erste Bürgermeister Busse empfiehlt die Annahme und weist auf die großen Schwierigkeiten bei solchen Verträgen hin. Der Antrag Schönfeld wird gegen eine Stimme abgelehnt und die Vorlage angenommen. — Ueber die Gründung eines Grundstücksfonds referiert Kommerzienrat Böckelmann. Er verliest einen umfangreichen Entwurf, nach welchem die städtischen Grundstücke diesem Fonds zugeführt werden sollen. Bei einer Veräußerung oder Verwendung soll der Mehrwert gutgeschrieben werden, woraus sich eine Selbstverzinsung ergebe. Ferner soll dem Fonds der Ertrag aus der Wertzuwachssteuer zugeführt werden, allerdings erst von über 2000 Mk. an. Der Referent schlägt recht wesentliche Aenderungen der Vorlage vor. Vor allem wendet er sich gegen die Aufnahme des Bürgervereins in diesen Fonds und betont, daß die Unkosten, welche der Stadt durch den Bürgerverein entstehen, von der jetzigen Generation getragen werden müßten. Die Stadt habe sich in einer Verlegenheit befunden, als sie den Bürgerverein kaufen mußte. Auch der Lübberbruch u. der Stadtforst sollten lieber herausgelassen werden, denn diese würden immer den jetzigen Bestimmungen erhalten bleiben. Nachdem der erste Bürgermeister versprochen, die Aenderungen beim Magistrat zu befürworten, findet die Vorlage Annahme.

Aufnahme einer Anleihe von 2850 000 Mark. Nachdem der Stadtv. Hülsenbeck diese Drei-Millionen-Vorlage begründet hat, wird nach einer kurzen Generaldiskussion in die Einzelberatung eingetreten. Gegen den in der Vorlage enthaltenen Schul-Pavillon wendet sich Herr Schönfeld, er stellt demgegenüber die Behauptung auf, daß unsere Schulverhältnisse den Bedürfnissen im allgemeinen auf lange Zeit genügten. Hierauf dient der erste Bürgermeister mit Beweisen über die eigentlich schon vorhandene Schulnot. So habe der Rektor der Schule an der Fallstraße schon um eine Vergrößerung angetragen, andere Schulen erweisen sich ebenfalls als unzureichend. Daß aber wieder Zeiten kommen sollen, wo in Räumen, die der Gastwirtschaft dienen, unterrichtet werden muß, müsse verhindert werden. Ein solcher Schulpavillon könne leicht gewechselt und immer da aufgestellt werden, wo er gebraucht wird. Die Kosten dürften sich mit der Inneneinrichtung auf 15 000 Mk. stellen. Der Posten wird angenommen.

Eine noch eingehendere Aussprache findet bei dem Punkt „Kanalbau" statt. Als erster Redner führt Stadtv. Schönfeld einige Gutachten über den Wasserbefund an, nach welchem von einer fühlbaren Verunreinigung nicht die Rede sein könne. Die Unreinigkeiten würden durch die sich immer wiederholenden hohen Wasserstände und Hochwasser hinweggeführt und dadurch eine ausreichende Reinigung erzielt. Der erste Bürgermeister weist auf die Mißstände in dem Stadtgraben hin und stellt in Aussicht, daß die Regierung eingreifen und die Stadt zu dem Kanalbau auf Grund des Reichsseuchengesetzes zwingen werde. Herr Dr. Krengel spricht sich für die einstweilige Aenderung des Stadtgrabens aus, damit sei der Uebelstand beseitigt. Nach längerer Debatte und nachdem der erste Bürgermeister wiederholt betont, daß sich die Stadtverordneten ja noch zu gar nichts verpflichteten, wird der Kanalbau mit einer Stimme Majorität angenommen. Aus der 3. Abteilung stimmte der Stadtv. Schmalhorst mit ja. — Ebenfalls ohne Debatte angenommen wurden die 150 000 Mk. für den Bürgerverein. Damit sind die Einzelberatungen beendet und die Drei-Millionen-Anleihe ist beschlossen.

Auf eine Anfrage des Stadtv. Müller, wie es komme, daß die Kämmereikasse zurzeit Wechsel in der Höhe von über 100 000 Mark laufen habe, antworte der erste Bürgermeister und stellt eine baldige Abhilfe in Aussicht. — Vorweg zur Verhandlung kommt der Punkt L. Lustbarkeitssteuerordnung. Der Referent, Herr Modersohn, teilt mit, daß der Magistrat der in der letzten Sitzung beschlossenen Ordnung beigetreten sei, bis auf die Abgabe für Tanzbelustigung. Nach einigem für und wider wurde beschlossen, daß für Tanzbelustigung bis 11 (früher 12) Uhr 5 Mk. und bis noch später 10 Mk. erhoben werden.

Ohne Debatte werden die Vorlagen D, Bewilligung von 540,50 Mk. für Arbeiten an der Mindenerschule und H. Parzellen-Tauschvertrag, angenommen. — Unter I. kam die vom Gewerkschaftskartell die Notstandsarbeiten betreffende Eingabe zur Verhandlung. Der Referent, Herr Werner, führte aus, daß sich der Magistrat schon mit dieser Eingabe beschäftigt habe. Der Magistrat sei gesonnen, von jetzt ab für Notstandsarbeiten 20 Pfg. pro Stunde zu zahlen, doch sollte hierbei den Familienvätern mit 2 Kindern ein Aufschlag von 20 Prozent gewährt werden, so daß bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden ein Lohn von 2,40 Mk. zur Auszahlung gelange. Herr Heibrok erkennt die Forderung, obgleich er dem Gewerkschaftskartell fernstehe, als berechtigt an und beantragt, pro Tag 2,70 Mk. zu zahlen. Herr Wendt hält einen Stundenlohn von 30 Pfg. für angemessen und erbebt dies zum Antrage. Erster Bürgermeister Busse protestiert dagegen, daß der Magistrat die Arbeitslosen ausnütze. Er sei ja auch überzeugt, daß ein Lohn von 1,80 Mk. den Verhältnissen nicht mehr entspräche, aber man müsse doch auch die Leistungen berücksichtigen. Daß der Magistrat bemüht sei, die Not zu lindern, habe er durch die Vergebung der Arbeiten bewiesen. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien, so müsse man doch das Entgegenkommen anerkennen.

Gegen einen Vorschlag resp. Vermittelungsantrag des Stadtv. Deppermann, 25 Pfg. zu zahlen, wendet sich Herr Strangbäner. Er weist darauf hin, daß man heute schon drei Millionen bewilligt habe und hier sollten den Arbeitern 5 Pfg abgezwackt werden! Auch Herr Rathert erklärt sich für die Zahlung der ortsüblichen Tagelohnes. Herr Kranefuß warnt davor, einen höheren Lohn, als wie in den Privatbetrieben üblich sei, zu zahlen, die Arbeitslosen würden sich sonst keine andere Arbeit suchen und der Stadt zur Last fallen. Zum Schluß wird der Antrag Deppermann mit großer Majorität angenommen. Die Anträge Heibrok auf 2,70 Mk. Tagelohn und Wendt auf 30 Pfg. Stundenlohn, wurden mit einer Stimme Majorität abgelehnt.

Sollen der Magistrat dem Beschlusse beitritt, bekommen nun die Notstandsarbeiter einen Stundenlohn von 25 Pfg.

* **Schweicheln,** 19. Febr. Der Arb.-Gesangverein „Frohsinn" feiert sein 1. Stiftungsfest am 6. Juni in den Lokalitäten des Herrn Generotzky. Die benachbarten Vereine werden gebeten, hiervon Notiz zu nehmen.

* **Bückeburg,** 18. Febr. Der Landtag ist vorgestern eröffnet worden. Aus der Thronrede ergibt sich, daß außer dem Landeshaushalt und einigen Schulvorlagen der Entwurf eines Gesetzes betreffend die geschlossenen Bauernhöfe und die Leibzuchtsverträge vorliegt, durch welchen unter möglichster Schonung und Unterhaltung des bewährten jetzigen Rechtszustandes das geltende Bauernrecht mit den durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffenen Veränderungen in Einklang gebracht und die jetzige Rechtsunsicherheit beseitigt werden soll. In der Sitzung ging noch ein Antrag des Abg Dr. Brunstermann ein: „Landtag wolle beschließen, Fürstl. Ministerium zu ersuchen, baldmöglichst dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß an Stelle des § 19 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes über das Volksschulwesen im Fürstentum Schaumburg-Lippe vom 4. März 1875 folgende Bestimmung zu treten hat: „Die Schulgemeinde wird gebildet durch die Gesamtheit 1. der Personen, welche innerhalb des Schulbezirks a) durch ständige Niederlassung einen eigenen Wohnsitz begründen, b) oder ein Grundstück besitzen, c) oder ein selbständiges Gewerbe betreiben. 2. der Erwerbsgesellschaften, der juristischen Personen des bürgerlichen und des öffentlichen Rechts, welche innerhalb des Schulbezirks a) dauernd wirtschaftliche Zwecke verfolgen, b) oder ein Grundstück besitzen, c) oder ein selbständiges Gewerbe betreiben." Nachdem man eine Weile über die Wahl der Justizkommission herumgeredet hatte, wurde der Landtag auf den 10. März vertagt. (Schaumb.-Lipp. Ld.-Ztg.)

y **Münster,** 18. Febr. Stadtverordneten-Sitzung vom 17. Februar. Eine Eingabe der christlichen Gewerkschaften wünscht, daß bei Vergebung von Arbeiten nur tariftreue Arbeitgeber berücksichtigt werden. Der Antrag wird genügend unterstützt und kommt in der nächsten Sitzung zur Verhandlung.

Jahresrechnung des Schlachthauses 1906. Die Einnahmen betragen rund 113 000 Mk., die Ausgaben rund 111 000 Mk., so daß ein Ueberschuß von rund 2000 Mk. verbleibt. Für das Rechnungsjahr 1907 betragen die Einnahmen rund 115 000 Mk., die Ausgaben ebenfalls 115 000 Mk. Stadtv. Koch bemängelt, daß die Abrechnungen nicht im Turmzimmer, wie beschlossen, ausgelegen haben.

Es kommt dann ein Antrag des Westfälischen Reitervereins zur Verhandlung, welcher auf die Dauer von 10 Jahren einen jährlichen Zuschuß von 300 Mk. wünscht. Den Antrag begründet für die Rechnungskommission der Stadtv. Balzer. Er führt

---

Nr. 43.

Aus der Stad

(Schluß

— **Gründung eines** bei Herrn Wirt Gröppel verein zu gründen. Am Besprechung bei Herrn alle diejenigen Arbeiter, verein beizutreten, freun

— **Gewerbegericht** (S vom 19. Febr. Die Zeit gegen den Schneidermeist lohnes von je 5 Mk. Lohnsatz von 15 Mk. ma Zeit gezahlt, im letzten Mark gezahlt. Der Bek Zahlung von 15 Mk. m Exemplar 15 Pfg. zu z nenten gehabt und deshal später nicht mehr. Die rinnen erhält 2,50 Mk. feur Sudhoff wegen vor Entschädigung von 17,50 zum 16. gekündigt, am 1 Der Beklagte gibt als G trotz Verwarnung wieder gekommen. Der Vertret den Grund der Entlassu Gewerkschaft beigetreten erhebung vertagt. — De Fingmann auf Ausstellun der Beschäftigung. Der bies in das Arbeitsbuch ein Vergleich geschlossen, nis aus. — Der Maza Aug. Göricke wegen kün einer Entschädigung, die Der Kläger ist am 11. am 1. März zum 1. Apr Beklagte will die Entlass sich beharrlich weigerte, wiesen waren. Kläger ve zur Zufriedenheit der andere Arbeiten übertrag Die Parteien schließen ei Dieser Vergleich kann in widerrufen werden. — D metzmeister Kronenberger in Höhe von 16 Mk. au aushändigens der Invali Der Beklagte bestreitet, d Tagen voll gearbeitet ha halben Tag bemängeln, v an demselben Tage gearbe gehen an Versicherungsbe gleich auf Zahlung von validenkarte wird ein V daß Kläger insgesamt 15, gegen den Ziegeleibesitzer gen Lohnes in Höhe von Mark für das Futtern Der Beklagte erwidert Ziegelmeister eingestellt wird ein Vergleich auf Kläger behält sich vor, d Ziegelmeister einzuklagen Firma Müllenschläder Lohnes in Höhe von 119 klagte Wegearbeiten im geforderte Betrag ist no genaue Aufstellung mach halb vertagt. — Der Ar Woller auf Zahlung vo klagten war in einem f lassen, wogegen er Einsp gesetzten Termin hatte be weil er inzwischen verzoge

— **Besitzwechsel.** D hat der frühere Wirt C. nahme erfolgt in kürzeste

— **Auslosung der G** Landgerichtspräsidenten Staatsanwalts v. Hage des Landrichters Schreib dem hiesigen Landgericht die am 15. März d. J. Gockel beginnende Sch folgende 30 Herren als Ting, Möllbergen Nr. 2 Kaufmann Ludwig Hen wirt Wilhelm Vogelsang rich Kirchhoff, Weßling Eilshausen Nr. 3; Ka Kolon Friedrich Meyer Jagenburg, hier, Bisma mann, Spenge; Bleiche Nr. 11; Kaufmann Herr wirt Julius Upmeyer, Minden, Stiftstraße; La Weinhändler Richard W mann Karl Brockschmidt Arthur Baum, Spenge; händler Karl Uhe, Reh Haldem; Auktionskommi wirt Gustav Schürmar Nolting, Herford; Meie Robert Siekmann, Bü Mencke, Lübbecke Nr. 3 Ingenieur Ernst Hoppe, Fabrikbesitzer Hugo Sti

Wahlkreis Lübi

Parteigen

Wie schon bekannt, der Reichs- und Landtag wir nun vor einer Neu arbeit zu berichten habe Orte, uns frühzeitig Na **Versammlungen resp. V**

Mit Partei

J. A.: Wilhelm

1. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 43. **Bielefeld, Sonnabend, 20. Februar 1909.** **20. Jahrg.**

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

* Bielefeld, 20. Februar.

— **Gründung eines Arbeiter-Turnvereins.** Wir beabsichtigen bei Herrn Wirt Gröppel, Ziegelstraße 67, einen Arbeiter-Turnverein zu gründen. Am Mittwoch, 3. März 1909, findet eine Besprechung bei Herrn Wirt Gröppel, Ziegelstraße, statt, wozu alle diejenigen Arbeiter, welche geneigt sind, dem Arbeiter-Turnverein beizutreten, freundlichst eingeladen sind.

Mehrere Turnfreunde.

— **Gewerbegericht (Stadt).** Vergleichsverhandlung vom 19. Febr. Die Zeitungsträgerinnen G., H. und S. klagen gegen den Schneidermeister Schepelmann auf Zahlung des Restlohnes von je 5 Mk. Die Klägerinnen behaupten, es sei ein Lohnsatz von 15 Mk. monatlich vereinbart, dieser auch längere Zeit gezahlt, im letzten Monat habe der Beklagte aber nur 10 Mark gezahlt. Der Beklagte bestreitet eine Vereinbarung über Zahlung von 15 Mk. monatlich, es sei vielmehr bedungen, pro Exemplar 15 Pfg. zu zahlen. Anfänglich habe er 300 Abonnenten gehabt und deshalb jeder Klägerin 15 Mk. zahlen können, später nicht mehr. Die Parteien vergleichen sich, jede der Klägerinnen erhält 2,50 Mk. — Der Friseur S. klagt gegen den Friseur Sudhoff wegen vorzeitiger Entlassung auf Zahlung einer Entschädigung von 17,50 Mk. Dem Kläger ist am 2. Februar zum 16. gekündigt, am 11. ist er aber bereits entlassen worden. Der Beklagte gibt als Grund für die Entlassung an, Kläger sei trotz Verwarnung wiederholt des Morgens zu spät ins Geschäft gekommen. Der Vertreter des Klägers bestreitet dies, er sucht den Grund der Entlassung vielmehr darin, daß Kläger seiner Gewerkschaft beigetreten sei. Die Sache wird zur Beweiserhebung vertagt. — Der Hausdiener S. klagt gegen den Wirt Fingmann auf Ausstellung eines Zeugnisses über Art und Dauer der Beschäftigung. Der Beklagte meint, es genüge doch, daß er dies in das Arbeitsbuch des Klägers geschrieben habe. Es wird ein Vergleich geschlossen, der Beklagte stellt das verlangte Zeugnis aus. — Der Magazinverwalter S. klagt gegen die Firma Aug. Göricke wegen kündigungsloser Entlassung auf Zahlung einer Entschädigung, die sich im Höchstfalle auf 190 Mk. beläuft. Der Kläger ist am 11. Februar entlassen worden, während er am 1. März zum 1. April hätte gekündigt werden können. Die Beklagte will die Entlassung vorgenommen haben, weil Kläger sich beharrlich weigerte, Arbeiten auszuführen, die ihm angewiesen waren. Kläger verrichtete seine bisherigen Arbeiten nicht zur Zufriedenheit der Firma, und diese wollte ihm deshalb andere Arbeiten übertragen. Das soll Kläger abgelehnt haben. Die Parteien schließen einen Vergleich, der Kläger erhält 70 Mk. Dieser Vergleich kann innerhalb dreier Tage von jeder Partei widerrufen werden. — Der Arbeiter H. klagt gegen den Steinmetzmeister Kronenberger auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 16 Mk, außerdem verlangt Kläger wegen Nichtaushändigens der Invalidenkarte eine Entschädigung von 8 Mk. Der Beklagte bestreitet, daß Kläger an den von ihm angegebenen Tagen voll gearbeitet habe, er kann jedoch schließlich nur einen halben Tag bemängeln, von dem Kläger aber behauptet, daß er an demselben Tage gearbeitet habe. Von den geforderten 16 Mk. gehen an Versicherungsbeiträgen 1,02 Mk. ab, es wird ein Vergleich auf Zahlung von 13,08 Mk. geschlossen. Wegen der Invalidenkarte wird ein Vergleich über 2,40 Mk. geschlossen, so daß Kläger insgesamt 15,78 Mk. erhält. — Der Arbeiter R. klagt gegen den Ziegeleibesitzer Hagemeier auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 34,50 Mk. Hierin befinden sich 2,10 Mark für das Futtern der Pferde an Sonn- und Feiertagen. Der Beklagte erwidert auf die Klage, daß der Kläger vom Ziegelmeister eingestellt und dieser den Lohn schuldig sei. Es wird ein Vergleich auf Zahlung von 2,10 Mk. geschlossen. Der Kläger behält sich vor, den verbleibenden Restbetrag gegen den Ziegelmeister einzuklagen. — Der Arbeiter H. klagt gegen die Firma Müllenschläder Nachf. auf Zahlung des rückständigen Lohnes in Höhe von 119,30 Mk. Der Kläger hat für die Beklagte Wegearbeiten im Betrage von 463 Mk. ausgeführt, der geforderte Betrag ist noch zu zahlen. Kläger soll zunächst eine genaue Aufstellung machen, die weitere Verhandlung wird deshalb vertagt. — Der Arbeiter H. klagt gegen den Buchhändler Woller auf Zahlung von 3,25 Mk. Restlohn. Gegen den Beklagten war in einem früheren Termin Versäumnisurteil erlassen, wogegen er Einspruch erhoben hatte. Zu dem heute angesetzten Termin hatte der Kläger nicht geladen werden können, weil er inzwischen verzogen war. Die Sache soll vorläufig ruhen.

— **Besitzwechsel.** Die Wirtschaft Heybrock, Spindelstraße, hat der frühere Wirt C. Blome käuflich erworben. Die Uebernahme erfolgt in kürzester Zeit.

— **Auslosung der Geschworenen.** Unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Waitz und im Beisein des Ersten Staatsanwalts v. Hagen, des Landgerichtsrats Simroth und des Landrichters Schreiber fand gestern mittag um 12 Uhr auf dem hiesigen Landgericht die Auslosung der Geschworenen für die am 15. März d. J. unter dem Vorsitze des Landgerichtsrats Gockel beginnende Schwurgerichtsperiode statt. Es wurden folgende 30 Herren als Geschworene ausgelost: Kolon W. Nolting, Möllbergen Nr. 2; Kaufmann Herm. Kaßpohl, Minden; Kaufmann Ludwig Hempel, Minden, Fischerglacis 13; Landwirt Wilhelm Vogelsang, Solterwisch Nr. 10; Oekonom Heinrich Kirchhoff, Wetzling Nr. 9; Kolon Friedrich Horstmann, Eilshausen Nr. 3; Kaufmann Karl Spieker, Neuenkirchen; Kolon Friedrich Meyer, Wulferdingsen; Kaufmann Robert Jagenburg, hier, Bismarckstraße 4; Kaufmann Heinrich Bohrmann, Spenge; Bleichereibesitzer Franz Beckhaus, Senne II Nr. 11; Kaufmann Hermann Cremer, hier, Goldbach 7; Landwirt Julius Upmeyer, Schildesche; Professor Otto Gottbrecht, Minden, Stiftstraße; Landwirt Gustav Rolf, Senne II Nr. 1; Weinhändler Richard Müller, Minden, Marienstraße 7; Kaufmann Karl Brockschmidt, Oppenwehe Nr. 36; Rittergutsbesitzer Arthur Baum, Spenge; Fabrikant Karl Bock, Herford; Holzhändler Karl Uhe, Rehme; Kaufmann Heinrich Gronemeyer, Haldem; Auktionskommissar Heinrich Günther, Enniglob; Landwirt Gustav Schürmann, Stieghorst Nr. 1; Kaufmann E. Nolting, Herford; Meier Gerhard Mersmann, Brook; Architekt Robert Siekmann, Bünde, Sedanstraße; Fabrikant August Mencke, Lübbecke Nr. 35; Fabrikant Karl Blanke, Hausberge; Ingenieur Ernst Hoppe, Minden, Friedrich-Wilhelm-Straße 21; Fabrikbesitzer Hugo Simons, Rheda.

Wahlkreis Lüdinghausen-Beckum-Warendorf.

Parteigenossen!

Wie schon bekannt, ist der Vertreter unseres Wahlkreises, der Reichs- und Landtagsabgeordnete Waltendorf, gestorben. Da wir nun vor einer Neuwahl stehen und noch viel Aufklärungsarbeit zu verrichten haben, ersuchen wir die Parteigenossen aller Orte, uns frühzeitig Nachricht zu geben, wo es uns möglich ist, Versammlungen resp. Parteibesprechungen abhalten zu können.

Mit Parteigruß

Die Kreisleitung.

J. A.: Wilhelm Jordan, Ahlen, Lütkeweg 50.

* **Gellershagen,** 18. Febr. Eine Gemeinderatssitzung, der eine solche des Schulvorstandes vorausging, fand am Dienstag, den 16. Februar, statt. Den Schulvorstand beschäftigte als 1. Punkt: „Anstellung einer technischen Lehrerin mit Theesen zusammen unter Gewährung eines Staatszuschusses von 300 Mk. jährlich." Zur Erläuterung dieser Angelegenheit müssen wir etwas weiter zurückgreifen. Bisher wurde der Handarbeitsunterricht von der Frau des Hauptlehrers Müller erteilt. Frau Müller ist eine frühere Lehrerin, die im Handarbeitsunterricht demgemäß nichts Besonderes leistet. Das haben unsere Genossen seit Jahren eingesehen, es ist auch schon im Jahre 1906 in Versammlungen des Soz. Vereins in Gellershagen und in der „Volkswacht" an diesen Verhältnissen Kritik geübt worden. Da unsere Vertreter bei dem früher bestehenden Amtsschulverbande keinerlei Einfluß hatten, so blieb der Zustand der alte, bis, wohl veranlaßt durch den vorjährigen Schulprozeß, die Schulaufsichtsbehörde etwa im November v. J. selbst die Anregung gab, eine andere Lehrerin für den genannten Unterricht anzustellen. Gleichzeitig wurde von ihr die in Theesen angestellte Lehrerin Frl. Göte empfohlen, die dann von den beiden Gemeinden Gellershagen und Theesen gemeinschaftlich angestellt werden sollte. Die vorgeschlagene Lehrerin hat seit Jahren Privatunterricht an solche Kinder erteilt, deren Eltern mit den in der Schule den Kindern erteilten Unterricht nicht zufrieden waren. Da ein Teil des Schulvorstandes und der Gemeindevertretung die Leistungen der zur Wahl empfohlenen Lehrerin kannten, so war es weiter kein Wunder, daß beide Körperschaften damals den Vorschlag der Regierung einstimmig akzeptierten. Nein, nicht einstimmig, denn im Schulvorstande war der dieser angehörende Hauptlehrer Müller dagegen. Das Auftreten des Herrn Hauptlehrers bei dieser Angelegenheit hat nicht nur bei unseren Genossen, sondern noch vielmehr bei den eigenen konservativen Parteifreunden Kopfschütteln und Unwillen erregt. Herr Müller wollte ausdrücklich ins Protokoll aufgenommen haben, daß er gegen die Anstellung der genannten Lehrerin sei. Er werde alle Mittel und Wege erschöpfen, um dieselbe zu hintertreiben. Und das deshalb weil Herr Müller mit dem Fräulein und vielleicht auch deren Bruder, der Lehrer in Gellershagen ist, in persönlicher Feindschaft lebt. Aber diese drei Personen sind es nicht allein, die in einem solchen Verhältnis zu einander stehen, jedes Kind hat längst herausgefunden, wie die Sachen liegen. Es ist dies auch eine Seite unserer Schulverhältnisse, die wir bisher in der Oeffentlichkeit nicht beleuchtet haben. Herr Müller motivierte damals seinen Standpunkt damit, es sei bei Anstellung der betreffenden Lehrerin ein gedeihliches Zusammenarbeiten des Lehrerkollegiums unmöglich, er habe ab. auch sonst noch Gründe. Aufgefordert, diese vorzubringen, wollte Herr Müller nicht, die würde er nur dem einen oder anderen der Anwesenden privatim erzählen, wer sie hören wolle, müsse mit ihm aus dem Zimmer gehen. Das lehnten die in der Sitzung anwesenden Personen natürlich ab, und Herr Müller erzählte nun, mit einer deutlichen Spitze gegen eine bestimmte Person, daß er einmal einen anonymen Brief erhalten habe. Er wisse der betreffenden Person das auf den Kopf zugesagt und diese soll das Schreiben des Briefes eingestanden haben. Nach unseren Informationen hat aber die verdächtige Person, nachdem von einem der Anwesenden darum befragt, dies weit von sich gewiesen. Wo ist da die Wahrheit? Schulvorstand und Gemeindevertretung kümmerten sich also nicht um die „Gründe" des Herrn Hauptlehrers und wählten die vorgeschlagene Lehrerin. Herr Müller schlug auf den Tisch und spielte als letzten Trumpf aus: „Aber meine Frau ist noch nicht gekündigt!" „Das wird schon besorgt werden," lautete die Antwort. Soweit war die Sache gediehen und die beiden Körperschaften warteten auf die endgiltige Zustimmung der Regierung, als dem Verfasser dieses vor etwa zehn Wochen aus Bielefeld die Nachricht zuging, Herr Müller versuche bei der Schulaufsichtsbehörde durchzusetzen, daß die einen höheren Zuschuß bewillige und dann eine seminaristisch gebildete technische Lehrerin angestellt werde. Die gewählte Lehrerin ist nämlich nicht seminaristisch gebildet, hat aber mehrere technische Kurse durchgemacht und sich in der Praxis, wie schon oben gesagt, gut bewährt. Unsere Genossen warteten also besser, was da kommen würde, und siehe da, die Schulaufsichtsbehörde hat ihre eigene Anregung fallen und sich breit schlagen lassen. Der Schulvorstand ging aber nicht von seinem Standpunkt ab, einmütig stimmte er gegen den neuen Vorschlag der Regierung. Herr Müller enthielt sich diesmal der Stimme, nachdem er vorher mit ein paar Worten sein Bedauern darüber ausgesprochen hatte, wenn vielleicht die früher gewählte Lehrerin durch die ihr gegebenen Anregungen ihr Brot verliere. Wir wollen uns eine Kritik an dem Vorgehen des Hauptlehrers sparen, sie ist auch überflüssig. Und nun hat die Regierung wieder das Wort, wird sie, um einer einzigen, den meisten Einwohnern des Schulbezirks unsympathischen Person entgegenzukommen, dem einmütigen Beschluß von Schulvorstand und Gemeindevertretung ihre Zustimmung versagen?

Ja, ja, die Sozialdemokratie hat heute die Hälfte der Sitze in der Gemeindevertretung, und die schönen Zeiten, wo der Hauptlehrer alles leitete und alles machte, sind unwiederbringlich dahin, das trat so recht auch bei dem nächsten Punkte der Tagesordnung in die Erscheinung. Derselbe lautete: „Anstellung eines Schuldieners für die Schule in Gellershagen." Unter der Herrschaft des früheren Amtsschulverbandes war die Reinigung und Heizung der Schule, einschließlich der Lieferung des Brennmaterials, dem — — Hauptlehrer Müller übertragen worden. Herr Müller erhielt für die Reinigung pro Klassenzimmer 5 Mark jährlich, für 6 Zimmer gleich 300 Mk., außerdem 25 Mk. für das Reinigen der Aborte und Flure. Für das Heizen der Klassenzimmer inklusive der Lieferung des Brennmaterials erhielt der Genannte 90 Mk. pro Jahr und Klassenzimmer. Herr Müller beantragte im November v. J., die letztere Entschädigung auf 120 Mk. jährlich zu erhöhen und auch für die Reinigung mehr zu zahlen. Schulvorstand und Gemeindevertretung beschlossen die Reinigung in Zukunft mit 60 Mk. pro Zimmer zu bezahlen, außerdem 40 Mk. für Aborte und Flure und für Heizung und Kohlenlieferung 110 Mk. pro Zimmer zu gewähren. Hierbei wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß mit dem jetzigen Zustand gebrochen werden müsse, da die Gemeinde Gellershagen keine Veranlassung habe, dem Hauptlehrer Müller ein Dienstmädchen zu halten. Die Sache verhält sich nämlich so: Herr Müller hat einer Witwe die Reinigung von vier Klassenzimmern und der Aborte übertragen. Zwei Zimmer reinigt das Dienstmädchen des Herrn Hauptlehrers, wofür dieser die Summe von 120 Mk. jährlich einzieht. Die Arbeiten, die mit der Heizung der Klassenzimmer verbunden sind, hat ebenfalls das Dienstmädchen auszuführen, Herr Müller erhält dafür $6 \times 110 = 660$ Mark jährlich. Fachleute schätzen den Verbrauch auf etwa 60 Mark pro Zimmer, so daß für die Arbeit die Summe von 300 Mark gezahlt würde. Wir wollen nicht sagen, daß dies zu viel wäre, aber das System gefällt uns nicht. Herr Müller zieht also etwa 420 Mk. ein, genau die Hälfte, 210 Mk., zahlt er seinem Dienstmädchen, welches selbstverständlich dafür auch die Arbeiten im Haushalt des Herrn Hauptlehrers mitbesorgen muß, da dessen Frau bekanntlich ja auch Handarbeitsunterricht erteilt. Nun könnte man ja einwenden, daß der Hauptlehrer für die Reinigung keine vollen 120 Mk. erhält, weil er jedenfalls auch die Gerätschaften dazu liefert. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß er früher von den 25 Mk. für Abortreinigung der Frau nur 10 Mk. gezahlt, den Rest also jedenfalls hierfür verrechnet hat. Schulvorstand und Gemeindevertretung sahen ein, daß dies ganze Verhältnis ein ungesundes war, und beschäftigten sich dann auch bald mit der Anstellung eines Kastellans. Der diesbezügliche Beschluß wurde in beiden Korporationen einmütig gefaßt.

Wie früher mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet worden ist, wollen wir noch an ein paar anderen Beispielen zeigen. In der augenblicklich zur Einsicht ausliegenden Amtskassenrechnung pro 1907 findet sich ein Ausgabeposten von 56 Mk. für die Schule in Gellershagen. Diese Summe ist für Trinkbecher ausgegeben worden, deren Anschaffung dem Hauptlehrer Müller vom früheren Schulvorstande übertragen war. Herr Müller hat kupferne Kannen und Becher zu dem obigen Preise angeschafft. Es ist eigentlich schade, daß er die Aeußerungen seiner eigenen Parteifreunde über diese Ausgabe nicht gehört hat. Weiter: An der vor mehreren Jahren in Gellershagen gebauten Schule befindet sich eine große Uhr. Bis heute weiß weder der Gemeindevorsteher noch der damalige Schulvorstand, wer die Uhr bestellt hat. Sie ist geliefert und der Betrag vom früheren Amtmann Göde auf die Amtskasse angewiesen worden. Schulvorstand und Amtsvertretung wollten nachher das Geld zurückhaben, weil sie niemand den Auftrag gegeben hatten, die Uhr zu bestellen, es wurde ein mehrere Jahre währender Prozeß geführt, der aber verloren ging. Wie gesagt, bis heute weiß niemand, wer die Uhr bestellt hat, wenn auch vermutet wird, daß es der frühere Amtmann gewesen ist. Solche Dinge können heute ja wohl nicht mehr vorkommen, weder Schulvorstand noch Gemeindevertretung würden die Anschaffung irgendwelcher Sachen ohne nähere Beschlüsse aus der Hand geben, ganz abgesehen davon, daß auch der jetzige Amtmann, dessen Tüchtigkeit als Verwaltungsbeamten wir schätzen — trotz seiner eigentümlichen Ansichten über Polizeistunden und Beschränkung von Lustbarkeiten — bestrebt ist, Ordnung und Klarheit in die Verwaltung zu bringen.

Wir wollen aber unsere Kritik über die Schulvorstandssitzung nicht schließen, ohne noch einmal des Herrn Hauptlehrers Müller gedacht zu haben. Hat da vor einiger Zeit ein 12—13jähriger Junge, ein Krüppel ohne Beine, in einer Nachbarsfamilie, in der er sich viel aufhält, etwa 15 Mk. Geld genommen. Die Sache ist natürlich bald herausgekommen, die Angehörigen des Krüppels haben das Geld zurück und die beiden Familien betrachteten die Sache endgiltig als erledigt. Herr Müller hat nachträglich von der Sache gehört und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gemacht. Die Gemeindevertretung befaßte sich bald darauf mit der Unterbringung des Kindes in einem Krüppelheim und unsere Genossen brachten die Angelegenheit hierbei zur Sprache. Wir brauchen wohl nicht zu sagen, daß das Vorgehen des Herrn Müller von allen Vertretern verurteilt wurde, auch der Amtmann versprach, dahin wirken zu wollen, daß das Kind nicht bestraft, sondern einem Krüppelheim überliefert würde. Herr Müller wird ja vielleicht sagen, er habe dasselbe erreichen wollen, aber bedarf er dazu der Hilfe des Staatsanwalts? Gibt es keine andere Wege?

Die Gemeindevertretung stimmte in ihrer Sitzung der Beibehaltung der Amtsschulkasse auch für das Rechnungsjahr 1908 zu, da die infolge der Auflösung des Amtsschulverbandes nötige Auseinandersetzung noch nicht erfolgt ist. Dem Antrag des Amtsrentmeisters Tönsing auf Pensionierung wurde zugestimmt. Die Stelle wird auf ein Jahr kommissarisch dem Tönsing jun. übertragen. Sie wird ausgeschrieben und gleichzeitig soll eine andere Gehaltsregelung eintreten, da der jetzige Rendant auf Prozente arbeitete. Es ist zu hoffen, daß unter dem neuen Rendanten die Arbeit etwas flotter vonstatten geht, gleichzeitig werden unsere Vertreter dafür sorgen, daß in den einzelnen Gemeinden mehr Hebetage stattfinden. Der Antrag der Grundstücksverwertungsgesellschaft wegen Ausbau des Weges über Vogelsangs Hof nach Bielefeld zu, wurde dahin erledigt, daß die Gemeinde die Hergabe eines Zuschusses zu den Baukosten ablehnt und der Gesellschaft anheimgibt, den Weg in der im Ortsstatut vorgeschriebenen Weise auszubauen. Der Aufstellung eines gemeinsamen Fluchtlinienplanes mit Bielefeld zusammen auf dem Schloßhof wird zugestimmt. Die Zahlung eines Beitrags zu dem Säuglingsfürsorge-Haus in Charlottenburg wird abgelehnt. Zu dem Punkt „Denkmalssache Jöllenbeck" wird Mitteilung davon gemacht, daß auf Anordnung des Regierungspräsidenten bei den Gemeindevorstehern Sammelstellen errichtet sind. Unsere Parteigenossen können ihr Geld natürlich zu besseren Zwecken gebrauchen. „Heranziehung von Frauen zur Mitwirkung in der Armen- und Waisenpflege pp." lautete ein anderer Punkt der Tagesordnung. Die von unseren Vertretern hierzu vorgeschlagenen drei Arbeiterfrauen wurden einstimmig gewählt. Wir sind überzeugt, daß sie ihr Amt mit mindestens derselben Sachkenntnis und Pflichttreue ausüben werden, wie die in manchen anderen Gemeinden gewählten „Damen". Bei Erledigung verschiedener Armensachen wiesen unsere Genossen darauf hin, welch ungeheure Lasten den Gemeinden durch die gewerkschaftlichen Organisationen abgenommen würden. Es sei nur zu wünschen, daß alle Gemeindeeingesessenen sich den für sie in Betracht kommenden Gewerkschaften anschlössen. Die bürgerlichen Vertreter schlossen sich der Auffassung unserer Genossen bei, und auch der Amtmann erklärte, daß er mit größeren Anforderungen an die Armenverwaltung während der Zeit der Krise gerechnet habe.

* **Bauerschaft Schildesche.** Die Gemeinderatssitzung am 17. Februar beschäftigte als wichtigsten Punkt die Reorganisation der Armenpflege. In einer früheren Sitzung befaßte sich die Vertretung mit der Heranziehung von Frauen zur Mitwirkung in der Armen- und Waisenpflege. Damals beantragten die sozialdemokratischen Vertreter, die Armenpflege anders zu organisieren, und zwar Armenpflegebezirke mit einem Armenpfleger an der Spitze einzurichten. Dieser Antrag wurde angenommen und eine Kommission eingesetzt, welche der nächsten Sitzung weitere Vorschläge unterbreiten sollte. Die Kommission beantragte in der heutigen Sitzung, die Gemeinde in vier Bezirke einzuteilen, gleichzeitig machte sie Vorschläge für die Besetzung der Bezirke. Jeder Bezirk soll einen männlichen Armenpfleger erhalten, dem je eine Frau beigegeben wird. Unter den vorgeschlagenen vier Armenpflegern befinden sich drei Parteigenossen, unter den Frauen drei Arbeiterfrauen. Sämtliche Vorschläge wurden von der Gemeindevertretung akzeptiert. Eine Kommission wird ein Regulativ ausarbeiten. Die Amtsschulkasse soll auch für das Rechnungsjahr 1908 beibehalten werden, da die durch Auflösung des Amtsschulverbandes nötige Auseinandersetzung noch nicht erfolgt ist. Dem Antrag des Amtsrentmeisters Tönsing auf Pensionierung wird zugestimmt, die Gemeindevertretung ist einverstanden, daß die Stelle dem Tönsing jun. auf ein Jahr zur kommissarischen Verwaltung übertragen wird. Die Zahlung eines Beitrages zum Säuglingsfürsorge-Haus in Charlottenburg wird abgelehnt. In früheren Sitzungen hat sich die Vertretung wiederholt mit der Beschaffung einer Badegelegenheit im Freien befaßt. Auch die Gemeinden Gellershagen und Theesen befaßten sich damals mit der Angelegenheit, und es hatte den Anschein, als wenn durch gemeinsames Vorgehen der drei Gemeinden wirklich etwas Ersprießliches geschaffen werden sollte. So allgemach ist die Sache aber wieder eingeschlafen, die eine Gemeinde hatte dies, die andere jenes an dem Projekt auszusetzen. Hinzu kommt, daß es lediglich unsere Genossen sind, die voll und ganz für eine solche Einrichtung eintreten, die konservativen Landwirte sähen am liebsten, wenn aus der Sache nichts würde. Die sozialdemokratischen Vertreter unternahmen in der heutigen Sitzung einen erneuten Vorstoß in dieser Richtung. Es wurde eine Kommission eingesetzt, welche sich mit den Kommissionen der

übrigen Gemeinden in Verbindung setzen soll, um die Förderung des Projekts zu betreiben.

* **Steinhude**, 19. Febr. Beim Schlittschuhlaufen ertrunken ist hier der Schulknabe Thönebe, welcher einem Luftloch für die Fische zu nahe kam und unter das Eis geriet. Seine Leiche wurde geborgen. (Schaumb.-Lipp. Ld.-Ztg.)

Parteinachrichten.

Der Parteiskandal in Pankow. Der Vorstand des Wahlkreises Niederbarnim hatte zu Donnerstag abend eine Versammlung des Ortsvereins Pankow einberufen, um den Mitgliedern Aufschluß zu geben über die Gründe, die zur Absetzung des Vorstandes des Ortsvereins geführt haben. Dem Kreisvorstand wurde der Zutritt unter der Androhung der Requirierung der Polizei verweigert. Nur eines der Vorstandsmitglieder wurde zugelassen. — Die Versammlung erklärte, sich nicht fügen zu wollen. Auf das hin erklärte der Kreisvorstand den Ortsverein für aufgelöst. Es sind bereits Schritte im Gange, um eine neue Parteiorganisation in Pankow ins Leben zu rufen.

Erlogene Meldung. Eine Berliner Korrespondenz, die wahrscheinlich Fühlung mit der Polizei hat, verbreitet die Nachricht, daß die Berliner arbeitende Jugend am kommenden Sonntag anschließend an eine Versammlung einen großen Demonstrationsumzug plane. Wir können dazu erklären, daß diese Nachricht völlig erlogen ist.

Vom Strafkonto der Presse. Der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung", Genosse Hey, wurde vom Kieler Schöffengericht wegen Beleidigung des Reichsverbandsmitgliedes Bähre-Rendsburg zu 150 Mk. Strafe verurteilt. Hey hatte in einer Notiz aus Heide erwähnt, daß „der Reichslügenverband in diesem Orte eine Geschäftsstelle errichtet habe". Weiter hieß es in dem Artikel in einem vollständig von obiger Mitteilung getrennten Satz, daß der Sekretär Bähre einen Vortrag in der Gründungsversammlung gehalten habe. Das Gericht konstatierte eine Verbindung zwischen beiden Sätzen und fand darin eine Beleidigung des Bähre, die mit 150 Mk. Strafe geahndet werden mußte. Den Antrag des Verteidigers, Beweiserhebung darüber zuzulassen, daß der Reichsverband wegen seiner verlogenen Machinationen tatsächlich den Namen „Reichslügenverband" verdiene, lehnte das Gericht mit der Begründung ab, daß der Verband nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn einzelne seiner Redakteure und Agitatoren über die Schnur hauen.

Gewerkschaftsbewegung.

Weitere Entlassungen im Ruhrrevier. Im Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation wurde weiteren 115 Arbeitern gekündigt. Für eine große Anzahl Arbeiter werden Feierschichten eingelegt.

Nach 35wöchigem Streik hat die Granit-Aktiengesellschaft Regensburg nachgegeben. Der Streik in den großen Steinbrüchen bei Metten (Niederbayern), woran die freie Gewerkschaft und die Christlichen beteiligt waren, ist zugunsten der Arbeiter ausgefallen. Die Protzenfirma hat enorme Verluste erlitten, während die Arbeiter längst anderswo untergebracht worden waren.

Die Breslauer Metallarbeiter haben in den letzten Jahren derartig erfreuliche Fortschritte gemacht, daß sie daran gehen konnten, sich für ihre Verwaltungsbureaus, für den Arbeitsnachweis und für ihre Sitzungsräume ein eigenes Heim zu schaffen. Sie haben das in der Kleinen Holzgasse 3 belegene Haus soeben angekauft, um es für ihre Zwecke einzurichten. Die Zahlstelle zählt jetzt 5300 Mitglieder, hat somit in drei Jahren um 2000 zugenommen.

Die Versuche des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, zur friedlichen Beilegung gewerblicher Streitigkeiten eine ständige Schlichtungs-Organisation zu begründen, sind, nach der „Frankfurter Zeitung", an den Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes gescheitert. Dieser verlangt alternierenden (abwechselnden) Vorsitz in den Ausschüssen, den die Arbeitgeber für sich beanspruchen, und Ausschluß der gelben Organisationen.

Die Porzellanarbeiter, Töpfer und Glasarbeiter hielten in Dresden eine Versammlung ab, in der sie sich im Prinzip für die Verschmelzung der 3 Verbände erklärten, nachdem ein Antrag abgelehnt war, der die Verschmelzung sämtlicher deutscher Gewerkschaftsverbände forderte.

Die angedrohte Aussperrung der Stukkateure in Nürnberg ist durch Einigung zwischen Organisation und Unternehmern vermieden worden.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 17. Febr. Strafkammer. Am 29. September vorigen Jahres wurde der Ehefrau Buchbinder Kocheisen hierselbst eine Kassette mit 95 Mk. Inhalt gestohlen. Die Kassette wurde, ihres Inhalts beraubt, noch an demselben Tage auf dem Klosett desselben Hauses vorgefunden. Der Verdacht fiel auf eine Freundin der Frau Kocheisen, die Frau Diekmann von hier, welche zur fraglichen Zeit die Frau Kocheisen besucht und sich sehr verdächtig benommen hatte. Das hiesige Schöffengericht hatte in der Sitzung vom 30. Dezember v. J. die Diekmann von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, wogegen von seiten der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden war. Die heutige Verhandlung ergab, daß sich die Angeklagte sehr verdächtig gemacht, noch am selbigen Tage ihre Miete bezahlt und auch die 95 Mk. an die Bestohlene zurückgezahlt hat. Dazu kamen noch so viel verdächtige Momente, daß die Strafkammer, von der Schuld der Angeklagten überzeugt, das erste Urteil aufhob und die Angeklagte wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis verurteilte.

Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Kaufmann Wilhelm Vieregge von Niederbechsen bei Oeynhausen hatte den Kaufmann Frerichs zu Minden veranlaßt, ihm Waren auf Kredit zu schicken. Als bald darauf von Vieregge wiederum eine Bestellung einlief, ohne daß V. sich vorher nach dem Preise erkundigt hätte, wurde Frerichs stutzig. Um sicher zu gehen, schickte er seinen Sohn mit dem Paket bestellter Waren nach Oeynhausen. Das Paket, welches den Namen Vieregge trug, wurde beim Bahnhofsportier niedergelegt und der Besteller der Waren aufgesucht. Da er nicht zahlen konnte, wurden ihm die Waren verweigert. V. jedoch ging zu dem Bahnhofsportier und erhielt unter der Angabe, daß er den Gepäckschein augenblicklich verlegt habe, das Paket, welches seine Adresse zeigte, ausgehändigt. In beiden Fällen hat der Angeklagte den Frerichs nicht allein geprellt, sondern auch die Waren unter Preis verschleudert. Die Strafkammer erkannte gegen den Angeklagten diesmal auf drei Monate Gefängnis und brachte ihm auf diese Strafe 1 Monat von der erlittenen Untersuchungshaft in Anrechnung. Der bestehende Haftbefehl wurde vorläufig aufgehoben und der Angeklagte auf freien Fuß gesetzt.

Wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuches hatte sich vor der Strafkammer der Bauunternehmer Aug. Rittelmeyer von Rehme zu verantworten. Er hatte in Dehme im Juli v. J. einen Trockenschuppen gebaut, dabei aber gegen die allgemeinen Regeln der Baukunst derart verstoßen, daß der Bau, dem der erforderliche Querverband fehlte und dessen Fundamentierung zu schwach war, kurz nach der Belastung durch die Dachpfannen, zusammengebrochen ist. Zum Glück hat sich zur Zeit des Zusammenbruchs kein Mensch unter dem Schuppen befunden, so daß dadurch ein größeres Unglück verhütet worden ist. Der Gerichtshof hielt eine Fahrlässigkeit auf seiten des Angeklagten für vorliegend und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 100 Mark eventuell 10 Tagen Gefängnis.

Der Kutscher August Keßler aus Gumbinnen, zurzeit in Hagen i. W. in Strafhaft, ein niederländischer Staatsangehöriger, schon dreimal wegen Diebstahls und einmal wegen Sittlichkeitsverbrechens mit 6 Jahren Zuchthaus vorbestraft, ist in Minden im November v. J. aufgegriffen worden, als er dort den Versuch machte, ein Pferd nebst Wagen an den Mann zu bringen. Bei ihm wurden ein Schlagring und ein Revolver vorgefunden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß das Gespann der Firma Jacobus Vessels in Breda in Holland gestohlen war und der Angeklagte mit dem Gefährt die holländische Grenze passierend bis nach Minden gelangt war, wo ihn die Nemesis ereilte. Nach der Darstellung des Angeklagten will er früher bei der genannten Firma als Kutscher tätig gewesen sein und den Dienst wegen angeblicher Lohndifferenzen verlassen haben. Als eigentlichen Dieb bezeichnet er einen Dodeweert, der ihn vorausgeschickt habe, um dann selber noch mit zwei Pferden nachzukommen. Die Aburteilung des Angeklagten ist auf diplomatischem Wege den deutschen Gerichten übertragen worden. Er erhielt von der Strafkammer wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle 10 Monate Gefängnis und wegen Tragens von Waffen ohne Waffenschein eine Geldstrafe von 30 Mk. eventuell 10 Tage Haft.

Wegen eines Eisenbahnunfalls verurteilt. Karlsruhe, 18. Februar. Die Strafkammer verurteilte gestern den Hilfsweichensteller Schneider und den Eisenbahnassistenten Hoffäß wegen Vergehens gegen § 316 Ziffer 2 und § 222 Ziffer 1 und 2 des Reichsstrafgesetzbuches, und zwar ersteren zu 7 Monaten Gefängnis, letzteren zu 7 Monaten und 2 Wochen Gefängnis, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Die beiden Angeklagten hatten infolge falscher Weichenstellung die Entgleisung eines Güterzuges herbeigeführt, wobei der Zugführer Klein sein Leben einbüßte.

Militärisches.

Ein Landwehrmann wegen Achtungsverletzung verurteilt. Gelegentlich einer Landwehrübung am 5. Februar auf dem Exerzierplatz in Altenburg bei dem Regiment Nr. 153 wurde der Landwehrmann Ronneburger aus Weißenfels, ein Familienvater von 5 Kindern, von dem Unteroffizier Wiedner „Dussel" genannt. Ronneburger entgegnete, er sei kein Dussel, nannte den Unteroffizier „Rindvieh" und machte dabei noch eine weitere Bemerkung, die als Achtungsverletzung angesehen wurde. Der unglückliche Landwehrmann kam sofort in Haft und stand schon an diesem Mittwoch vor dem Kriegsgericht in Halle. Obwohl er von dem Unteroffizier erst durch das Wort „Dussel" gereizt worden war, beantragte der Ankläger gegen den Landwehrmann fünf Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Woche strengen Arrest.

Das Hochwasser in der Mark.

Wir entnehmen der „Berl. Volksztg." folgende Schilderungen:

Osterburg i. d. Altmark, 16. Februar. Gestern ist in Seehausen der Regierungspräsident v. Borries, der ehemalige Polizeipräsident von Berlin, im Automobil eingetroffen, um sich sofort in das Hochwassergebiet zu begeben und die Rettungsarbeiten zu leiten. Während das Wasser im Havelland fällt, steigt es in den altmärkischen Gebieten fortdauernd in beängstigender Weise. Heute erfolgten zwei neue Dammbrüche, der eine bei Bergen, der andere beim Dorfe Kannenberg. Pioniere retteten Frauen und Kinder. Im Laufe des heutigen Tages sind mehrere Extrazüge von Magdeburg eingetroffen, die weitere Abteilungen von Pionieren brachten. Die Soldaten sind mit Brechstangen, Aexten und Kähnen ausgerüstet. Nach kurzem Aufenthalt in Seehausen ging es nach den bedrohten Dörfern. Zwischen Werben und Lenzen haben sich große Eisfelder angestaut. Die 25 Kilometer lange Kleinbahn von Goldbeck nach Werben steht vollständig unter Wasser und hat den Betrieb eingestellt. Eine große Strecke des Bahndamms ist spurlos verschwunden. Das Eis hob die Gleise empor und trieb sie in das Land hinein. 27 Personen, die sich anderthalb Tage lang auf den Dächern, Zuflucht suchend, aufhielten, sind von Pionieren gerettet worden. Alles Großvieh und Kleinvieh ist umgekommen. Der Ort Kannenberg ist vollständig überschwemmt. Alle Bewohner haben sich in wilder Flucht vor den Fluten, die innerhalb einer Stunde um zwei Meter stiegen, nach den höher liegenden benachbarten Dörfern gerettet. Soldaten bargen heute die Habseligkeiten der Flüchtlinge. Für heute nacht wird in Seehausen die große Flutwelle erwartet. 150 Soldaten wurden heute einquartiert. Alle Einwohner haben die unteren Stockwerke geräumt und bereiten sich, viele neben ihrem Vieh, ein Quartier auf dem Hausboden.

Die Hochwasserflut ist in einer Breite von etwa drei Kilometern unaufhaltsam im Marsche auf Seehausen, alles niederreißend, was sich ihr in den Weg stellt. Menschenhände können hier das Werk der Natur nicht mehr hindern, und die Woge, die hier langsam heranrückt, wird ihren verderbenbringenden Lauf fortsetzen, bis sie sich in der Gegend von Lenzen wieder in die Elbe ergießt. Das Wasser kann in der „Wische" sehr schlecht ablaufen; sie liegt sehr tief und das Wasser muß in den Boden versickern. Der Oberpräsident hat beim Generalkommando dringend um Hilfe ersucht. Dem Wunsche wurde sofort entsprochen, und ein großer Teil des Stendaler Husarenregiments traf heute in einem Extrazug in Seehausen ein. Das Städtchen Werben steht drei Meter unter Wasser. In Rohrbeck konnte das Vieh nicht mehr gerettet werden, alles ist von den Fluten fortgeschwemmt worden und ertrunken. Ist Osterburg läuten die Glocken soeben Sturm. Die Frauen tragen weinend ihre Möbel in die höheren Stockwerke, die Männer müssen Hilfe leisten, um die gefährlichen Eisstauungen bei Dobbrun zu beseitigen. Niemand weiß, was die Nacht bringt. Auf der Hauptstraße des Ortes treffen Leiterwagen mit Obdachlosen ein; die Opfer des Hochwassers werden im Gasthof zum Prinzen von Preußen untergebracht und verpflegt. Sie sind meist halb erfroren und haben seit Sonntag nichts gegessen.

Ueber die gegenwärtige Lage im Ueberschwemmungsgebiet der unteren Elbe wird einem Telegramm aus Rathenow zufolge von amtlicher Seite berichtet: Durch den Bruch des linksseitigen Elbdeiches zwischen Raeben und Berge und das Fallen des Wassers im oberen Gebiet der Elbe ist die durch die etwa 60 Kilometer lange Eisstopfung oberhalb Wittenberge entstandene Ueberschwemmungsgefahr in der Hauptsache beseitigt. Bei Havelberg ist seit heute früh Stauwasser eingetreten und der Wasserstand gefallen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Hochwasser in der Havelniederung annähernd den höchsten Stand erreicht hat. Die gewaltige Eisversetzung in der Elbe ist noch vorhanden und kann nur durch Eisbrecher, die bis Lenzen vorgedrungen sind und täglich fünf Kilometer vorwärtskommen, beseitigt werden. Sobald die Eisbrecher die Havelmündung erreicht haben, wird der Abfluß des in der Havelniederung aufgestauten Elb- und Havelwassers in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen, falls nicht ein erneutes starkes Steigen des Wasserstandes in der Elbe eintritt.

Stendal, 18. Februar. Die Hauptwelle der Hochflut hat heute nacht das Städtchen Seehausen erreicht. Innerhalb kurzer Zeit stieg das Wasser der ohnehin jetzt zu einem mächtigen Strom angeschwollenen Aland um 1½ Meter. Glücklicherweise nahm die gefährliche Hauptströmung der Flut ihren vernichtenden Lauf etwa einen Kilometer östlich von Seehausen. Mehrere tiefer gelegene Straßen stehen unter Wasser. Auf dem Marktplatze hielten vor dem Seehauser Ratskeller während der ganzen Nacht Pioniere Wache. Sie hatten noch mehrere Pontons in Bereitschaft aufgestellt und waren mit Spaten, Brechstangen und Sprengmaterial versehen. Ihre Hilfe brauchte aber in der Nacht nicht in Anspruch genommen zu werden. Man glaubt, daß das Wasser heute mittag in Seehausen den höchsten Stand erreicht hat. Die Flut steigt nicht mehr. Die Stadt ist von jedem Verkehr abgeschnitten. Alle Pfade sind überflutet, über den Bahnkörper südlich nach Osterburg und nördlich nach Wittenberge schlagen die Wellen, und selbst die hochgelegene Chaussee von Osterburg nach Seehausen steht über einen Meter unter Flut. Nach einigen Ortschaften, die nur bis zu einem Meter tief im Wasser stehen, wird der Verkehr mit Leiterwagen, die mit vier Pferden bespannt sind, aufrecht erhalten. Die Fuhrleute sind aber Geschäftsleute und nützen die Konjunktur aus, indem sie sich gepfefferte Preise zahlen lassen. Eine Wagenfahrt, die sonst eine Mark kostet, stellt sich in jetziger Zeit auf 12 bis 15 Mark.

In den Straßen von Osterburg liefen heute mehrere flüchtige Rehe und Hasen herum. Am Bahndamm sind nachts über 20 tote Rehe, meist mit gebrochenen Läufen, angeschwemmt worden. Die Flut spült alles mögliche heran: Kinderwagen, Bienenstöcke, Dachstühle, Geflügel und viel Mobiliar. Gestern wurde von Husaren ein Hund gerettet, der auf seiner Hütte zwischen Eisschollen treibend saß und angekettet war. Auf der Landstraße, die nach der Höchste zu führt, trifft man zahlreiche herrenlose Rinder, Schafe und Schweine. In dem nahen Arendsee soll gestern eine riesige Windhose großen Schaden angerichtet haben. 15 Dächer sind zum großen Teil abgedeckt. Die einstürzenden Schornsteine demolieren die Häuser.

Gestern abend ist noch eine Abteilung Husaren von Stendal nach Osterholz gegangen. In der Nähe der Bruchstelle des Elbdammes stehen vielfach einzelne Gehöfte, die in großer Gefahr sind. Pioniere hörten gestern verzweifelte Hilferufe aus einem einsam stehenden Wohnhause. Sie ruderten auf das Gehöft zu und bemerkten mehrere Landleute, die auf dem Dach saßen und um Nahrungsmittel baten. Die Pioniere fanden, daß im obersten Stockwerk in zwei kleinen Zimmern 10 Kühe und 7 Pferde bis zum Bauch im Wasser stehend untergebracht waren. Die Tiere brüllten vor Hunger. Die Leute wurden gerettet, das Vieh soll heute, wenn es überhaupt noch möglich ist, in Pontons gerettet werden. Bei Altenzaun sind der Sicherheit halber alle Zugangsstraßen durch Infanterie, die aus Magdeburg requiriert wurde, gesperrt.

Die Elbe fließt in ihrem alten Bett nur bis Sandau, dann ergießt sich der Strom durch die Bruchstellen und geht in seinem neuen Bett durch die Wische nordwestlich über Berge und Schnackenburg in das alte Strombett. Da das Wasser der Elbe gefallen ist, beginnen die Pioniere heute mit der überaus schwierigen Reparatur der Bruchstellen.

Wie aus Wittenberge amtlich gemeldet wird, ist die Strecke Seehausen—Osterburg durch Hochwasser gesperrt. Zwischen Stendal und Osterburg bezw. Wittenberge und Seehausen wird der Betrieb aufrecht erhalten. Der Durchgangsverkehr zwischen Hamburg und Magdeburg wird über Uelzen geleitet.

Ein Telegramm aus Rathenow meldet: Die hiesige Wasserbauinspektion veröffentlicht über die Lage im Ueberschwemmungsgebiete der Havel und Elbe heute folgenden amtlichen Bericht:

Das Wasser der Havel und der Elbe bei Havelsberg fällt stündlich, aber langsam. Der Havelwasserstand bei Havelberg beträgt 4,60 Meter, der Elbewasserstand bei den Mühlen 4,60 Meter, der bei dem Mühlenhorst 5,22 Meter. Die Eisbrecher der Strombauverwaltung sind gestern in der Elbe um weitere 10 Kilometer bis Kamlosen vorgedrungen, die Entfernung von der Havelmündung beträgt aber noch 37 Kilometer. In der Havelmündung sind Durchbrüche der Deiche bisher nicht erfolgt.

Eisgang im Hamburger Hafen. Der gestrige Abend und die letzte Nacht brachten, wie ein Privattelegramm aus Hamburg meldet, schwere Treibeismassen von der Oberelbe, die sich oberhalb der Elbbrücken während der heutigen Frühflut gestaut haben und dann mit dem Eintritt der Ebbe in Bewegung gerieten. Das Eis passierte zu Bergen getürmt in der Zeit von 7 bis 9 Uhr den Hamburger Hafen. Der Verkehr geriet in dieser Zeit vollständig ins Stocken. Bis nach Alona saßen die großen Seedampfer, Schleppschiffe und die Fährdampfer im Eise fest, und selbst die mit sehr starken Maschinen ausgerüsteten Staatsdampfer, die den Eisbrecherdienst im Hafen versehen, konnten sich kaum durch die aufgestauten Eismassen hindurcharbeiten, um den Seedampfern zu Hilfe zu kommen. Auch die Kraft der schwergebauten Hafenschlepper konnten gegen die Eisnot nichts ausrichten. Erst nach 9 Uhr geriet das Eis in flottere Bewegung und der Verkehr im Hafen konnte ungehindert wieder seinen Weg gehen. Auf der unteren Elbe bei Brunshausen, Cuxhaven usw. herrscht heute sehr schwerer Eisgang, da zu den alten Eismassen noch hinzugekommenes starkes Brucheis von der Oberelbe das Fahrwasser vollstopft und die Schiffahrt behindert.

Die Pioniere, die damit beschäftigt waren, die 200 Meter breite Bruchstelle des Elbdeiches bei Kannenberg zuzustopfen, haben ihre Tätigkeit wieder aufgeben müssen, da die Strömung der Elbe, die hier ihr ganzes Hochwasser in die Wische ergießt, ungeheuer ist. Wie die Pionieroffiziere berichten, ist an eine Reparatur des Dammbruches vorläufig nicht zu denken, da die Strömung sich ein vollständig neues und sehr tiefes Flußbett in die Wische gespült hat. An der Bruchstelle ist, wie sich jetzt herausgestellt hat, nicht nur der Damm in einer Höhe von 6 Metern und in einer Breite von 200 Metern durchgespült, sondern die durch den geborstenen Deich rasende Flut hat die Erdmassen in der Wische kilometerweit aufgerissen. Das durch diese Strömung entstandene neue Bett hat, wie die von den Pionieroffizieren vorgenommene Messung ergeben hat, eine Tiefe von zwölf Metern. Stellenweise ist die mächtige Unglücksrinne noch tiefer. An der Bruchstelle ist das Bett 13 Meter tief. Es wird beabsichtigt, sobald die Elbe eisfrei geworden ist und dann wenigstens ein Teil des Elbwassers wieder in das alte Elbebett nach Wittenberge zufließt, einen vollständig neuen Damm, der die jetzige Durchbruchstelle in einem großen Bogen einschließt, zu bauen. Dann erst soll mit dem Befestigen des jetzt zerrissenen Deiches begonnen werden.

Auf den märkischen Eisfeldern herrscht angestrengteste Tätigkeit. Mit dem Sprengen des Eises bei der Mündung des Aland in die Elbe ist man heute fertig geworden. Auf dem Eisschollengebirge, das sich von Wittenberge bis Sandau hinzog, sind die Pioniere bis heute 30 Kilometer weit mit Pulver und Dynamit vorgedrungen. Es sind noch 12 bis 15 Kilometer Eisfeld zu sprengen, ehe Sandau erreicht wird. Man hofft, morgen mit den Sprengarbeiten zu Ende zu kommen. Unterdessen stürzt sich die Wassermasse weiter auf Schnackenburg zu, wo sie wieder in die Elbe gelangt. Außer den bereits früher genannten Ortschaften sind noch vollständig überschwemmt die Dörfer Kampe, Beuster, Usdorf, Schönberg und Herzfelde. Landrat v. Jagow, der auf Schloß Gehrhoff wohnt, wurde von der Hochwelle überrascht. Seine Besitzung war von allen Seiten von Wasser umgeben. Die Flut stieg höher und höher, und die Pioniere hatten ihre ganze Gewandtheit aufzubieten, um den Landrat und seine aus acht Personen bestehende Familie in Sicherheit zu bringen. Ueber die Bahndämme wälzt sich das trübe Wasser in einer Höhe von 1½ Metern, so daß eine Wiederaufnahme des Bahnverkehrs vorläufig nicht stattfinden kann. Wenn sich das Wasser verlaufen hat, muß der Bahndamm von Grund auf erneuert werden, da weite Strecken abgeschwemmt sind. Auch die telephonischen Verbindungen sind auf lange Zeit zerstört, da die Telephonanlagen ebenfalls fortgeschwemmt wurden.

Die Spende des Kronprinzen ist durch eine Spende von 10 000 Mark aus dem Dispositionsfonds des Kaisers erhöht worden.

Der Umfang des Schadens im Ueberschwemmungsgebiet ist noch nicht zu übersehen. Jedenfalls ist er sehr bedeutend. Innerhalb des Polders, der den ersten Sturm des Wassers und der Eismassen auszuhalten gehabt hat, wird der hohe Kulturzustand des Landes auf Jahre hinaus zerstört sein.

Vermischtes.

Mord und Selbstmord. Berlin, 19. Febr. Gestern nachmittag wurden in der Jungfernheide die Leichen des 28 Jahre alten Hilfsgerichtsvollziehers Emil Brandenburg aus Duisburg und seiner Braut, der 23jährigen Albertine Angerstein aus München-Gladbach erschossen aufgefunden. Brandenburg hatte im Einverständnis mit seiner Braut diese und dann sich selbst mit einem Revolver erschossen. Hindernisse, die sich ihrer Heirat entgegenstellten, haben beide in den Tod getrieben.

Selbstmord. Sosnowice, 19. Februar. Die 16jährige höhere Tochter Rutkowska beging Selbstmord, indem sie sich mit Karbolsäure vergiftete, weil der Vater ihr den Besuch eines Balles verboten hatte.

Liebesdrama. Fr... Blättern aus Hanau g... die Leiche des vor kur... Seckbach gelandet. Es... die Leiche der gleichfal... Seckbach stammenden ...

Frankfurt a. ... hat sich heute vormitt... aus Grünberg (Oberhe... 17jährige Milchmädche... Revolverschüsse abgef... ein Liebesverhältnis u... lebensgefährlich verlet...

§ 175. Münch... angeblichen Skandalaff... Hofbad erfährt die „... Masseure des Hofbade... Personal ersetzt wurde... richter seines Amtes.

Ein ungetreuer Be... stratssekretär Rudolf ... Unterschlagungen verha... sich die defraudierte ... 11 300 Mk. Man glaubt... keit weit höher Beträ...

Familiendrama. ... Familienverhältnisse u... des Brauereibesitzers ... alten Kindern die Kel... das Leben.

Von der Luftschiffa... Ballon der Motorluftsch... gestern mittag hier l... Führung hatte Hauptm... Fahrt, die 4½ Stund... friedigten in jeder B... der vollständig ruhige ... bewirkte, daß die Vib... anderen Motorballons ... nächsten Tagen noch ei... die der Ausbildung w...

Polizeibeamte als ... die „Kattowitzer Zeit... Heimwege von der S... von mehreren Person... Als sich der 18jährige ... wurde er von den Rä... einem Patrouillenritt, ... die Wegelagerer und ... puppte sich als Polizi... seine Spießgesellen a... wice sind. Auch die ...

Eine Stadt von ... Mataro, einer Stadt ... Barcelona, wird beri...



Deutscher ...
Ver...
Sonntag, 21. ...

General...
in...

Stellungnahme z...
Etwa zu stellend...
abend dem Bureau...
In Anbetracht ...
wir das Erscheinen ...
Wegen der ...
wird die Versammlu...

Hochzeits-Ei...

Kleine ...
Jedes Wort kostet nur ...
der fetten Ueberschrift ...
Anzeigen unter dieser Nu...

Möbel
billigst, komplette Zimm...
Stil- und Holzarten, ...
haltbarste Ausführung, ...
ware, Gardinen billigst, ...
Muster, Vertikows, ...
Nußbaum und Eiche, m...
führung. Ohne Preiserh...
zahlungen gestattet. Ver...
Siegfriedstraße 48.

Brautleu...
kaufen am billigsten ihr...
Möbel, Betten im Pos...
Weber u. Görder, Raver...
Komplette 3 Zimmer, K...
und Wohnzimmer von ...

Kochherd...
weiß und schwarz emai...
gebraucht, in enorm gro...
sollen räumungshalber ...
annehmbaren Preise ver...
Teilzahlung gestattet.
Ritterstraße 57.

Kinderwag...
Sportwagen, Kinderst...
Triumphstühle, Reisekörb...
sämtliche Korb- und ...
äußerst billig bei A...
Gebrauberg 33.

Liebesdrama. **Frankfurt a. M., 18. Februar.** Wie den Blättern aus Hanau gemeldet wird, wurde dort aus dem Main die Leiche des vor kurzem verschwundenen Ulanen Emmel aus Seckbach gelandet. Es soll sich um eine Liebestragödie handeln. die Leiche der gleichfalls mit ihm verschwundenen, ebenfalls aus Seckbach stammenden Braut hat man bisher nicht auffinden.

Frankfurt a. M., 18. Febr. Im Hause Rebstöckerstr. 93 hat sich heute vormittag der 28jährige Arbeiter Georg Mayer aus Grünberg (Oberhessen) erschossen, nachdem er vorher auf das 17jährige Milchmädchen Lina Möller aus Unterliederbach zwei Revolverschüsse abgefeuert hatte. Mayer, der mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis unterhielt, war sofort tot, das Mädchen ist lebensgefährlich verletzt. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

§ 175. München, 19. Febr. Im Zusammenhang mit der angeblichen Skandalaffäre nach § 175 im Münchener Maximilian-Hofbad erfährt die „Münchener Post", daß die bisherigen Masseure des Hofbades entlassen worden sind und durch neues Personal ersetzt wurden. Im übrigen waltet der Untersuchungsrichter seines Amtes.

Ein ungetreuer Beamter. Stettin, 19. Febr. Der Magistratssekretär Rudolf Altmann in Stettin wurde wegen größerer Unterschlagungen verhaftet. Nach der „Stett. Abendp." beziffert sich die defraudierte Summe nach vorläufiger Feststellung auf 11 300 Mk. Man glaubt jedoch, daß sich Altmann in Wirklichkeit weit höhere Beträge angeeignet hat.

Familiendrama. Haynau, 19. Febr. Wegen unglücklicher Familienverhältnisse und Nahrungssorgen durchschnitt die Gattin des Brauereibesitzers Steckling ihren beiden sechs und vier Jahre alten Kindern die Kehle. Darauf nahm sich die Mutter selber das Leben.

Von der Luftschiffahrt. Bitterfeld, 19 Febr. Der neue Ballon der Motorluftschiff-Studiengesellschaft, der Parseval 3, hat gestern mittag hier seinen ersten Aufstieg unternommen. Die Führung hatte Hauptmann von Kehler. Der Aufstieg und die Fahrt, die 4½ Stunden dauerte, waren ausgezeichnet und befriedigten in jeder Beziehung. Besonders bemerkenswert war der vollständig ruhige Gang der Motore und der Schrauben, der bewirkte, daß die Vibration der Gondel im Verhältnis zu den anderen Motorballons kaum zu bemerken war. Es wird in den nächsten Tagen noch eine Reihe von Fahrten veranstaltet werden, die der Ausbildung weiteren Personals dienen soll.

Polizeibeamte als Räuber. Kattowitz, 19. Febr. Wie die „Kattowitzer Zeitung" meldet, wurden Arbeiter auf dem Heimwege von der Kattowitzer Niflagrube auf der Chaussee von mehreren Personen angefallen und ihrer Löhnung beraubt. Als sich der 18jährige Arbeiter Ryba zur Wehr setzen wollte, wurde er von den Räubern erschossen. Ein Kosakenoffizier auf einem Patrouillenritt, der die Strecke gerade passierte, verfolgte die Wegelagerer und nahm einen von ihnen fest. Dieser entpuppte sich als Polizeibeamter aus Sosnowice. Er gab auch seine Spießgesellen an, die ebenfalls Polizeibeamte in Sosnowice sind. Auch diese wurden sofort verhaftet.

Eine Stadt vom Meer bedroht. Madrid, 18. Febr. Aus Mataro, einer Stadt von 20 000 Einwohnern in der Provinz Barcelona, wird berichtet, daß das Meer den am Wasser gelegenen Teil der Stadt ernstlich bedrohe. Gestern sei bereits die Front eines Gebäudes infolge Unterspülung eingestürzt; eine Anzahl anderer Gebäude droht ebenfalls einzustürzen und mußte schleunigst geräumt werden.

Der erstarrte Niagara. Aus Newyork wird berichtet: Das donnernde Rauschen, das dem Reisenden schon von fern entgegenklingt, wenn er sich den gewaltigen Fällen des Niagaras nähert, ist verstummt. Wo die tosenden Wassermassen sonst lärmend und schäumend in den Abgrund stürzen, herrscht eine öde starre Stille und unterhalb des Falles, wo ehedem die Fluten zornig aufbrausend durch ein majestätisches Tor von Felsen sich hindurchwälzten, rinnt jetzt träge und melancholisch ein dünner schmaler Wasserstreifen. Selbst oberhalb des Falles, bei den Stromschnellen, sind die wirbelnden Strudel verschwunden, und die Bewohner der Stadt Niagara-Falls suchen in der Nacht umsonst den Schlaf, da die an das dumpfe Tosen gewöhnten Ohren sich an die tote Stille nicht gewöhnen wollen. Nur zweimal, seitdem die Europäer zum Niagara vordrangen, hat man dieses seltsame Schauspiel erlebt, daß der gewaltige Fall in seiner ganzen Breite zu Eis erstarrte. Zum ersten Male geschah es in den Märztagen des Jahres 1849, das zweite Mal am 22. März 1903. Am Freitag aber brausten vom Nordosten kommend eisige Winde über das Land, drängten die Wassermassen zurück, schichteten bei Goat-Island eine gewaltige wilde Wand riesiger Eisblöcke auf und in der Nacht zum Sonntag kam dann das Ungewöhnliche: das Brausen des Falles schwand und kurz darauf war alle Bewegung in Eis und Schweigen erstarrt. Das seltsame Schauspiel hat aus allen Teilen Amerikas eifrige Touristen und Naturfreunde herbeigelockt, die nun an den Ufern zusammenströmen, um den majestätischen Anblick des gefrorenen Falles zu genießen. In der riesigen Eiswand glitzern die Sonnenstrahlen, spiegeln sich, brechen sich und erzeugen ein Meer, das in Tausenden von Farben schillert und in glitzernder Pracht sich hinzieht von der kanadischen Seite bis hinüber zum amerikanischen Ufer. Unten im Strombette haben sich Eisberge bis zu zwanzig Meter Höhe aufgetürmt und an einzelnen Stellen des Flußlaufes liegen Felsen frei, die seit vierzig Jahren von den Wassern bedeckt waren und nun zum ersten Male — auf kurze Zeit — sichtbar werden.

Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung der Unterstützungsgelder. Rom, 19. Febr. In Catania sind bei Verteilung der Unterstützungsgelder an die Flüchtlinge durch die Stadtverwaltung Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Ein Polizeikommissar wurde verhaftet. Auch ein Abgeordneter soll kompromittiert sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Die Regierung hat sofort einen Kommissar entsandt, der die Untersuchung führen wird.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 20. Febr. Der Vorsitzende des Pankower Ortsvereins, der Kassenbeamte Röder, ist von der Zentralkommission aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er fortgesetzt planmäßig gegen die Interessen der Partei gearbeitet habe.

Berlin, 20. Febr. Die gestern abgeschlossenen Beratungen des Unterausschusses der Steuerkommission des Reichstags haben zwar zu keinen bindenden Beschlüssen geführt, doch ist man einer Einigung in der Frage der direkten Besteuerung immer näher gekommen sein. Man will versuchen, aus einer anderen Art der Aufbringung der Matrikularbeiträge 159 Millionen Mark zu gewinnen (gegen ein Plus von 48 Millionen, das die Regierungsvorlage vorsieht), so daß die 92 Millionen der Nachlaßsteuer entbehrlich würden. Darüber aber, auf welchem Wege diese hohe Summe auf die Einzelstaaten umzulegen sei, sollen die verbündeten Regierungen sich bis zur Frist von zwei Jahren schlüssig werden. Auf den Boden dieser Anregung stellen sich die Konservativen, das Zentrum und die Freisinnigen, während die Nationalliberalen ihre Mitwirkung versagen. Ob dieser Antrag in der Steuerkommission selbst eine Mehrheit finden wird, ist noch nicht sicher, da bei den Freisinnigen die Ansichten über dieses Kompromiß ziemlich weit auseinander gehen sollen.

Stendal, 20. Febr. In den überfluteten Wischebörfern sind mehrere Häuser eingestürzt. Von Werben wird nach Seehausen gemeldet, daß für Seehausen eine zweite Hochwasserwelle, die gestern in der Umgebung von Werben eine Höhe von 1,40 Meter erreicht hatte, zu erwarten ist. Die niedriger gelegenen Straßen in Seehausen stehen jetzt schon 1,55 Meter unter Wasser.

Wittenberge, 19. Febr. Die Ortschaft Seehausen ist nunmehr vollständig, sowohl auf dem Landweg, als auch von der Eisenbahn von jedem Verkehr abgeschnitten. Das Wasser steht hoch auf den Zugangschausseen. Heute mittag wurde Wittenberge telegraphisch ersucht, Kleidungsstücke nach Seehausen zu senden. Der Wasserstand in Seehausen ist seit gestern um 20 Zentimeter gestiegen.

Wien, 20. Febr. Das österreichisch-türkische Ententeprotokoll wurde von der Pforte angenommen und wird wahrscheinlich heute noch unterfertigt werden. Die Pforte akzeptiert gegen das Zugeständnis einer Konvention über eine eventuelle gemeinsame Verteidigung des Sandschaks Novibazar alle österreichischen Klauseln. Die Konvention dürfte zunächst als geheime Abmachung behandelt werden. Der russische Gesandte in Belgrad, der, wie es ursprünglich hieß, nur auf der Durchreise nach Petersburg hier weilte, kehrte gestern plötzlich nach Belgrad zurück. Es stellt sich nun doch heraus, daß seine Mission mit einem Vermittlungsvorschlag im Zusammenhang stand, der aber verunglückt zu sein scheint.

O je

der Pudding ist aber längst nicht so schön geworden wie mit Reeses Puddingpulver. Einmal aber nicht wieder, nur echt Reeses muss und soll es sein.

Ueberall erhältlich. Reese Gesellschaft, Hameln. 1020

Wirkliche Ersparnis in der **Küche** mit Kreuzstern **MAGGIs Würze**

erzielt jede Hausfrau

Schutzmarke Kreuzstern 1013

— Probefläschchen 10 Pfg. —

Man verlange ausdrücklich MAGGIs Würze, sie ist und bleibt die beste! **Sehr ausgiebig,** deshalb sparsam verwenden!

„MAGGIs gute, sparsame Küche"

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Bielefeld.

Sonntag, 21. Februar, vormittags ½10 Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

in der **Centralhalle.** 1966

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung in Hamburg.

Etwa zu stellende Anträge sind bis spätestens **Sonnabend abend** dem Bureau schriftlich einzureichen.

In Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller Mitglieder.

Wegen der nachmittag stattfindenden Volksvorstellung wird die Versammlung **pünktlich** eröffnet.

Die Ortsverwaltung.

Hochzeits-Einladungen fertigt schnell und sauber an Buchdruckerei „Volkswacht".

Wenn Sie rechnen können,

werden Sie mit Leichtigkeit feststellen, welche ungeahnte Ersparnis Sie durch die **Selbstbereitung von Cognac, Rum, Likören** ꝛc. mit **„Original-Reichel-Essenzen"** erzielen, sobald Sie sich erst einmal durch einen Versuch von der Einfachheit der Sache überzeugt haben. Nichts wird Sie wieder von dem Gebrauch abbringen können. Die Qualität ist eine unerwartete und die Feinheit des Geschmacks und Fülle des Aromas setzen selbst den Kenner in Erstaunen. Vor Nachahmungen wird dringend gewarnt; man verlange und nehme ausschließlich nur die bewährte Marke „Lichtherz" von **Otto Reichel,** Berlin SO., Eisenbahnstraße 4. Verlangen Sie **sofort** das wertvolle, reich illustrierte Buch: **„Die Destillierung im Haushalte"** mit Hunderten erprobten Rezepten nebst vielen Illustrationen **kostenfrei.** 301

In Bielefeld bei: **A. Bernstein,** Kaiserstraße 121, **A. Brinkmann,** Gütersloherstraße 10, **Robert Hergeröder,** Obernstraße 19, **Joh. Hesse,** Detmolderstraße 41, **Friedrich Höner Ww.,** Bürgerweg 41, **M. Koch,** Niedernstraße 43, **Friedrich Möller,** Klosterplatz, **Gustav Seelhorst,** Ecke Paulus- und Kaiserstraße. — Brackwede: **C. Plassmann,** „Kreuz-Drogerie". — Herford: **W. Epseloh,** Marktstraße, **Karl Meves,** Krämerstraße. — Gütersloh: **Fr. Holtschildt,** Berlinerstraße; Filiale: „Adler-Drogerie", Berlinerstraße. — Leopoldshöhe: **E. Döring,** Drogerie. — Stadthagen: **Louis Harten,** Drogerie. — Blotho: **H. L. Wehrmann,** „Germania-Drogerie."

Nur solange Vorrat! für **27 Pfg.** pro Pfund

Ia. Schweine-Klein-Fleisch

Köpfe und fleischige Pfoten, amtlich untersucht, von Landschweinen. Eimer 30 u. 50 Pfd. Postpaket M. 3.–. Alles ab Kiel, Nachnahme. **C. J. Michelsen,** Kiel 163 (Holstein)

Haupt-Arbeitsnachweis

Bielefeld.

Zimmerstr. 19 Fernsprecher 292.

Nur Werktags geöffnet: vormittags von 8—1 Uhr, nachmittags von 4—7 Uhr.

Männliche Abteilung.

Es werden gesucht:

1 Ackerknecht z. 1. 4. 09, 1 Buchbinder, 1 Klempner, 3 Schuhmacher, 1 Steinhauer, 6 Tischler auf bessere Möbel, 3 Stellmacher, 1 Handformer, 14 Schneider, 1 Hausdiener, 3 Kaufmannslehrlinge, 3 Postlehrlinge, 1 Barbierlehrling, 1 Schmiedelehrling, 1 Goldschmiedelehrling, 2 Sattlerlehrlinge, 1 Bäckerlehrling, 1 Photographenlehrling, 1 Tischlerlehrling, 1 Steindruckerlehrling, 1 Schlachterlehrling.

Es suchen Arbeit:

Bäcker, Drechsler, Bohrer, Bauarbeiter, Dreher, Fabrikarbeiter, Dachdecker, Tischler auf Bau, Gärtner, Kutscher, Schleifer, Handlanger, Maler, Schlosser, Erdarbeiter, Kartonnagenarbeiter, Schreiberlehrling, Schlosserlehrling, Zuschneiderlehrling, Buchdruckerlehrling, Elektromonteurlehrlinge.

Weibliche Abteilung.

Es werden gesucht:

Mehrere Landmädchen, (Zweitmädchen), Dienstmädchen (für hier und auswärts) und mehrere Küchenmädchen.

Es suchen Arbeit:

Junge Kontoristinnen, tüchtige Arbeits-, Wasch- und Stundenfrauen.

Bielefeld, den 18. Februar.

Die Verwaltung.

Herford.

Grosse Vorteile

bietet beim Einkauf von 150

Vorhemden, Kragen, Manschetten, Krawatten, Handschuhen, Korsetts, Schürzen, Unterzeugen, Schmidt'scher Wolle und Strümpfen

Ernst Zimmermann,

Comthurstrasse.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Möbel

billigst komplette Zimmer in allen Stil- und Holzarten, sauberste und haltbarste Ausführung, keine Marktware, Gardinen billigst, wunderbare Muster, Vertikows, Büffets, echt Nußbaum und Eiche, modernste Ausführung. Ohne Preiserhöhung. Teilzahlungen gestattet. Verschwiegenheit! Siegfriedstraße 48. [660

Brautleute 774*

kaufen am billigsten ihre Aussteuern, Möbel, Betten im Polsterwarenhaus Weber u. Görder, Ravensbergerstr. 7. Komplette 3 Zimmer, Küche, Schlaf- und Wohnzimmer von 450 Mk. an.

Kochherde,

weiß und schwarz emailliert, wenig gebraucht, in enorm großer Auswahl, sollen räumungshalber zu jedem nur annehmbaren Preise verkauft werden. Teilzahlung gestattet. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 490

Kinderwagen,

Sportwagen, Kinderstühle, Sessel, Triumphstühle, Reisekörbe, Waschkörbe, sämtliche Korb- und Bürstenwaren äußerst billig bei Alfred Benkert, Gehrenberg 33. 1052*

Narren

kappen zu allen Gelegenheiten am billigsten bei Hahnwald, Rohrteichstraße 32. — Nicht verkaufte Ware nehme event. retour. 413

Nähgarn,

prima Obergarn 30 Pfg., Untergarn 20 Pfg., jeden Posten. Gebrauchte Nähmaschinen billigst. August Hagemeier, Riedenwall. 981

Dezimal-,

Tafel- und Präzisionswagen, jedem Zweck entsprechend, sowie eiserne und Messing-Gewichte billigst. Meine Reparaturwerkstatt f. Wagen aller Art bringe in empfehlende Erinnerung. Gottl. Klarholz, Wagen-Monteur Bielefeld, Bahnhofstraße 30, Ecke Zimmerstraße. 1037*

Paletots, 936

Anzüge, zurückgesetzt und gebraucht, von 7 Mk. an. Brunnenstr. 12a.

Obstbäume,

Zierbäume, Sträucher, Coniferen, Schlingpflanzen usw. empfiehlt alles preiswert und in schöner Auswahl Aug. Möller, Große Howe 7. [457*

Zigarren 1063*

und Zigaretten in nur guten Qualitäten empfiehlt E. Schröder, Wartehalle zum Kleinbahnhof.

Schulbücher,

Schreibhefte für alle Schulen bei Thieme, Siegfriedstr. 46. [879*

Grüne

Heringe, 2 Pfd 25 Pfg., wieder da. Kronsbein, Bleichstr. 66. 977*

Vollheringe,

allerbeste deutsche, kein minderwertiger Schund, Dutzend 55 Pfg. Kaufhaus Wirts, Kreuzstr. 28. 980

Papier-Mützen!

Ausverkauf, spottbillig. Central-Bazar, Arndtstraße 46. 963*

Heringe, 1067*

grüne, Pfd. 12 Pfg., 3 Pfd. 35 Pfg., fetter Kabliau ohne Kopf Pfd. 15 Pfennig. C. Reinke, Notpfortenstraße 11.

Sauerkohl,

Pfd. 8 Pfg., Schnittbohnen Pfd. 15 Pfennig. C. Reinke, Notpfortenstraße 11. 1068*

Cervelat- 1025*

und Plockwurst in größeren Posten billig, beste Gelegenheit für Wirte, empfiehlt G. Klarholz, Ravensbergerstraße 36.

Preis-Skat!

Sonntag, 21. Februar, großer Preis-Skat, nachm. 4 Uhr. Wilh. Pott, Viktoriastr. 65. 1047*

Preis-Skat. 1039*

Sonntag nachmittag, Anfang 4½ Uhr. Hannemann, Bierhalle „Zur Krone".

Sonntag 1046

7 Uhr großer Preisskat. Restaurant Heims, Jöllenbeckerstraße.

Getragene 1064*

Herren-, Damen- u. Kindergarderobe, Schuhe und Stiefel, kaufen Sie billig und gut bei W. Wörmann, Ravensbergerstraße 6, neben Gundlachs und Hengstenbergs Fabriken.

Wurst!

ff. Cervelat-, Plock-, Kohl-, Leber- und Blutwurst, Sülze, Topfsülze empfiehlt Gust. Klarholz, Ravensbergerstraße 36. [1026*

Wäsche 1041*

zum Waschen und Plätten wird noch angenommen. W. Schlichthaber, Heimweg 5.

Futterkartoffeln

zu haben bei H. Wienand, Schmiedestraße 8. 1053*

Kost [1016*

und Logis für 2 junge Leute frei. Mellerstraße 59a.

Wohnung, [953*

freundliche, von 4 Räumen mit Stall und Land umständehalber 1. April zu vermieten. Feldstr. 13, Sudbrack.

Wohnungen,

von 3 und 4 Räumen in allen Preislagen, zum 1. April zu vermieten F. Mauter, Mellerstr. 59a. [1015*

Wohnung

von 4 hellen Räumen umständehalber zum 1. April zu vermieten. Siek, Sieker, Heeperstr. 272. 1030*

Wohnung 1069

von 3 oder 4 Räumen mit Stall und Gartenland wegen Todesfall zum 1. April zu vermieten. Feldstraße 130, Gellershagen.

1054* **Wohnung,**

4 Räume, abgeschlossen, sofort oder April mietfrei. Osnabrückerstr. 28.

Wohnung, 1028*

3 Räume mit Stall und Land zum 1. April zu vermieten. Näheres Siegfriedstraße 61, parterre rechts.

Zimmer, 1055*

möbliert, mit Morgenkaffee zu vermieten. Heinrichstr. 38a, III. links.

Zimmer, 1060*

möbliert, mit Morgenkaffee, zu vermieten. Wittekindstraße 38 ptr. r.

Zigarrenmacher,

1 tüchtigen und zuverlässigen stellt noch ein Heinrich Bergmann, Brackwede. 1070*

Gehilfin

u. Lehrmädchen für Damenschneiderei gesucht. Luise Herfröter, Altenstraße 41. [998*

Herford!

Versicherungen jeder Art zu festen Prämien nimmt entgegen Hch. Schneidereit, Berufsagent, Elverdisserstraße 458. 369

Verloren 1014

Portemonnaie mit 5,81 Mk. Inhalt von Bahnhofstr. bis Herforderstr. 194 von einem armen Kinde. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe Herforderstraße 194 gegen Belohnung abzugeben. A. Münch

Kinematographen-Theater zur alten Post.

Ab heute: 1056

Die Revolution in Persien.

Reihenfolge der Bilder:

Panorama von Tauris. — Die Manifestanten begeben sich zur revolutionären Versammlung. — Die Freiheitsfahne. — Versammlung, einberufen von der sozialistischen Partei in Tauris. — Ansprache der Anführer der Aufständigen. — Sattar Khan, Chef der Revolutionäre. — Sattar Khans Abfahrt. — Auflösung der Versammlung nach Proklamierung der Revolution.

Stadttheater.

Heute, abends 7½ Uhr:
Vorstellung zu kleinen Preisen.
Die Else vom Erlenhof.
Sonntag, 21. Februar 1909, abends 7 Uhr:
Die Geier-Wally.
Volksschausp. in 5 Akten u. 1 Vorspiel
Die Klötze von Rosen
nach ihrem Roman gleichens Namens von Wilhelmine von Hillern.
Montag, 22. Februar 1909, abends 8 Uhr:
Zum letzten Male! Novität!
Simson.
Mittwoch: Einmaliges Gastspiel des **Ballett-Ensembles Excelsior.**

Passage-Theater.

Programm v. 21. b. einschl. 24. Febr.
Kunstfilm! Kunstfilm!
Der Väter Schuld
oder [1065
Liebe und Rache.
Wunderbares Drama aus dem Leben
Ein gemütvoller Landstreicher.
Humoristischer Schlager.
Zur Zeit der Pilger.
Drama.
Der Traum des Trunkenbolds.
Amüsant.
Stürmische See.
Interessant.
Entsagung.
Ergreifendes Drama.
Orangsale eines Liebhabers.
Humoristisch.
Hervorragend!
Die junge Volksschullehrerin.
Wunderbares Drama.

General-Versammlung

des [1017
Schweine-Versicherungs-Vereins Sieker II
findet am **Sonnabend, 27. Febr.,** abends 8½ Uhr, im Vereinslokale des Herrn **Hermelbracht** statt.
Tagesordnung im Lokal.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Restaurant **„Zum gemütl. Peter".**
Sonntag, 21. Febr. 1909:
Großes Bockbier-Fest
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Liederkranz" und ihres Komikers:
Willi Hermanns.
Anfang 4 Uhr nachmittags.
Hierzu ladet freundlichst ein
Peter Burkhard,
1048*] Schildescherstr. 37.

Paletots, Anzüge

auf [376
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

---

1. Vortrags-Abend

des sp. Vereins Aurora
(kürzlich neu gegründet).
Sonntag, den 21. Februar, abends 8¼ Uhr
im Saale der **„Harmonie":**
Die Erdbeben im Lichte der modernen Forschung.
Von **Franko-Hans.**
Nach dem Vortrage Experten, an denen auch Nichtmitglieder teilnehmen können. 1057
Eintritt 30 Pfg.

Zentral-Theater.

Direktion: **Julius Kaiser.**

Vom 16. bis 28. Februar 1909:
Auftreten des
1. Rheinisch. Variété- u. Burlesken-Ensemble „Apollo".
Direktion: **Otto Wagener aus Düsseldorf.**
Weltstadt-Programm
Zum 1. Mal in Bielefeld, also vollständig neu.
Unter andern:
Ein Abenteuer in einem Berliner Ballhaus.
Eine drastische Komödie.
Die Tulpenmädchen aus Harlem
mit Original-Holländer-Holzschuhtanz.
4 „Apollos" Damen-Gesang- und Tanz-Ensemble.
„Apollos" Damen-Gesang- u. Verwandlungsduett.
Der Säugling. Das Modell. Beim Schiedsrichter. Die Balletteuse. Kasernenleben usw.
Possen.
Sonnabend und Sonntag extra arrangierte
Grosse Familien-Vorstellung.
Unter andern gelangen zur Aufführung:
„Ein Abenteuer im Witwenverein". „Der Säugling". „Die Frühlingskinder".
Außer dem Riesen-Programm in jeder Vorstellung der
Kinematograph.
1062 **Die Direktion.**

---

350 Mark in bar.
Auf zum Restaurant G. Kickert
Bielefeld, Ehlentrupperweg 30. 1035
Grosses Preis-Kegeln
Erster Preis 100 Mark.
Sonntag, den 21., Montag, den 22., Sonntag, den 28. Februar, Montag, den 1., Sonntag, den 7., Montag, den 8. März.
— Dienstag, den 9. März: **Schlußkegeln und Preisverteilung.** —
Tagespreise an den ersten 4 Tagen je **10 Mark,** an den letzten 3 Tagen **12, 15** und **15 Mark.** :: ::
Zu recht zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Kegelklub „Hansa".
5 Kugeln 50 Pfg. **5 Kugeln 50 Pfg.**

Bielefelder Karneval-Verein „Helau".

Am Sonntag, den 21. Februar:
Grosses Ordens-Fest
in dem hochnärrisch dekorierten Saale des Herrn C. Richter, bestehend in echt humoristisch-karnevalistischen Auf- und Umzügen und großem **Ball,** unter Mitwirkung der gesamten Haus-Kapelle, sowie des sehr beliebten Ehepaares „Bogumil und Dorothee". Hierauf:
Gr. Ordens-Verteilung.
Anfang 3 Uhr 59/10 Min. — Herrenkarten **50** Pfg. Damenkarten **25** Pfg.
Es ladet ergebenst ein **Der XI. Rat.**
NB. **Der große Gala-Preis-Maskenball findet am Sonnabend, den 6. März 1909, in sämtlichen Räumen des Herrn C. Richter statt.** 1029

Am Sonntag, den 21. Februar 1909,
begeht der 1022
Theater-Klub „Thalia", Bielefeld,
seine
Gründungs-Feier
im Lokale des Herrn **Freudenau,** Heeperstr. 126,
bestehend in
theatralischen und komischen Aufführungen, Vorträgen und Ball.
Entree: An der Kasse Herren 60, Damen 30 Pfg.
Vorverkauf „ 50, „ 25 „
Zu diesem genußreichen Feste ladet freundlichst ein
Der Festleiter.

C. H. Apenbrink, Herforderstr. 242.

Am Sonntag, den 21. Februar: 1040*
Grosses Kappen-Fest.

Am Sonntag, den 21. Februar,
feiert der 1033
Arbeiter-Turn-Verein „Jahn", Dornberg,
sein diesjähriges
Kappenfest
im Lokale des Herrn **August Judiestel,** Bürgerweg 14,
bestehend in **Theater und BALL.**
Es ladet freundlichst ein
Das Fest-Komitee.

Musikkorps „Hoffnung".

Sonntag, den 21. Februar: [1038*
Grosses Kappen-Fest
im Lokale des Herrn **Stockbrügger,** Turnerstr. 19.
Orchester 8 Mann. **Orchester 8 Mann.**
Es ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Carl Senker, Herforderstraße.

Sonntag, den 21. Februar: [613
TANZ.

Heinr. Bewekenhorn,

Bürgerweg 50. [146
Sonntag, den 21. Febr.: Ball.

W. Tuxhorn, Bleichstrasse.
Sonntag, den 21. Februar: [6634*
TANZ. **TANZ.**
Es ladet freundlichst ein **W. Tuxhorn.**

Am Sonntag, den 21. Februar 1909: 1018*
Grosser Ball.
Hierzu ladet freundlichst ein **W. Vogt,** Hallerweg.

Grosse Kurfürsten-Halle!
1042* **Am Sonntag, den 21. Februar:**
BALL.
Es ladet ein **Fritz Risch.**

Aug. Heybrok, Spindelstraße 68.

Sonntag, den 21. Februar 1909: 1051*
TANZ. Conzertina-Besetzung.

Etablissement Ww. Kleinert, Detmolderstr.
Am Sonntag, den 21. Februar 1909: 1050*
TANZ.



Brackwede.



Am Sonntag, den 21. Februar:
Grosser
Preis-Maskenball
Anfang 4 Uhr. **Ende nachts.**
Maskerade von 6 bis 8½ Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
1044 **C. Schröder.**



Frisch auf! Herford. Frisch auf!
Die 5. Abt. der freien Radlerschaft
feiert am **Sonntag, 21. Februar,** ihr diesjähriges
Kappenfest
1019] verbunden mit **Reigenfahren**
im Lokale des Herrn **Wilh. Feld** am Bahnhof.
Hierzu ladet freundlichst ein **Der Vorstand.**

Stiftungs-Fest

der
Zentralverbände der Brauer und verwandte Berufsgenossen, der Bäcker und Konditoren
am Sonnabend, 27. Februar,
in den Lokalitäten der **„Central-Halle",** verbunden mit
theatralischen Aufführungen, Konzert, Gesang und Ball.
Anfang 8½ Uhr.
Entree Herren **50** Pfennig. Damen **25** Pfennig.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
1058 **Das Fest-Komitee.**

Otto Schmidt

Bahnhofstrasse 18.
Empfehle: [1043
Bauernhand-, Harzer-, Kräuter-, Nieheimer-, Backstein-, Thüringer Stangenkäse
sowie verschiedene Sorten
franz. Weichkäse, ff. Tafelbutter, frische Eier.



Bitte, Schaufenster-Preise beachten!
Durch geringe Geschäftsunkosten sowie direkten Einkauf sichere meinen werten Kunden bei solider Ware billigste Preise zu. [918
Spezialität: Trau-Ringe
(fugenlos) nach Gewicht:
Paar 333/ kräftige Mk. **15—18**
„ 585/ „ „ **24—30**
A. Ulrich,
Uhrmacher und Goldarbeiter,
Bahnhofstrasse 5.
Reparaturen billigst unter Garantie.

Phönix-Nähmaschinen

liefert **billigst** ohne Zwischenhändler seit 14 Jahren zu leichten Zahlungsbedingungen
Aug. Hagemeier
Niederwall. 1021
Grosses Lager
vorzüglicher **Fahrräder, Strickmaschinen, Wasch- u. Wringmaschinen.**
Reparatur-Werkstatt.

Herford.
Erlaube mir, meiner werten Kundschaft die ergebene Mitteilung zu machen, daß sich meine
Besohl-Anstalt
von jetzt ab
Hämelingerstraße 7
befindet und bitte, mir das bisher geschenkte Vertrauen auch ferner bewahren zu wollen.
Hochachtungsvoll
Heinrich Köster,
1061 Schuhmachermeister.

[377
Möbel
auf
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

aus, daß die Rechnungskommission einstimmig, auch der Magistrat, beschlossen habe, die 300 Mk. zu bewilligen. Weiter führt Redner aus, daß er selbst Mitglied des Reitervereins sei; die Meinung, daß der Reiterverein nur aus adeligen Herren bestehe, sei nicht zutreffend, es sei auch eine ganze Anzahl Mitglieder aus den bürgerlichen Kreisen vorhanden. Es liege im Interesse der Stadt, den Reiterverein zu unterstützen; die Bürger und Arbeiter hätten alle Nutzen davon. Stadtv. Wischmann leuchtete den adeligen Herren, welche in Bettelsack schwingen, heim. Er bittet, für diese Tier- und Menschenquälerei kein Geld herzugeben. Die hierauf folgende Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages. Es stimmten für den Antrag 20, gegen 23 Mitglieder des Kollegiums.

Die Neuwahl zweier Bezirksvorsteher für den eingemeindeten Teil der Stadt ergibt Wiederwahl der bisherigen; für die frühere Landgemeinde Lamberti: Stadtrat Averkamp, für den Bezirk Uppenberg und Gievenbeck: Stadtv. Böckmann.

Die Uebernahme der Straßenbahn ab 1. April 1909 in städtischen Betrieb unter beiderseitigem Verzicht auf irgendwelche Entschädigungsansprüche wurde debattelos angenommen. Die Betriebspächterin, Elektrizitäts-Gesellschaft vorm. Lahmeyer u. Co. in Frankfurt a. M., hatte kein wesentliches Interesse mehr an der Fortbestehung des bis April 1911 laufenden Vertrages. Da sich bezüglich der Instandhaltung und Erneuerungspflicht Differenzen ergeben hatten, wurde der Vertrag in beiderseitigem vollen Einverständnis zum 1. April 1909 aufgehoben. Die Stadt war bisher bei gutem Geschäftsgang mit 50 Prozent am Reingewinn beteiligt, war allerdings auch weiter für die Verzinsung und Amortisation des in die Anlage investierten Kapitals gedeckt. Jetzt erwartet sie unter normalen Verhältnissen einen Jahresüberschuß von etwa 35 000 Mark.

Festsetzung von Haushaltsplänen für das Jahr 1909. Die Einnahmen und Ausgaben des Generalarmenfonds betragen rund 246 000 Mk. — Beim Etat des Fuhrparks, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 46 500 Mark balanciert, wird der Zuschuß von 5000 Mk., welchen das Leichenfuhrwesen erfordert, von mehreren Seiten bemängelt, und der Magistrat ersucht, eine neue Gebührenordnung herauszugeben, nach welcher die Einnahmen und Ausgaben im besseren Einklang stehen. — Beim Etat der Straßenreinigung, bei welchem die Einnahmen und Ausgaben mit 155 000 Mark eingesetzt sind, bemerkt die Rechnungskommission, daß eine genaue Rechnung noch nicht vorgelegt werden könne, weil der Titel noch zu neu sei und zum ersten Male aufgeführt werde. Es wird dann noch von einigen Stadtverordneten angeregt, besser für das Verschwinden der Papierschnitzel von den Straßen zu sorgen. — Beim Etat „Müllabfuhr", welcher in Einnahme und Ausgabe mit 48 000 Mk. abschließt, wird man gewahr, daß für die Kosten des Betriebes und der Löhne rund 27 500 Mk. verausgabt werden. Es werden 6 Fahrer, 6 Auflader und 1 Kehrmeister beschäftigt. — Der Etat der Kanalisation und Rieselfelder balanciert in Einnahme und Ausgaube mit 219 500 Mk., 1000 Mk. mehr als im Vorjahre.

Es kommt nun zur Beratung der Antrag der **Gewerkschaftskommission der freien Gewerkschaften Münsters.** Die Gewerkschaftskommission hatte beantragt, den Notstandsarbeitern einen Mindestlohn von 3 Mk. pro Tag zu zahlen, und den bis jetzt weniger gezahlten Lohn den betreffenden Arbeitern nachzuzahlen. Der Stadtv. Camps hatte den Antrag zu dem seinigen gemacht und erhält zur Begründung als erster das Wort. Er führt ungefähr aus: Die Materie selbst, womit wir uns jetzt befassen, hat uns bereits zweimal beschäftigt: das erste Mal bereits im September vorigen Jahres. Dann hat der Stadtv. Holle am 30. Dezember wieder in dieser Angelegenheit petitioniert. Aus den Worten des Oberbürgermeisters habe man entnehmen können, daß den Arbeitern tatsächlich 3 Mk. gezahlt würden. Es hat sich dann später aber herausgestellt, daß den Arbeitern nur 2,70 Mk. gezahlt wurden. Nun wird aber wohl niemand behaupten wollen, daß mit 2,70 Mk. pro Tag durchzukommen sei. Wenn die Witterungsverhältnisse ungünstig seien, komme der Arbeiter mit einem Wochenlohn von weit unter 16 Mk. nach Hause. Redner führt dann ein armseliges Budget einer Arbeiterfamilie mit 3 Kindern an, aus welchem hervorgeht, daß pro Tag schon 2,60 Mk. gebraucht werden für Wohnung und Nahrung. Für Kleidung usw. bliebe dann nichts mehr übrig. Der Arbeiter bekomme von der Stadt aber nur pro Tag durchschnittlich 2,30 Mk., er müsse also hungern und Schulden machen. Redner rügt dann weiter, daß bei den Kanalisationsarbeiten der Stadt den hiesigen Arbeitern pro Stunde 32 Pfg. gezahlt würden, den auswärtigen dagegen 38 Pfg. Es komme hier noch in Betracht, daß Kanalisationsarbeiten doch keine Notstandsarbeiten seien. Die Behandlung der Arbeiter von seiten des Baumeisters Verführt sei eine solche, den Arbeitern die Arbeit zu verleiden und sie von den Kanalisationsarbeiten abzuschrecken. So ist es vorgekommen, daß Arbeitern, die es gewagt hatten, von der Arbeit einmal aufzusehen, mit **einem halben Tagelohn-Abzug bestraft wurden.** Er bitte dringend, den ersten Teil des Antrages, den Arbeitern einen Mindestlohn von 3 Mk. zu gewähren, anzunehmen. Was den zweiten Teil betr. Nachzahlung des weniger gezahlten Lohnes betrifft, glaubt Redner, ihm nicht ganz zustimmen zu können. Wohl sei es möglich, **den Betrag vom 1. Januar ab nachzuzahlen.** Es bitte deshalb, den Beschäftigten die Differenz des weniger als 3 Mk. gezahlten Lohnes vom letztgenannten Tage ab nachzuzahlen. Ferner bittet Redner, den an den Kanalarbeiten beschäftigten hiesigen Arbeitern denselben Lohn zu zahlen wie den ausländischen. Stadtv. Koch ist der Ansicht, daß das Kollegium bereits alles getan habe, was es tun konnte. Es sei von einzelnen Stadtverordneten bereits darauf hingewiesen, daß die Arbeiter 3 Mk. haben müßten. Zuletzt von Herrn Holle am 30. Dezember. Der Antrag stoße offene Türen ein. Das Kollegium könne doch nicht beschließen, welcher Lohn den Arbeitern zu zahlen sei, das sei Sache des Magistrats. Er stelle deshalb folgenden Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen: Mit Rücksicht darauf, daß bereits in der Sitzung vom 30 Dezember v. J. unter Beifall der Versammlung ein Minimallohnsatz von arbeitstäglich 3 Mk. für Notstandsarbeiten befürwortet worden ist, die Festsetzung der Löhne im Einzelfalle dem Magistrat bezw. der städtischen Verwaltung vorbehalten bleiben muß, sieht die Versammlung von einer formellen Beschlußfassung im Sinne des Antrages Camps ab. Sie spricht dabei die Erwartung aus, daß sich der Magistrat den Gründen, welche wiederholt für die Gewährung eines Minimallohnes von 3 Mk. geltend gemacht worden sind, nicht länger verschließen möge." Stadtv. Humperdink tritt für die Erhöhung des Lohnes ein. Er verliest dann mit Entrüstung einige Stellen aus dem von den Sozialdemokraten Münsters in letzter Zeit verbreiteten Flugblatte. Er behauptet, die Darstellung im Flugblatt sei eine falsche und begreift auch nicht, daß, nachdem diese Schmähschrift (wie er sie so schön nennt) gegen das Stadtverordnetenkollegium verbreitet wurde, man es noch wagt, an das Kollegium heranzutreten und höheren Lohn zu verlangen. Man sollte unter diesen Umständen es eigentlich ablehnen, noch mehr für die Arbeiter zu tun! — An der weiteren Debatte beteiligen sich noch Falger, Camps und Holle. Letztere behaupteten, daß die Arbeiterschaft mit dem Vorgehen der Antragsteller nicht einverstanden sei. Sie bewiesen damit nur, daß sie als „Arbeiterführer" die Stimmung in den Arbeiterkreisen nicht kennen.

Bei der hierauf folgenden Verlesung der beiderseitigen Anträge wurde von einigen Stadtverordneten gegen die Fassung des Antrags Koch Einspruch erhoben. Man verlangte, daß es an der Stelle: „in der Sitzung vom 30. Dezember v. J. unter Beifall der Versammlung" heißen müsse: „unter Beifall aus der Versammlung". Wie arbeiterfreundlich! Mit welch jesuitischer Schlauheit man sich bei der Abstimmung über unseren Antrag vorbeizudrücken bemüht war, ersieht man daraus, daß über den Antrag des Stadtv. Koch als den weitgehendsten zuerst abgestimmt wurde. Auf diese Weise sprang die Zentrumsmehrheit leicht über unseren Antrag hinweg. Die Arbeiterschaft wurde wieder an der Nase herumgeführt. **Es muß konstatiert werden, daß die beiden „Arbeiterführer" gegen eine solche dreiste Schiebung nicht zu protestieren wagten.** Der Antrag der freien Gewerkschaften wollte neben 3 Mk. Mindestlohn für die Notstandsarbeiten auch noch Nachzahlung des zu wenig bezahlten Lohnes. Der Antrag Koch enthält von Nachzahlung nichts mehr. Daß die Herren sich jetzt bemühen, die Sache so darzustellen, als ob unser Flugblatt keinen Einfluß auf die Entschließung gehabt hätte, wollen wir gern geschehen lassen. **Die Hauptsache ist und bleibt, daß den Arbeitslosen ausreichend geholfen wird** und nicht nur inhaltlose Versprechungen gemacht werden. Soviel steht fest: Wenn unser Flugblatt nicht erschienen, unser Antrag nicht eingebracht worden wäre, von selbst wäre der Punkt „Arbeitslosenfürsorge" nicht wieder auf die Tagesordnung gesetzt worden. Die Wirkung unseres Flugblattes und die Zweckmäßigkeit unseres Vorgehens ist uns — und nicht nur aus Arbeiterkreisen, sondern vielfach auch aus der Bürgerschaft heraus — bestätigt worden. Aus der Art und Weise, wie verschiedene Stadtverordnete unser Flugblatt aufgenommen haben, ersehen wir die Notwendigkeit, es in Zukunft stets wieder so zu machen.

Das Stadtverordnetenkollegium, anstatt sich über unser Flugblatt zu entrüsten, hat vielmehr Anlaß, sich über seine eigene finanzielle Mißwirtschaft zu entrüsten. Das Mißfallen, welches unser Flugblatt bei den Stadtverordneten erregt hat, ist uns Beweis genug, daß es sowohl zweckmäßig gewesen als auch gewirkt hat. Auf ein Lob von diesem Stadtverordnetenkollegium haben wir nie gerechnet, und verzichten auch darauf für die Zukunft.

Von den nachfolgenden Punkten, welche noch zur Verhandlung kamen, wollen wir noch kurz die Neuwahl von Mitgliedern zur Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerks-Kommission streifen. Die Wahlvorbereitungskommission empfiehlt der Versammlung die Wiederwahl der Herren Falger, Koch und Dr. Wurst, an Stelle der Herren Hochherz und Simons die Herren Kirchhoff und Prof. Kaßner. Die Stadtverordneten Dr. Wurst und Falger treten für die Wiederwahl der Herren Hochherz und Simon ein, während Stadtv. Kraus den beiden Herren entgegentritt, insbesondere Dr. Wurst, dem er entgegenhält, daß er in der letzten Sitzung der Wahlvorbereitungskommission leider nicht anwesend war, sonst würde er wissen, was gegen die Herren vorliege. Gewählt wurden die von der Kommission Vorgeschlagenen. Ein Antrag des Magistrats, weitere 500 Mark für die Suppenküche zu bewilligen, wird angenommen.

Zum Schluß wird noch mitgeteilt, daß dem Clemenshospital in Münster von einem Professor Willers in Hannover eine Erbschaft zugefallen ist. Das Kollegium nimmt dieselbe an. Hierauf folgt geheime Sitzung.

* **Neu-Beckum,** 18. Febr. Die Parteibesprechung am Dienstag war den örtlichen Verhältnissen entsprechend gut besucht. Wußten die Genossen doch, daß sie in dem vor uns liegenden Reichstagswahlkampfe noch harte und schwere Arbeit zu verrichten haben. Trotz der vorsichtigen Bekanntmachung dieser Besprechung hatten es doch einige erfahren, die es nicht erfahren sollten, denen unsere Parteigenossen keinerlei Vertrauen schenken können. Der frühere Vorsitzende des Gewerkvereins der Maschinenbauer, der sich bei der Reichstagswahl 1907 für 10 Mk. dazu hergab, auf Geheiß seines Direktors für die nationalliberale Partei Stimmzettel zu verbreiten, war mit zweien seiner Freunde auf der Suche nach den Sozis. Die Genossen hatten sich zu dieser Besprechung eine Wirtschaft ausgesucht, die etwas abgelegen war, trotzdem fanden uns die Herren, aber erst dann, als die Besprechung geschlossen war. Wieviel Wirtschaften mögen die Hirsche wohl abgeklopft haben?

Genossen! Seid auf der Hut!

* **Hamm,** 19. Febr. Auf der Radbodzeche wurde bei den Sümpfungsarbeiten der First der zweiten Sohle erreicht, wo gegen zweihundert Leichen liegen. Ehe die Aufwältigungsarbeiten beginnen können, werden noch mehrere Tage vergehen, dann erst ist die Leichenbergung möglich. Die Särge sind bereits größtenteils fertig. Ein größeres Gendarmerieaufgebot ist vorgesehen.

* **Bochum,** 19. Febr. Hochwasser. In der Emscher Niederung, bei Gelsenkirchen, Bismarck und Horst, steht noch jetzt, also 14 Tage nach der Ueberschwemmung, das Wasser meterhoch bis in die genannten Ortschaften hinein. Das Wasser hat keinen Abfluß. Zahlreiche Häuser, namentlich in der 26 000 Einwohner zählenden Gemeinde Horst, stehen noch hoch unter Wasser. Der Schaden ist ein ungeheurer. Die in die oberen Stockwerke geflüchteten Einwohner befinden sich in einer argen Notlage. Das Verlassen der Häuser ist vielfach noch immer mit Lebensgefahr verbunden, weil es an Stegen und Notbrücken fehlt, das Eis aber nicht mehr sicher trägt. Erst dieser Tage ist noch eine Frau eingebrochen und ertrunken. — Die Behörden versagen gegenüber diesen furchtbaren Zuständen fast vollständig. Wohl hat die Gemeindevertretung von Horst 10 000 Mark bewilligt, wohl ist ein Hilfskomitee gebildet, aber es fehlt an jeder entschiedenen Initiative, um die äußersten Gefahren zu beheben. Der Kreistag beharrt noch in Untätigkeit. — Die Hausbesitzer hoffen, die in Betracht kommenden Zechen und die Emscher Genossenschaft regreßpflichtig machen zu können. Das in Rede stehende Gelände ist nämlich in den letzten 15 Jahren infolge des Grubenbetriebes um 2 Meter gesunken. Der Emscher Genossenschaft wird nachgesagt, daß sie versäumt habe, die in Frage kommende Strecke des Ufers abzudämmen. Am schwersten sind natürlich die Arbeiter getroffen.

Vereins-Kalender.

Sonnabend.

Klub „Geselligkeit" 9 Uhr bei Schneider, Kampstraße.
Skatklub „Gut Glück" 9 Uhr bei Schneider, Kampstraße.
Skatklub „Gemütlichkeit" 9 Uhr bei C. H. Apenbrink, Herforderstraße.
Theaterklub „Olympia" 9 Uhr bei Imkamp, Engerschestraße.
Radfahrerverein „Dornberg" 9 Uhr bei Wirt Bökenkamp, Babenhausen.
Turn-Verein „Jahn", Dornberg.
Oerlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit" 9 Uhr bei L. Niewald.
Minden. Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts" in der Centralhalle", Ritterstr. 18 (Eingang Trockenhof).

Sonntag.

Brackwede. „Brocker Männerchor" 2—4 bei Karl Schröder.
Porta. Gesangabteilung der Freien Turnerschaft 12½—2½ Uhr bei Herrn Fricke.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs,** für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher,** beide in Bielefeld.

Dalli-Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Montag und Dienstag

Schlusstage in unserem **Resteverkauf**

Ausser den noch vorrätigen Restbeständen gelangen zum Verkauf:

ca. 15000 Mtr. Hemdentuch

mit kleinen Webefehlern.

Die Rohware hierzu, ein solides westfälisches Fabrikat, liessen wir in Brackwede bleichen. Den grössten Teil dieses Postens verkaufen wir während der beiden Tage zum Einheitspreis von **27** ₰ per Meter.

Um allen Kunden zu dienen, erhält niemand mehr als 30 Meter.

Man beachte unsere nächsten Montag erscheinende Annonce.

1059 **S. Alsberg & Co.**

Uebermorgen Montag, den 22. Februar,

beginnt unsere grosse 1066

Kleiderstoff-Woche

**Was wir dieses Mal bieten werden,
wird durch seine Preiswürdigkeit
das Tagesgespräch Bielefelds bilden!**

Montag geben wir Näheres bekannt. Man beachte unsere Schaufenster.

Gebrüder Kaufmann

BIELEFELD.



Sie fahren gut

mit 984

Dr. Crato's

Backpulver, Puddingpulver, Vanillezucker etc.

Nachdrücklichst sei darauf aufmerksam gemacht, dass die Reinheit der Zutaten von Dr. Crato's Backpulver vollständig den Auffassungen des Reichsgesundheitsamtes entspricht.

Zugleich empfehlen wir allen Hausfrauen das von uns herausgegebene

neue Puddingpulver.

Es ist in **Kokos-, Orange-** und **Ingwer-Geschmack** hergestellt und ergibt bei richtiger Zubereitung die denkbar zarteste Nachspeise.

Dr. Crato & Co., Bielefeld.

Stadtsparkasse Bielefeld

im neuen Rathause.

Tägliche Verzinsung der Spareinlagen

Zinsfuß 3¾ %

Unentgeltliche Ausleihung von

Heimsparkassen.

Unentgeltliche Einziehung der Spareinlagen von auswärtigen Kassen.

Geschäftsstunden:
8½—1 Uhr vormittags 3—6 Uhr nachmittags.

Annahmestellen:
Bürgerweg 34. Firma **Kleinjung & Westerheyde.**
Herforderstr. 82. Herr Apothekenbesitzer **L. Müller.**

Die Verwaltung der Stadtsparkasse.
Toerner.

1034

Das seit 30 Jahren bekannte
Bettfedern-Versandhaus
H. Unna, Altona a. E.
versendet jetzt **portofrei** gute, neue Bettfedern für **60** u. **80** ₰ das Pfund, bedeutend bessere für **1.20** u. **1.60** ℳ Vorzügl. Halbdaunen **2** ℳ, prima **2.60** ℳ Vorzügl. Daunen für **3.50** ℳ
Kronen-Daunen.

B. U. U. S.
Die Krone aller Daunen
Eingetragene Schutzmarke

Nur echt, wenn die Verpackung mit dieser Marke versehen. 878
Unerreicht an Füllkraft u. doch nur **4.65** ℳ d. Pfd. Bei 20 Pfd. 5% Umtausch bereitwilligst.

Zentral-Bade- und Massage-Institut

Bielefeld,
Altstädterkirchstr. 10.
Bäder aller Art u. sonstige ärztliche Anordnungen. — Gewissenhafte Behandlung nach Lehre d. Staatsschule.
Billige u. reelle Preise.
Heissluftbad 1.50, Kohlensaures Bad 2.00, Dampfbad 1.25, Fichtennadelbad 1.10, Packung 0.50, Schwefelbad 1.10, Wannen-, Rumpf-, Sitzbäder, Regen-, Wechselregen-, Stachel-, Fächer- und Sitzduschen
zu billigsten Preisen.
Franz Jann, 304*
staatlich geprüfter Masseur.

Auf Kredit

Möbel
Betten
Herde
Anzüge
gegen
bequeme Teilzahlung

L. Sachs

Rathausstr. I.

1031

Sympathisch

wirkt ein zartes, reines **Gesicht**, rosiges, jugendfrisches **Aussehen**, weiße, sammetweich **Haut** u. blendend schöner **Teint.** 1023
Alles dies erzeugt die allein **echte**
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Zodebeul,
a St. 50 Pfg. bei **L. Schäfer.**

Grosser

Räumungs-Ausverkauf

in Uhren und Goldwaren

mit 20% Rabatt

auf sämtliche Waren.

Der Räumungs-Ausverkauf
dauert nur noch kurze Zeit

Von Anfang März befindet sich mein Geschäft
Niedernstrasse 35
neben Gebrüder Gottschalk.

Carl Wagner, Uhren- und Goldwarenhaus

Niedernstrasse 30. 1032

Zur Konfirmation zu beachten!

Wegen Aufgabe des Artikels

solide schwarze Kleiderstoffe
weit unter Preis! [1049

Louis Mosberg

Breitestr. 44.

Gebr. Ruschhaupt
Bielefeld.
Aromatische Sparkernseife ist die beste und billigste Seife.
Unübertrefflich. 1024

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Bielefeld.

Am Donnerstag, den 18. d. Mts., starb nach längerem Leiden unser treues Mitglied, der Metallarbeiter

Fritz Kerkhoff

im Alter von 50 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 2½ Uhr vom Trauerhause, Friedrichstraße 53, aus statt, und ersuchen wir um zahlreiche Beteiligung.

1045] **Die Ortsverwaltung.**

Von der Reise zurück. 956

Zahnarzt Meine

Obernstrasse 36.

Die Anzeigen in vorliegender Nummer wollen die Leserinnen und Leser der **„Volkswacht"** beachten! * * * * * * *

Sargmagazin
Heinr. Brünger
Webereistraße 6
Telephon 1298
empfiehlt: [449*
Särge u. Leichenausstattung
eigene Leichenwagen
für Erwachsene und Kinder.

Reelle Bedienung.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag, 18. Febr. entschlief sanft nach kurzem aber schweren Leiden unser lieber Sohn und Bruder

Gustav

im Alter von 7½ Jahren.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Gustav Güse.

Die Beerdigung findet am Sonntag, 21. d. Mts., nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Heeperstraße 220, aus statt. [1036*

2. Beilage zur Volkswacht.

Nr. 43. Bielefeld, Sonnabend, 20. Februar 1909. 20. Jahrg.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom Donnerstag, 18. Febr., mittags 12 Uhr.
(Schluß.)

Eine Petition um Gewährung einer Lohnerhöhung an die Bergarbeiter auf den Königlich Preußischen und Fürstlich Schaumburg-Lippeschen Steinkohlenwerken in Oberkirchen beantragt der Abg. Borgmann und Genossen der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Leinert (Soz.) Die Petition trägt 1660 Unterschriften. Die Lohnverhältnisse in Schaumburg-Lippe sind die allerschlechtesten in den fiskalischen Gruben. Der Jahreslohn betrug dort 1905 899 Mark und beträgt jetzt 905 Mark. Gegen das vorige Jahr soll er um 28 Mark gestiegen sein. Das beweist aber nur, daß er seit 1905 wiederum stark gefallen war. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund beträgt der durchschnittliche Lohn der Bergarbeiter jährlich 1404 Mark, im Saargebiet 1206 Mark, in Oberschlesien 1099 Mark. In der Kommission hat man gesagt, es handele sich dort um angesessene Leute, wenn sie sich nicht gut ständen, wären sie während der Hochkonjunktur weiter nach Westfalen gegangen. Eine solche Bemerkung seitens der Regierung ist doch ganz unangebracht, denn die Regierung hat doch alles Interesse, angesessene Leute am Orte zu halten. Waschgelegenheit ist in Schaumburg-Lippe überhaupt nur auf 2 Stellen vorhanden. Ein großer Teil der Bergleute muß schmutzig nach Hause gehen. Also es kann keine Rede davon sein, daß es den Bergleuten dort so außerordentlich gut geht. Der Grund, daß es sich nicht um ein rein preußisches Werk handelt, kann doch nicht gegen die Petition sprechen. Es ist auch nicht richtig, daß die lippesche Regierung die Lohnerhöhung abgelehnt hat, höchstens der lippesche Fürst. Von Landtagsabgeordneten aus Lippe ist mir gesagt worden, daß sie sehr gern für die Lohnerhöhung eintreten würden, sie hätten aber gar keine Gelegenheit dazu, weil die Einnahmen der Bergwerke nicht in dem Etat des Fürstentums Lippe erscheinen. Es werden dort 2 426 000 Mark an Löhnen und Gehältern gezahlt. Die Forderungen der Bergleute würden eine Mehrausgabe von 218 300 Mark bedeuten. Ich kann Sie nur dringend bitten, im Interesse der Bergleute, der am schlechtesten gestellten fiskalischen Bergleute diesen Antrag anzunehmen [illegible] würde im übrigen einen außerordentlich schlechten Eindruck machen, über eine Lohnforderung von Arbeitern hier [illegible] zur Tagesordnung überzugehen, zumal wir schon in Verhandlungen stehen über Gehaltsaufbesserung für Beamte. Die Behauptung, daß tatsächlich Lohnerhöhungen in letzter Zeit stattgefunden haben, muß erst noch bewiesen werden. Mit einer früheren Lohnerhöhung von 20 Pfennig war auch eine Verlängerung der Arbeitszeit verbunden. Der Antrag ist nur ein Akt der Gerechtigkeit.

Abg. Brust (Ztr.) wendet sich gegen den Antrag mit Rücksicht auf die zurückgehende Konjunktur, in der Lohnerhöhungen nicht am Platze wären.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zum Wort gemeldet war nur noch der Abg. Leinert.

Der Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Es folgt die dritte Beratung der Pfarrerbesoldungsgesetze.

Abg. v. Arnim-Züsedom (kons.): Herr Hoffmann hat gestern meine Behauptung bestritten, daß der Schlußantrag von 4 Fraktionen unterstützt war. Ich stelle fest, daß der Antrag außer von mir von den Abgg. Wallenborn (Ztr.), Dr. Friedberg (natl.) und Stengel (freikons.) unterschrieben war. (Zuruf rechts: Er kann nicht mehr bis drei zählen. Große Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich bitte um Verzeihung, mein Irrtum lag nicht daran, daß ich nicht zählen kann, sondern daß ich zwischen Konservativen und Freikonservativen keinen Unterschied mache. (Heiterkeit.)

In der allgemeinen Besprechung erhält das Wort:

Abg. Hoffmann (Soz.): Eine kleine Bemerkung zuvor: Die Presse stellt fest, daß ich in der gestrigen Sitzung einige Sprachschnitzer begangen habe. Das kann mir auch heute, wie ich mich kenne, passieren. Wenn ich gestern über Ihr Lachen so erstaunt war, so lag das daran, weil mir das Sprichwort einfiel „Sie spotten ihrer und wissen selbst nicht wie", denn Sie sind es, die diese Volksschule geschaffen haben, deren Kind ich bin. (Lachen rechts.) Hätten Sie die Millionen, die Sie für die Kirche bewilligen wollen, stets für die Volksschule hergegeben, — (Zuruf rechts: Dann hätten Sie auch nicht mehr gekonnt!) Den Zwischenrufer bitte ich, sich die Antwort in Sirach 5, Vers 14, nachzulesen. (Große Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich die Herren, die Antwort nachzulesen, die ich seinerzeit im Reichstage dem Abg. Beumer gegeben habe, als mir Sprachschnitzer vorgeworfen wurden. Unsern prinzipiellen Standpunkt zur Sache habe ich schon im vorigen Jahre dargelegt, daß wir sowohl für die evangelische, für die katholische und die jüdische Geistlichkeit jede Unterstützung aus Staats- und Gemeindemitteln ablehnen. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt liegt aber auch heute gar kein Grund vor, die verlangten Millionen für die Kirche zu bewilligen. Interessant war die Erklärung eines Regierungskommissars in der Kommission, der sagte, der Staat habe für die Aufbesserung der Pfarrerbesoldungen schon so viel aufgewendet, daß man ihm nicht zumuten könne, noch mehr zu geben. Wir hörten die Botschaft wohl, allein uns fehlt der Glaube. Damals wurde auch erklärt, die Regierung habe mit dem vorliegenden Gesetz die Landeskirchen auf absehbare Zeit abgefunden. Das war im November. Die absehbare Zeit dauerte bis zum 13. Februar. (Heiterkeit.) Da hat man der evangelischen Kirche noch eine halbe Million und der katholischen etwa eine Viertel Million noch zugegeben. Ist denn nun die Kirche wirklich so arm, daß sie 12 Millionen mehr Unterstützung braucht? Wir sind nicht der Ansicht. Das Gehalt der Geistlichen beträgt offiziell 1800 bis 4800 Mark. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt in Berlin z. B. 1500 Mark. Nach zehn Jahren steigt das Gehalt der Geistlichen auf 3000 Mark, mit Mietsentschädigung 4500 Mark, nach 25 Jahren auf 6000 Mark. In Berlin beginnt das Einkommen einschließlich Wohnungsgeld mit 4000 bis 4500 Mark und endet mit 8500 bis 9000 Mark. Die Hälfte des preußischen Volkes hat ein Einkommen unter 900 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) In demselben Augenblick, wo Sie dieser evangelischen Kirche 12 Millionen geben wollen, haben Sie eine Petition nicht zur Berücksichtigung überwiesen, die 30 Pfg. mehr Lohn für die Bergleute verlangt. (Hört, hört! bei den Soz.) Früher war Ihr Bewilligungseifer für die Kirche nicht so groß. 1889 drängte Herr v. Hammerstein, der wohl alle Ursache hatte, um sein Seelenheil besorgt zu sein, die Regierung, 3 700 000 Mark für die evangelische Kirche zu bewilligen. Aber die Regierung erklärte sich dagegen. Jetzt wollen Sie 10 Millionen mehr bewilligen, obwohl Dr. Porsch sagte, ein „klagbarer Anspruch der Kirche" sei nicht vorhanden. Unsere Forderung der Trennung der Kirche vom Staat ist keine sozialdemokratische, sondern ist z. B. in Frankreich vom Bürgertum durchgeführt worden. Die „Nationalzeitung" hat vor kurzem geschrieben: „Die preußische Kirche ist schon viel zu sehr Staatskirche geworden; was hat der Staat für eine Verpflichtung, immer tiefer für die Kirche in den Beutel zu greifen. Die Kirche scheint nicht zu überlegen, daß Geld verpflichtet. Der Einfluß des Staates auf die Kirche ist ein Krebsschaden. Er erschwert ihre Wirkung im Volke außerordentlich (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kirche sollte streben, vom Staate loszukommen. Sollen die Geistlichen sich denn immer mehr zur schwarzen Polizei herabwürdigen?" Die Kirche kann die Summen, die sie zur Besoldung ihrer Geistlichen braucht, sehr gut selbst aufbringen. Auch dafür gibt die „Nationalzeitung" ein Beispiel. Sie schreibt: „Pfründen mit 10- bis 12 000 Mark Einkommen sind vorhanden in Gemeinden mit kaum 1000 Seelen. Es gibt Kirchenkassen, die im Gelde wühlen" — das sagt kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein bürgerliches — „und sehr wenig für die Gesamtheit leisten." Nach dem Pfarreralmanach gibt es in der Provinz Sachsen 1577 Pfarrstellen, von denen 384 nur eine Seelenzahl von 600 umfassen (Hört, hört! bei den Soz.), 386 eine Seelenzahl von 600 bis 1000 usw. Es gibt sogar Stellen mit unter 300 Seelen. Solche Stellen begünstigen ein Drohnendasein. Der Pastor weiß nicht, wie er die Zeit durchbringen soll." So schreibt ein bürgerliches Blatt! Und da nehmen Sie es uns übel, wenn wir in einer Zeit, wo der Dalles im Staat und Reich chronisch geworden ist, dagegen protestieren, daß so Hände voll Millionen hinausgeworfen werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Aufstellung, die wir in der ersten Lesung über die Pfarrergehälter verlangt haben, ist uns leider nicht gegeben. Die Nebeneinkünfte der Geistlichen übersteigen häufig das eigentliche Gehalt. In der Provinz Sachsen gibt es 372 Geistliche, die ein Gehalt von mehr als 5000 Mark beziehen, insgesamt 2 445 827 Mark, durchschnittlich also 6600 Mark. Unter diesen gibt es 229, die ein Gehalt von mehr als 6000 Mark beziehen, durchschnittlich 7200 Mark. 57 haben mehr als 8000 Mark, 28 mehr als 9000 und 10 mehr als 10 000 Mark. 276 000 Mark würden gespart werden können, wenn man das Höchstgehalt der Geistlichen hier auf 6000 Mark festsetzen würde. In den Gemeinden der Pfarrer, die so glänzend bezahlt werden, kommen häufig das ganze Jahr über nur ein Dutzend Todesfälle, Hochzeiten und Kindtaufen vor. Ein Geistlicher in einer Gemeinde mit 1500 Seelen erhält ein Gehalt von 14 000 Mark, einer mit über 10 000 Mark ist in einem Orte mit 750 Seelen. (Hört, hört! bei den Soz.) Gegen diese Pfründenwirtschaft protestieren wir, zumal angesichts der Arbeitslosigkeit und des Massenelends im Volke. (Zustimmung bei den Soz.) Mit den hier zu ersparenden Summen könnten die niederen Geistlichen höher besoldet werden. In Pommern und Schleswig-Holstein sieht es ebenso aus wie in Sachsen; hier wäre Gelegenheit, Millionen zu sparen. Die Mehrzahl der Pfarrergehälter übertrifft die Lehrergehälter um das Doppelte; bei den Lehrern aber haben Sie eine Höchstgrenze festgesetzt, bei den Geistlichen wagen Sie das nicht. Auch an den Nebeneinnahmen der Geistlichen könnte gespart werden.

Die „Nationalzeitung" hat mit Recht auf die Ueberflüssigkeit der Domherrengehälter hingewiesen. Der Finanzminister könnte Ihnen die beste Auskunft geben, wie überflüssig das Gehalt des Merseburger Domherrn ist. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Von den evangelischen Geistlichen erreichen 51½ Prozent das 70. Lebensjahr, 18 Prozent das 80. Von den Armgeborenen erreichen dagegen nur 65 von 1000 das 70. Lebensjahr. Da sehen Sie, daß der Kampf um das Diesseits doch aufreibender ist, als der Kampf um das Jenseits. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Von einem Theologen aus Königsberg ist mir ein Schreiben zugegangen, in dem es heißt: Viel leichter aufzubringen wären die Gehälter, wenn die Einkommen der ersten Geistlichen an den Kirchen einer genauen Prüfung unterzogen würden. Es würde sich dann zeigen, daß die meisten derselben das Doppelte und sehr oft noch mehr Einkommen haben, als für diese Stellen angegeben ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die ersten Geistlichen in Königsberg haben 15- bis 20 000 Mark Einkommen, während ihr offizielles Einkommen mit 6- bis 8000 Mark angegeben ist. Umso notwendiger ist die von uns verlangte Aufstellung über die Höchstgehälter der Geistlichen. Der Konsistorialpräsident in Berlin erhält 12 000 Mark, in Hannover 11 000 Mark usw. Das sind alles Summen, die die Kirche allein aufbringen müßte. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg empfahl den nationalen Arbeitern auf ihrem Kongreß: Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit. Diese Mahnung sollte er lieber an die Geistlichen richten. Da tut es sehr not. (Sehr gut! bei den Soz.) Pastor Schädler aus Verden hat die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen sehr gering gefunden, der Staat könne dafür nur einen höflichen Dank der Geistlichkeit verlangen. Wir wollen die Kirche aus der Botmäßigkeit des Staates und der herrschenden Klassen befreien. Eine Kirche, die sich ohne Staatszuschuß nicht halten kann, hat sich überlebt und hat keine Existenzberechtigung mehr. (Sehr gut! bei den Soz.) Zu den Einnahmen der Kirche kommt dann noch die Kirchensteuer. Diese betrug schon 1907 43 Millionen Mark für die evangelische Kirche in Preußen. Diese Steuer müssen auch die zahlen, die nicht mehr zur Kirche gehören wollen, aber nicht ausscheiden können, weil sie sich in abhängigen Stellungen befinden, wie das z. B. bei den Beamten der Fall ist. In der Politik duldet man nicht Sozialdemokraten, im Glauben nicht Glaubenslose unter den Beamten. Sie brauchen nicht zu glauben, aber sie müssen heucheln, daß sie etwas glauben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei den Beamten war der Landtag nicht so freigebig mit den Millionen. Als ich bei der ersten Lesung darauf hinwies, welche Unsummen die Synoden aus den Gesangbüchern verdienen, erregte das Widerspruch. Die „Schlesische Zeitung" hat aber erst in letzter Zeit festgestellt, daß die Synode in Breslau bei der Uebernahme des Provinzialgesangbuches in eigene Regie einen Gewinn von 42 697 Mark gemacht hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich erinnere auch an die Kirchhofspolitik. Der Abg Schrader hat in der Berliner Stadtsynode es kritisiert, daß man über 4½ Millionen für drei Friedhöfe ausge-

---

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.
Aus dem Englischen von Julius Seybt.

55

Es ist sehr zweifelhaft, ob Noah Claypole, so sehr bedeutend seine Habgier auch war, auf diese glänzenden Bedingungen eingegangen sein würde, wenn er hätte vollkommen frei handeln können; allein er bedachte, daß es, wenn er nein sagte, in der Gewalt seines neuen Bekannten stand, ihn augenblicklich den Händen der Gerechtigkeit zu überliefern. Er erklärte daher, daß ihm der Vorschlag Fagins nicht ganz unangenehm erschiene.

„Aber sehen Sie," setzte er hinzu, „da sie imstande ist, ein gutes Stück Arbeit auszurichten, so möcht' ich etwas recht Leichtes zugeteilt bekommen. Was würde jetzt wohl für mich passen? Es müßte so etwas sein, wobei ich mich nicht even anzustrengen brauche und wobei keine Gefahr wäre."

„Meine Freund brauchte jemand, der was Rechtes leisten könnte im Spionierfache — was sagen Sie dazu?" entgegnete der Jude.

„Gefällt mir nicht ganz übel, und bisweilen möcht' ich wohl darin arbeiten," sagte Noah zögernd; „aber es wirft nur für sich selber nichts ab, wissen Sie."

„Freilich," pflichtete Fagin ihm bei. „Was sagen Sie zu den alten Damen? Ihnen nehmen die Strickbeutel und Pakete und dann laufen um die Ecke — damit wird gemacht viel Geld."

„Schreien diese aber nicht fürchterlich, oder kratzen auch bisweilen?" wandte Noah kopfschüttelnd ein. „Ich habe keine Lust dazu. Ist kein anderes Fach offen?"

„Halt, ja!" sagte der Jude, die Hand auf Noahs Knie legend. „Das Schratzchenbehandeln!"

„Was ist denn das?"

„Die Schratzchen sind die kleinen Kinder, die mit Sixpencen und Schillingen ausgeschickt werden von ihren Müttern, um einzuholen allerhand; und das Behandeln ist wegnehmen ihnen das Geld, das sie immer haben in den Händen, und sie dann stoßen in die Straßenrinne und ganz langsam davon gehen, als wenn geschehen wäre nichts, als daß ein Kind wäre gefallen und hätte sich Schaden getan ein wenig. Ha, ha, ha!"

„Ha, ha, ha!" stimmte Mr. Claypole ein und warf außer sich vor Vergnügen die Füße hoch in die Luft. „Beim Deuker, ja, das ist das Rechte!"

„Gewiß, gewiß," sagte Fagin; „Sie können haben prachtvolle Bezirke in Camden-Town und Battle-Bridge und solchen Gegenden mehr, wo immer ausgeschickt werden viele und zu jeder Tagesstunde niederwerfen so manche Schratzchen, wie Sie wollen nur."

„Ich bin alles wohl zufrieden," sagte Noah, als er sich von seiner Ekstase wieder erholt hatte und Charlotte zurückgekehrt war. „Welche Zeit bestimmen wir auf morgen?"

„Nun, belieben Sie zehn Uhr?"

Noah nickte.

„Welchen Namen soll ich nennen meinem Freunde?"

„Mr. Bolter; Mr. Morris Bolter — dies ist Mrs. Polter."

„Ich bin Mrs. Bolters gehorsamer Diener," sagte Fagin, sich mit grotesker Galanterie verbeugend. „Ich hoffe, Sie recht bald noch besser kennen zu lernen."

„Hörst du, was der Herr sagt, Charlotte?" herrschte ihr Mr. Claypole zu.

„Ja, lieber Noah," antwortete Charlotte, die Hand ausstreckend.

Mr. Morris Bolter, sonst Claypole, wandte sich zu dem Juden und sagte: „Noah ist der Schmeichelname, den sie mir gibt."

„O, ich verstehe — verstehe vollkommen," erwiderte Fagin, für diesmal die Wahrheit redend. „Gute Nacht! Gute Nacht!"

Dreiundvierzigstes Kapitel.

In welchem berichtet wird, wie sich der gepfefferte Baldowerer in Verlegenheiten benahm.

„Also Ihr selber waret Eurer Freund — nicht wahr?" fragte Mr. Bolter, sonst Claypole, als er, nach zwischen ihm und Fagin besiegeltem Vertrage, in des Juden Wohnung geführt worden war. „Dummkopf, der ich bin — ich hätt's mir doch gestern abend schon denken können!"

„Jedermann ist sein eigener Freund," erwiderte Fagin. „Es gibt Tausendkünstler, die da sagen, Nummer Drei wäre die Zauberzahl, und andere sagen Nummer Sieben. Aber es ist nicht wahr, mein Freund. Nummer Eins ist's!"

„Ha, ha, ha! Nummer Eins für immer!"

„In einer kleinen Genossenschaft, wie die unsrige ist," sagte der Jude, der eine Erklärung für nötig hielt, „haben wir eine allgemeine Nummer Eins; das will sagen, Ihr könnt Euch nicht betrachten als Nummer Eins, ohne mich und all die anderen jungen Leute als dieselbe zu betrachten zugleich."

„Das wär' der Teufel!"

„Ihr seht wohl," fuhr der Jude fort, sich anstellend, als ob er die Unterbrechung nicht beachtete, „unser Nutzen und Schaden ist eins so ganz, daß es nicht sein kann anders. Zum Beispiel, es ist Euer Zweck und Absicht, zu sorgen für Nummer Eins — das heißt für Euch selbst."

„Ganz recht, ganz recht."

„Sehr wohl — Ihr könnt aber nicht sorgen für Euch selber, Nummer Eins, ohne zugleich zu sorgen für mich, Nummer Eins."

„Nummer Zwei wollt Ihr sagen," fiel Mr. Bolter ein, der die Tugend der Selbstliebe im allerhöchsten Maße besaß.

„Nein, nein!" entgegnete der Jude. „Ich bin von derselben Wichtigkeit für Euch, wie Ihr es seid selbst."

„Hört," unterbrach Mr. Bolter, „Ihr seid ein sehr netter Mann, und ich halte sehr viel von Euch; aber so dicke Freunde, wie Ihr mit dem allen meint, sind wir doch noch nicht."

„Bedenkt doch, bedenkt doch nur!" sagte der Jude achselzuckend und die Hände ausstreckend. „Ihr habt getan, was sehr hübsch war, und ich ehre und liebe Euch deshalb; aber 's ist auch derart, daß es Euch zugleich einbringen kann die Krawatte, die so leicht ist einzuknüpfen und so schwer wieder aufzubinden — den Strick nämlich!"

Mr. Bolter legte die Hand an sein Halstuch, als wenn es ihm unbequem eng säße, und murmelte eine Art von Beistimmung.

„Der Galgen," fuhr Fagin fort „der Galgen, mein Lieber, ist ein häßlicher Wegweiser, der zeigt um eine sehr scharfe Ecke und hat gemacht ein Ende der Weiterreise vieler mutwoller, wackerer Leute auf der großen Heerstraße. Euch zu halten auf der bequemen Straße, und zu bleiben dem Galgen fern, muß sein Euer Nummer Eins, mein Lieber."

„Natürlich," fiel Mr. Bolter ein; „aber wozu redet Ihr von solchen Dingen?"

„Bloß um Euch zu zeigen meine Meinung deutlich," erwiderte Fagin, die Augenbrauen emporziehend. „Ihr könnt das nicht allein, sondern hängt dabei ab von mir, und ich hänge ab von Euch, wenn mein kleines Geschäft soll haben guten Fortgang. Das erste ist Eure Nummer Eins, das zweite ist meine Nummer Eins. Je mehr Euch liegt am Herzen Eure Nummer Eins, desto mehr müßt Ihr sein besorgt für meine; und so kommen wir endlich wieder zurück auf das, was ich Euch sagte gleich anfangs — daß Sorge für Nummer Eins kommt uns allen zugut, und lassen wir's fehlen daran, gehen wir zugrunde miteinander alle."

„Das ist wohl wahr," bemerkte Bolter gedankenvoll. „Ihr seid, meiner Treu, ein geriebener alter Gesell!"

Fagin erkannte mit innigstem Vergnügen, daß dies keine bloße Schmeichelei war, sondern daß er seinem Rekruten eine bedeutende Vorstellung von seiner Verschlagenheit und Gewalt beigebracht hatte, was beim Beginn ihrer beiderseitigen Bekanntschaft von großer Wichtigkeit war. Um den Eindruck, den er auf der jungen Menschen gemacht hatte, noch zu verstärken, ließ er ihn einige Blicke in die Großartigkeit und den Umfang seiner Operationen tun, wobei er, seinem Zwecke gemäß, Wahrheit und Dichtung so geschickt miteinander vermischte, daß Mr. Bolters Hochachtung gegen ihn sichtlich zunahm und er zugleich eine Zutat heilsamer Furcht erhielt, welche bei ihm zu erwecken äußerst wünschenswert war.

„Dies gegenseitige Vertrauen ist es," sagte der Jude, „was mich tröstet wegen schwerer Verluste. Erst gestern morgen verlor ich meinen besten Gehilfen."

„Ist er Euch davongegangen?" fragte Mr. Bolter.

„Ganz wider seinen Willen," antwortete Fagin. „Er war beschuldigt des Versuchs eines Taschendiebstahls, und sie fanden bei ihm eine silberne Schnupftabaksdose. Es war seine eigene, mein Lieber, seine eigene, denn er schnupfte selbst, und die Dose war ihm sehr wert. Er ward wieder vorbeschieden auf heute, denn sie meinten herbeischaffen zu können den Eigentümer. O,

geben habe, die für lange Zeit nicht in Benutzung genommen werden können. Die Friedhofsspekulation bringt ungeheure Summen ein. Ich weiß nicht, ob Sie es billigen, daß die Diener des Nazareners sich mit Terrainspekulation abgeben.

Präsident v. Kröcher: Ich verbitte mir, daß Sie in diesem Tone von unserm Herrn und Heiland sprechen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz. [fortfahrend]): Wenn die Kirchenverwaltung diese Spekulation für richtig hält, so ist das ihr gutes Recht; aber dann soll sie auch die Kosten für die Gehälter der Geistlichen aufbringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Rosenthal-Wilhelmsruh bei Berlin werden Pfarrwiesen, die eine Million Wert repräsentieren, nicht verkauft, und die Kirchenbehörde hat offenherzig erklärt, sie müsse Bedacht darauf sein, daß das Land nicht so billig verkauft werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Ebenso hat man in Steglitz es abgelehnt, einen Kirchenacker zu verkaufen, trotzdem 800 000 Mark geboten waren, mit der Motivierung, es sei nicht angebracht, den Grund und Boden gegenwärtig, wo das Grundstücksgeschäft gänzlich still liege, billig zu veräußern. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch die Sporteln verstehen die Geistlichen sehr gut einzuteilen. In Heidekrug wurde ein Lehrer angeklagt, weil er am Grabe einen Vers aus einem Gesangbuch verlesen hatte, und nur deshalb, weil dadurch dem Geistlichen 9 Mark Sporteln entgingen. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei der Beamtenbesoldung wurde anerkannt, daß unsere Anträge die Ausgabe von 17 Millionen verlangten. Man behauptete, dafür sei keine Deckung zu finden. Mit den Millionen, die Sie der Kirche jetzt geben, hätten Sie unsere Forderungen leicht erfüllen können. Interessant wäre auch eine Statistik über den Kirchenbesuch. In Stuttgart ist festgestellt, daß von 170 000 Evangelischen 150 000 den sonntäglichen Gottesdienst nicht besuchen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es gibt sogar Geistliche, die vor Drohungen nicht zurückschrecken, um Leute zur Kirchensteuer zu veranlassen. Ein Pfarrer Stubbe aus Hamburg hat an ein Ehepaar unter dem 11. November 1908 geschrieben: „Unter dem 1. November haben Sie Ihren Austritt aus der evangelischen Kirche angezeigt. Den Gang zum Amtsgericht können Sie sich sparen, da eine Befreiung von der Kirchensteuer mit dem Austritt nicht verbunden ist.“ Das ist unwahr, der Mann hat nur noch ein Jahr Kirchensteuer zu zahlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Charakteristisch ist, daß der Geistliche weiter schreibt: „Sodann wird im Falle des Todes kein freundliches Wort am Grabe gesprochen, noch wird die Glocke geläutet. (Hört, hört! bei den Soz.) Der vollzogene Austritt wird der Gewerkschaft — hier im Sinne von Bergwerksgesellschaft, also dem Arbeitgeber — angezeigt.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Diesem Geistlichen tut es not, das Wort ins Gedächtnis zurückzurufen: Liebet eure Feinde. In einem Flugblatt schreibt der Geistliche: „Eine Kirche, die sich so frei hält von jeglicher Bevormundung, kann nur von Buben verlassen werden.“ (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere Sie daran, daß auch eine deutsche Prinzessin die Religion ihrer Väter verlassen hat, um auf den russischen Zarenthron zu kommen. (Sehr gut! bei den Soz.) Ein evangelischer Geistlicher hat in einem Buche „Kirche, Sozialdemokratie und Christentum“ dargelegt, daß infolge der Staatsaufsicht die Geistlichen sich der Nöte des vierten Standes nicht mit dem gebotenen Eifer annehmen können.

Präsident v. Kröcher bittet den Redner, zum Gesetzentwurf zu sprechen.

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich wollte beweisen, daß die Abhängigkeit vom Staate infolge Staatszuschusses von den Geistlichen selbst zugegeben wird. Der betreffende Geistliche sagt: Die Kirche ist im Banne des Kapitals, sie steht auf seiten der besitzenden Klasse, niemand kann zween Herren dienen. Die Abhängigkeit der Geistlichen beweist auch eine Heiratsannonce im „Lokalanzeiger“: „Ich suche für meinen Freund eine Lebensgefährtin. Derselbe ist ein hoch angesehener Geistlicher, leidet schwer unter seinem Beruf und wünscht sehnsüchtig, ihn mit einer freien Tätigkeit zu vertauschen. Er ist künstlerisch veranlagt, gemütvoll, feinfühlig.“ (Heiterkeit rechts.) Sie lachen über die Zustände, die Sie selbst geschaffen haben. In Bremen wurden die Taufen eines Geistlichen durch Einfluß von Preußen für ungiltig erklärt, weil er aus Gewissensbedenken dem „Dreieinigen Gott“, „den die Kirche bekennt“ hinzugefügt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dagegen waren die Taufen eines Pastors in Oldenburg giltig, der sich nachher als Betrüger entpuppte, nicht einmal evangelisch war und auch kein theologisches Examen gemacht hatte. Nicht der Dogmenglauben tut not, sondern die Weckung wahrer Religiosität, wahrer Sittlichkeit und Menschlichkeit. Sorge der Staat vor allem für Wissen und Erkenntnis. Das ist der Kulturhebel, der uns vorwärts bringt. Geben Sie dem Volke für die Millionen, die Sie der Kirche opfern, Bildung und Erkenntnis und natürlich auch körperliche Nahrung, dann werden wir die Todesstrafe und die Prügelstrafe entbehren können. Es ist ein Tiefstand der Kultur, daß im 20. Jahrhundert in diesem Hause noch die Prügelstrafe gefordert werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie werden trotz aller Vernunftgründe die Millionen für die Kirche bewilligen, weil Sie von der Kirche hoffen, daß sie Ihnen als Bundesgenosse Ihre Vorrechte erhält. Wundern Sie sich nicht, wenn das Volk daraus seine Konsequenzen zieht, nicht bloß die Nichtgläubigen, die mit dem Dogma fertig sind, sondern auch die Frommen, welche eine wahre und freie Kirche haben wollen. Das Volk hat die Selbsthilfe in der Hand: den Austritt aus der Kirche. Wenn es dazu kommt, daß die Massen der Kirche nicht mehr angehören, dann denken Sie an das Wort, daß Sie die Totengräber Ihrer eigenen Kirche sind. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Eine Spezialdebatte entspinnt sich nicht. Das Besoldungsgesetz für die evangelischen Pfarrer wird angenommen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Porsch (Ztr.) teilt Präsident v. Kröcher mit, daß er vom Minister Nachricht erhalten habe, daß Berichte über die Hochwasserkatastrophe noch nicht genügend eingelaufen sind, um die betreffende Interpellation in diesen Tagen beantworten zu können.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr: Steuergesetze.

Schluß: 6 Uhr.

---

er war wert fünfzig silberne Dosen, und ich würde sie darum geben, wenn ich ihn hätte wieder. Ihr solltet gekannt haben den Baldowerer, mein Lieber; solltet gekannt haben den Gepfefferten!“

„Ich hoffe, ihn noch kennen zu lernen — mein Ihr nicht, Fagin?“

„Ich muß es bezweifeln,“ erwiderte der Jude seufzend. „Wenn vorgebracht wird kein neues Zeugnis gegen ihn, so werden wir ihn freilich haben wieder nach ein sechs oder acht Wochen; sonst aber wird er gerumpelt, und auf lebenslang, sicher auf lebenslang; denn sie wissen's, welch ein gescheiter Bursch ist der Baldowerer.“

„Was wollt Ihr damit sagen, daß er gerumpelt würde?“ fragte Mr. Bolter. „Warum sprecht Ihr in solchen Ausdrücken zu mir, da Ihr doch wißt, daß ich sie nicht verstehen kann?“

Fagin war im Begriff, ihm zu sagen, daß Rumpeln soviel als Deportieren bedeute, allein in demselben Augenblicke trat Master Bates mit den Händen in den Beinkleidertaschen und einem halbkomisch-trübseligen Gesichte herein.

„'s ist vorbei mit ihm, Fagin,“ sagte er, nachdem er seinem neuen Kameraden gebührend vorgestellt worden war.

„Was willst du sagen damit?“ fragte der Jude mit bebenden Lippen.

„Sie haben den Herrn ausgespürt, dem die Dose gehört, und noch mehrere Anklagen vorgebracht — der Gepfefferte erhält freie Ueberfahrt,“ antwortete Master Bates. „Ich muß ä vollständ'gen Traueranzug haben, Fagin, und ä Hutband, ihn zu besuchen, eh' er seine Reise antritt. 's is doch die Möglichkeit! — Jack Dawkins — der große Jack Dawkins — der Baldowerer — der gepfefferte Baldowerer — und wird gerumpelt wegen 'ner lumpigen Schnupftabaksdose! — wegen 'ner erbärmlichen Dorfdruckerei! (Taschendiebstahl.) Ich hätt's nimmermehr geglaubt, daß er's unter 'ner goldnen Uhr mit Kette und Petschaften zum mind'sten getan haben würde. Nein, wenn er noch 'nem reichen alten Herrn seine ganze Massumme (Geld) und alles geganst (geraubt) hätte, so daß er doch abreiste wie ä Gentleman! — aber so — wie ä gemeiner Dorfdrucker! — ohne Ruhm, ohne Ehre!“

Also seine Gefühle für den unglücklichen Freund ausdrückend, nahm Master Bates entrüstet und niedergeschlagen auf dem ersten besten Stuhle Platz (Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

211. Sitzung vom Freitag, 19. Febr., nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: niemand.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Antrags Albrecht und Genossen (Soz.), der ein Gesetz fordert zur Regelung des Vertragsverhältnisses der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes. Mit zur Diskussion steht eine Petition des Agrarvereins in Thorn und eine Petition des Dienstbotenvereins in Nürnberg. Ferner werden auf Antrag des Freiherrn v. Hertling (Ztr.) die Zentrumsresolutionen mit zur Beratung gestellt, die sich auf die gleiche Materie beziehen.

Abg. Arendt-Labiau (kons.): Der sozialdemokratische Antrag will nur Unzufriedenheit säen. Schlachte Behandlung auf dem Lande, die gibt es ja nicht. Wir Landwirte lassen oft genug 5 gerade sein. Die Großstadt hat die Arbeiter verblendet, der Asphalt, das elektrische Licht, die Kneipen und der ganze Klimbim. (Lachen links.) Auf dem Lande gibt es allerdings weniger bares Geld, aber dafür bekommen die Leute alles geliefert, was im Katechismus steht, mit Ausnahme der Schuhe und Strümpfe. (Lautes Lachen links.) Sie haben Wohnung, Brennholz, eine Kuh, die ihnen gefüttert wird und Milch und Butter liefert, Schafe, Schweine, Hühner, Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Erbsen und Kartoffelland. Rechnet man alles zusammen, so ist es ein erhebliches Plus zugunsten der Landarbeiter. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aber der höhere Barlohn in der Stadt verblendet eben. Im Villenstil gibt es allerdings bei uns keine Wohnungen. Ich habe ja einmal gesehen, daß in einem Zimmer zwei Mutterschafe mit den kleinen Lämmern wohnten. Aber die Mieterin sagte mir, das sei sehr bequem und gebe Wärme. (Stürmisches Gelächter links.) In der Stadt hausen die Arbeiter zwar nicht mit Schweinen und Schafen zusammen, aber es gibt da Schlafburschen zweierlei Geschlechts (Stürmisches Gelächter links.) Wo bleibt da die Moral? Ich bin ein Freund der Arbeiter. Die Arbeiter, die vom Lande weggehen, bereuen es nachher, wenn es zu spät ist. Sie kommen ins Zuchthaus oder jagen einem anderen Phantom nach. (Minutenlange Heiterkeit links.) Ihre Agitatoren auf dem Lande, soweit sie Bauern sind, tun es nur des Verdienstes wegen. Aber daß sie das glauben sollen, wofür sie agitieren, das können Sie nicht von ihnen verlangen. (Beifallsstürme rechts, lautes Lachen links.)

Abg. Zubeil (Soz.): Herr Werner hat hier gesagt, daß in einigen Teilen Deutschlands das Koalitionsrecht für die Landarbeiter besteht, daß sie es aber dort nicht benutzen. Aus der Nichtbenutzung muß man folgern, daß die Arbeiter zu diesen Mittel nur greifen, wenn sie durch die wirtschaftliche Not getrieben sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man kann nicht verlangen, daß die Arbeiter im Sommer 14 bis 16 Stunden arbeiten, ohne für die Ueberstunden Lohn zu bekommen. (Zustimmung bei den Soz.) Einen Erntestreik haben die Herren nicht zu befürchten, wenn sie den Arbeitern nur richtige Löhne zahlen. Die heutigen Kontrakte verstoßen dermaßen gegen die guten Sitten, daß die Arbeiter nicht nur ein Recht, sondern geradezu die Pflicht haben, solche Kontrakte zu brechen. Gerade deshalb verlangen wir das Koalitionsrecht, weil ohne es Kontrakte zustande kommen, welche den Arbeitgebern nur Recht gewähren und den Arbeitern nur Pflichten auferlegen. Herr v. Oertzen warnte uns davor, auf das Land zu kommen und die Arbeiter als Heloten und Sklaven zu bezeichnen. Wir würden unfreundlich empfangen werden. Nun geben Sie uns nur die Lokale frei, dann sollen Sie sehen, daß wir keine Furcht haben. Es könnte eher umgekehrt kommen, daß dann die Herren Großgrundbesitzer und ihre Inspektoren von den Landarbeitern sehr unsanft aus den Versammlungen hinausbefördert werden. (Zustimmung bei den Soz.)

Herr v. Bolko hat u. a. hier gesagt, daß die Arbeiter, die länger als 50 Jahre tätig gewesen seien, bis an ihr Lebensende Unterstützung erhielten. Ich sprach im vorigen Jahre im Wahlkreise des Herrn v. Bolko einen über 60 Jahre alten Arbeiter, der 53 Jahre ununterbrochen bei einem Großgrundbesitzer tätig war. Dieser Herr ist, nebenbei bemerkt, Mitglied des Hauses. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieser von der Last der Jahre und der Arbeit gebeugte Arbeiter, der mehr als ein halbes Jahrhundert seine Kraft für diesen Großgrundbesitzer eingesetzt hatte, erhielt auch nicht einen Pfennig Unterstützung (Lebhaftes Hört, hört!) Das einzige, was er bekommt, ist zu Weihnachten ein wollenes Hemd. (Erneutes Hört, hört! So sieht es aus mit Ihrer Menschenfreundlichkeit!

Der Zolltarif sollte ja auch dazu dienen, die ländlichen Arbeitgeber in die Lage zu versetzen, ihre Arbeiter besser zu bezahlen. Der Zolltarif hat nach der einen Seite seine Schuldigkeit getan und den Landwirten höhere Einnahmen verschafft, aber ihre Arbeiter besser zu behandeln und ihnen einen menschenwürdigen Lohn zu bezahlen, das fällt den Landwirten nicht ein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun wird von Ihnen die Vergnügungssucht verantwortlich gemacht für die Landflucht, aber sogar eine so kompetente Stelle wie die Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft weist auf die höhere Kultur der Städte als Ursache der Abwanderung hin. (Hört, hört! bei den Soz.) Und Prinz Ludwig von Bayern hat in bezug auf die Leutenot ausgeführt, daß es nicht an Arbeitern auf dem Lande fehlen würde, wenn man ihnen Rechte gewährte (Hört, hört!) Ich weiß allerdings, daß diese Aeußerung aus hohem Munde Sie sehr verschnupft hat. Wie es aber mit der Gerechtigkeit auf dem Lande aussieht, geht daraus hervor, daß auf dem Gute des Landwirtschaftsministers a. D. und Schweinezüchters v. Podbielski eine 15köpfige ungarische Familie angeworben war, welcher man nicht einmal den ausgemachten schon sehr niedrigen Lohn bezahlen wollte. Und als die Leute die ihnen zugemutete Lohnherabsetzung nicht hinnehmen wollten, wurden sie vor den Amtsvorsteher geschleppt und ausgewiesen. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Familie kam im Oktober 1908 am Schlesischen Bahnhof in Berlin in halbverhungertem Zustande an und wartet heute noch auf den Lohn für die Arbeit auf dem Gute eines preußischen Staatsministers (Hört, hört! bei den Soz.)

Auch auf die ausgezeichneten ländlichen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter ist wieder hingewiesen worden. Liest man den Bericht des Kultusministeriums, so findet man die Angaben über die elenden Wohnungsverhältnisse nicht aus einer, sondern aus fast allen Provinzen Preußens. Man sieht, daß die Worte des deutschen Kaisers spurlos an Ihnen vorübergegangen, wonach Arbeiterwohnungen nicht schlechter sein sollen, als Viehställe. Aber natürlich, wenn das Vieh zugrunde geht, so erleidet der Besitzer Schaden. Wenn aber die Menschen zugrunde gehen, so geht es ihn nichts an.

Ich bitte um Annahme unseres Antrages. Für den im letzten Augenblick eingegangenen Zentrumsantrag werden wir eventuell auch stimmen. Er hat aber gerade das aus unserem Antrage entfernt, was in der kaiserlichen Botschaft vor 1890 steht, und was wir fast wörtlich aus der Botschaft übernommen haben: „Die Zeit und die Art der Arbeit so zu regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern.“ Als gute Patrioten und aus Respekt vor dem Kaiser müßten Sie, meine Herren, diesem Absatz unserer Resolution zustimmen. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Zentrumsresolution, welche die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihren Anspruch auf Gleichberechtigung streicht, ist eine Verbeugung vor den Agrariern. Ich wundere mich sehr über dieses Vorkommnis. Auf die Gleichberechtigung gerade legen wir das Hauptgewicht. (Lebhaftes Bravo! bei den Soz.)

Abg. Bindewaldt (Ant.): In Süddeutschland könnte man dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, in Norddeutschland würde er den Großgrundbesitz erschüttern, den Deutschland nicht entbehren kann. Die Sozialdemokraten wollen keine Seßhaftigkeit, daher hetzen sie die Landarbeiter auf. (Beifall rechts, lautes Lachen bei den Soz.)

Abg. Werner (Ant.): Hunde, die bellen, beißen nicht. (Na! Beifall rechts.) Herr Zubeil hat mir die Sachkenntnis auf landwirtschaftlichem Gebiet abgesprochen. Wenn ich Geld gehabt hätte, hätte ich studiert. Hat Herr Zubeil seine landwirtschaftlichen Kenntnisse sich in seiner Budike erworben? (Tosender Beifall rechts.)

Abg. Zubeil (Soz.): Herr Werner meinte, wenn er Geld hätte, würde er studiert haben. Nun, ich für meine Person würde wohl heute noch Gastwirt in Berlin sein, wenn ich lauter so trinkfeste Gäste gehabt hätte, wie Herrn Werner. (Schallende, anhaltende Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen, das Schlußwort erhält:

Abg. Stadthagen (Soz., von der Rechten mit Huhn! empfangen): Dieses Brüllen paßt zum landwirtschaftlichen Thema. Die Herren Konservativen behaupten gerne, wir verstünden nichts von der Landwirtschaft. Sie meinen, sie verstehen etwas, weil sie notleidend sind. (Zurufe des Abg. Kreth.) Herr Kreth behauptet, etwas zu verstehen. (Heiterkeit.) Aber wenn Sie auch nicht eine der vielen von uns vorgebrachten für Deutschland beschämenden Tatsachen aus der Welt schaffen können, mit der Redensart „Was verstehen Sie davon!“ schaffen Sie diese Tatsache auch nicht aus der Welt. Das ist die bekannte Art, vor einer sachlichen Kritik auszurücken. (Sehr gut! bei den Soz.) Was würden Sie denn sagen, wenn man Ihnen zumuten wollte, Sie sollten sich mit 300 Mk. jährlich ernähren? Beim Arbeiter meinen Sie, muß es gehen und sagen sogar, es geht ihm vorzüglich, ganz brillant. Ich wundere mich nur, warum Herr Kreth noch nicht Landarbeiter geworden ist. (Sehr gut! bei den Soz.) In unserem Antrag verlangen wir nichts anderes, als daß der ländliche Arbeiter das gleiche Recht bekommt, wie die anderen. Wie können Sie es mit dem Gedanken des Deutschen Reiches vereinbaren, daß eine Reihe von Arbeitern rechtlos sein und bleiben soll! (Sehr wahr! bei den Soz.) Bereits 1866 hat das Ministerium Bismarck die Einführung des Koalitionsrechtes in ganz Preußen verlangt. Ihre Behauptung, daß die Arbeiter die Ernte verfaulen lassen würden, ist eine schwere Beleidigung der Landarbeiter. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Diese haben keineswegs so wenig Gefühl für das Gemeinwesen, wie Sie ihnen nachsagen. Aus Ländern, in denen das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter besteht, konnte kein einziger Fall angeführt werden, der die Befürchtungen der Rechten unterstützt. Wir verlangen die Beseitigung der Strafe des Kontraktbruchs gegen ländliche Arbeiter und das Gesinde. Was würden die Herren rechts sagen, wenn man erklärte, die Großgrundbesitzer und Offiziere sollen bestraft werden, wenn sie ihre Verträge nicht erfüllen, ihre Lieferanten, ihre Weinrechnungen nicht bezahlen. (Sehr gut! bei den Soz.) Derartige Zivilprozesse schweben zu Tausenden. Halten Sie es für gerecht, daraus zu schließen, daß die Herren tausendfach ihre Verträge brechen und Strafbestimmungen verdienen? (Sehr gut! bei den Soz.) Das sollen Sie gewiß nicht, aber den Arbeitern verwehren Sie den Gesichtspunkt und drücken Sie zur Hörigkeit herab. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Die Behauptung, daß wir der Seßhaftigkeit entgegentreten, ist indisch. Gerade wir wünschen ja Grund und Boden für alle. Sie sind es hingegen, welche den Boden für sich beanspruchen und Millionen um ihre Seßhaftigkeit bringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herrn Bindewaldt, welcher als die Konsequenz unseres Antrages den Untergang der Landwirtschaft prophezeit, ersuche ich, mir doch eines der Rechte, welches wir für die ländlichen Arbeiter verlangen, zu nennen, welches er selbst nicht längst besitzt und für dessen Erhaltung er lebhaft kämpfen würde, wenn man es ihm entziehen wollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, so sagen Sie damit, daß für den Landarbeiter das Deutsche Reich nicht existieren soll.

In unserem Antrag steht nicht ein Wort von einer gleichmäßigen Arbeitszeit über ganz Deutschland. Wenn Sie das herauslesen, so haben Sie ihn nicht verstanden. Wir verlangen nur, was der Kaiserliche Erlaß von 1890 verhieß. Aber wenn wir eine Fürsorge verlangen, die den Geboten der Sittlichkeit entspricht, so überläuft Sie schon ein Schauder. (Sehr richtig! bei den Soz.) Denn Sie verlangen, daß der Landarbeiter ein Sklave sein soll.

Der Unterantrag des Zentrums ist unseren Forderungen gegenüber sehr verschwommen. Hier, wo es sich wirklich mal um die Erfüllung eines Gebotes der Sittlichkeit handelt, hätten die Herren vom Zentrum dafür eintreten sollen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Es ist weiter beantragt, unseren Antrag einer Kommission zu überweisen. Dem widersprechen wir nicht. Die Herren rechts werden dann Gelegenheit haben, noch weiter ihre Kenntnislosigkeit darzutun, oder die Not der Landarbeiter zugeben. Es wäre eine Schmach, wenn man noch weiterhin sagen sollte, daß Deutschland in bezug der Lage seiner ländlichen Arbeiter das zurückgebliebenste Land ist. Nehmen Sie unseren Antrag an. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Es folgt die namentliche Abstimmung. Der Antrag, die gestellten Anträge und Resolutionen an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, wird mit 209 gegen 106 Stimmen angenommen. Es stimmen dafür: Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum, Polen und ein Teil der Nationalliberalen, darunter die meisten süddeutschen Mitglieder dieser Fraktion. Es folgt die erste Beratung des Antrags Brandys und Genossen (Polen) auf Erlaß eines Reichsgesetzes, durch welches alle landesgesetzlichen Beschränkungen des Erwerbes oder der Veräußerung von Grundeigentum in Rücksicht auf Konfession, politische Gesinnung und Nationalität aufgehoben werden.

Abg. v. Dziembowski (Pole): Unser Antrag fordert nur Selbstverständliches. (Sehr richtig! bei den Polen, Soz. und im Zentrum.) Aber das bekannte Enteignungsgesetz zeigt die Notwendigkeit, ein ausdrückliches Reichsgesetz über eine Selbstverständlichkeit zu erlassen. Allerdings ist das beschämend für einen Kulturstaat. (Lebh. Zustimmung bei den Polen und Soz.) Nach dem Enteignungsgesetz würden wir uns nicht wundern, wenn morgen in Preußen ein Gesetz käme: „Nur Blockangehörige können Grundbesitz erwerben“.

Was sollen denn die polnischen Landarbeiter tun, die sich kein Häuschen, kein Stückchen Land auf heimischer Scholle erwerben können? Sie strömen in die Stadt und vermehren dort das Proletariat. Das ist eine landverwüstende Politik. Schlimmer als Krieg und Erdbeben. Wir bitten um Annahme des Antrages. (Lebh. Beifall bei den Polen und Zentrum.)

Abg. Graf Praschma (Ztr.): Ich schließe mich vom Standpunkte des Rechts den Forderungen des Vorredners an.

Abg. Gothein (Fr. Vp.): Auch ich kann nur bedauern, daß ein solcher Antrag notwendig war. Die Annahme des Antrages ist aber dringend erforderlich angesichts der eines Kulturstaates unwürdigen Zustände. (Beifall bei den Soz., Freis., Zentrum und Polen.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Das Gesetz, gegen welches sich der Antrag wendet, verstößt ganz offen gegen Reichsrecht. Es ist bedauerlich, daß ein Partikularstaat sich unterfangen hat, ein Ansiedlungsgesetz zu geben. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Ohne polnischer Gesinnung zu sein, muß ich doch das Unrecht, das den Polen zugefügt wird, bekämpfen. Wenn dem einzelnen Ansiedler verboten wird, in seinem Hause zu wohnen und wenn er schließlich gezwungen an einen Deutschen verkaufen muß, so ist in der Tat solcher Eigentumserwerb nichts anderes, als Diebstahl auf Grund des Gesetzes. Solche Expropriation von rechts ist nichts als ein gewaltiger Raub. Ich bin gespannt, wie die wenigen anwesenden Herren auf der Rechten sich bei der Abstimmung zu dieser Gewaltpolitik stellen werden. (Unruhe rechts.) Ich bitte, dem Antrag zuzustimmen. (Lebh. Beifall bei den Soz. und Polen.)

Auf Vorschlag des Präsidenten Grafen Stolberg wird die Beratung abgebrochen, um am Donnerstag fortgesetzt zu werden. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Dampfersubventionsvorlage und kleinere Vorlagen.)

Abonnementspreis

für Bielefeld und Umgegend, wie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.

Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Nr. 44.

Die heutige Num

Skandalö

unserer Frauen und M der Te

Es wird allmählich zu Textilarbeiterinnen von ga tums behandelt und an ihre lich berichteten wir über nahme festgestellt worden Spinnerei unsittliche Hand beiterinnen beging, die dar sicht war, die ihm unterst Harem, über den er nach er durch Begünstigung und seitigen könne, der sich der lüste entgegensetze. Weiter Niederschlesien berichtet, worden war, weil sie den ihres Kindes bezeichnet u das Kind verklagt habe, und skandalöser Behandlung vo

Eine Privatklage, die v Verhandlung stand, gibt je Fabrikarbeiterin Frau We Goldberg. Frau Wagner in der Weberei von Köche Goldberg als Webmeister handlungen, die vor der erklärte Goldberg, daß er ihr nichts Böses nachgesagt habe. Demgegenüber war warum er sie denn außer seien die Zustände in dem untersucht worden. Eine W daß der Webmeister Gold während der Frühstückspau wollen, aber dann fortgega nicht so nahe an sie setzen, Wagner und gingen auch zu Arbeitgeber, sondern die ga ein raffiniertes Luder, so ei paar Tabaksbeutel, meine das in Abrede. Er nenn Die nächste Zeugin, eine F zeugin gelten soll, will sich a eindringlichste Reden des kann ihr nicht mehr abtrot Namen gehört, ich habe n abseits gestanden. Eine a genau so wie die erste Z noch dahin, daß Goldberg sagt habe: Die könnte nac mit den Pfoten fortstoßen nichts weiter über die Lip weiß es nicht mehr, ich kan gibt sie auf Fragen, auf di Vorsitzende bemerkt ihr g Wahrheit sagen; als sie in bemerkt er: Man sieht an, daß Sie nicht die Dr. Menzel plaidierte fü Zeugenaussagen der beide Glauben zu schenken. Die ergeben, als der Anklage lastungszeugen hätten sich sich so blamiert, wie es no getreten sei. Nach kurzer Gericht zu 50 Mk. Geldstr urteilt.

Man weiß wirklich nic soll, ob über den Fabrikp ginnen, denen gegenüber de vorhob, daß man es ihnen nicht die Wahrheit sagen. daß es immer wieder Arbe auch vielleicht nur grob fa Weise diese Auswüchse der allerdings, daß solche Dec sehr leicht die Pforten des einen Meineid schwören kö sie gehört haben, verschwei nur aus Sorge u So ein Werkmeister kann stelligen, je nachdem, wie Zeugen auftreten, belasten Es braucht da der betre geringste zur Beeinflussung die tägliche Drangsalierun ihre sofortige Brotlosmach herrschaft der Fabrikpasch gegen einen solchen Pascha die Gefahr ihrer zukünfti wenn sie die reine Wahrh ein solcher Zeuge leider m eids jahrelang seine Exist Häufig, und namentlich, w überlegen sich diese gar nic und ihre Familie haben ka Zeugen um die Aussage schließlich in die Schling Ist es denn aber notwend solche Gefahr begeben? noch die Gefährdung der w Existenz der Arbeiter? männlichen Kollegen noch demzufolge ohne jede Rücke Willkür der Fabrikpaschas im Elsaß sind ja solche die weibliche Ehre etwas stifte, die selbst kaum trocke solche Attacken, wie erst kü